

0400 E

An die
Vorsitzende des Hauptausschusses
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses
über
Senatskanzlei – G Sen –

4. Umsetzungsbericht EGovG Bln (betr.: Auflage B.29 zum Haushalt 2022/2023)

rote Nummer/n: 0400, 0400 A - D

Vorgang: 14. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23.06.2022 (Drs. 19/0400)

Ansätze: entfällt

Gesamtausgaben: entfällt

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat in seinen oben bezeichneten Sitzungen Folgendes beschlossen:

Auflage B.29 zum Haushalt 2022/2023:

„Der Senat wird aufgefordert, den für Digitalisierung zuständigen Ausschüssen über die im Haushalt niedergelegten Maßnahmen der digitalen Modernisierung des Landes Berlin in einem „Umsetzungsbericht E-Government-Gesetz Berlin“ jährlich, erstmals zum 1. März 2023 mit Stichtag 31. Dezember des Vorjahres, Bericht zu erstatten. Darüber hinaus soll der Senat mit einem Abschnitt IKT-Zukunftsbericht einen Ausblick auf die Herausforderungen auf dem Weg in die Digitale Verwaltung, Trends aus dem IKT-Planungsrat und die Umsetzung des OZG geben. Dieser IKT-Zukunftsbericht soll unter anderem die Entwicklung der Open-Source-Nutzung, digitale Souveränität sowie nachhaltige und sozialverträgliche Beschaffung der Berliner IT-Hardware umfassen.“

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

In seiner 25. Sitzung vom 12.10.2022 hat der Hauptausschuss einer Fristverlängerung bis zum 31.01.2023 zugestimmt. (RN 0400 A)

Der Senat hat fristgerecht zum 31.01.2023 einen Zwischenbericht (RN 0400 B) vorgelegt. Dieser Bericht greift bereits strukturell die künftige Berichtsstruktur auf, die zur Befolgung des Auflagenbeschlusses B.29 zum Haushalt 22/23 angewendet wird.

In seiner 34. Sitzung vom 19.04.2023 hat der Hauptausschuss einer Fristverlängerung bis zum 30.06.2023 zugestimmt. (RN 0400 D)

Den 4. Umsetzungsbericht EGovG Bln zum Stand 31.12.2022 finden Sie in der beigefügten Anlage.

Der Senat von Berlin

Kai Wegner
Regierender Bürgermeister

4. Umsetzungsbericht EGovG Bln und IKT-Zukunftsbericht

- Zum Stichtag 31.12.2022 -

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
Senatskanzlei

BERLIN



Inhalt

1	Einleitung.....	3
2	Inhaltsteil Umsetzungsbericht.....	6
2.1	Kernthemen außerhalb der zentralen Digitalisierung.....	6
2.1.1	SenInnDS	6
2.1.2	SenKultEuropa	10
2.1.3	SenFin	16
2.1.4	SenUMVK	24
2.1.5	SenBJF	29
2.1.6	SenWiEnBe	34
2.2	Entwicklung und Status der Digitalisierungsvorhaben im Land Berlin: Zentrale Maßnahmen und Projekte	38
2.2.1	Kernthemen der Regierung – Die zentrale Digitalisierung	38
2.2.2	Maßnahmen aus den Richtlinien der Regierungspolitik	58
2.2.3	Weitere Maßnahmen, darunter Linienaufgaben	89
2.2.4	IKT-Basisdienste	104
2.3	Kooperation Berlin-Brandenburg	121
3	Inhaltsteil IKT-Zukunftsbericht.....	122
3.1	Zentrale Maßnahmen	122
3.1.1	Trends aus dem IT-PLR/der föderalen Zusammenarbeit	122
3.1.2	Umsetzung OZG / Registermodernisierung	123
3.1.3	Informations- und Cybersicherheit	124
3.1.4	Digitale Souveränität	125
3.1.5	Datenmanagement/Open Data/Datahub	127
3.1.6	Gigabit-Strategie	127
3.1.7	Nachhaltige und sozialverträgliche Beschaffung der Berliner IT-Hardware.....	128
3.1.8	KI.....	129
3.1.9	Digitaler Zwilling.....	130
3.1.10	Zusammenarbeit mit GovTechCampus, CityLAB Berlin.....	130
3.2	Dezentrale Maßnahmen / Fachdigitalisierung	131
4	Annex.....	132
4.1	Übersicht der online verfügbaren Verwaltungsleistungen.....	132

1 Einleitung

Die Umsetzung des E-Government-Gesetzes Berlin in allen Facetten ist weiterhin erstrebenswert und kommt den Bürger:innen wie auch der Verwaltung zu Gute. Die zentrale Verwaltungsmodernisierung wird dabei in großen Teilen von den Abteilungen V (Fokus Betrieb) und VI (Fokus Entwicklung) der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport (SenInnDS) geleistet. Die mit der Teilung der ehemaligen Abteilung V in zwei Abteilungen einhergehenden organisatorischen Prozesse waren zum Berichtszeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

Eine weitere wichtige Akteurin in der verwaltungsseitig betriebenen Digitalisierung Berlins ist die Senatskanzlei. Die Kolleg:innen der Stabsstelle GD:B haben die Strategie „Gemeinsam Digital:Berlin“ finalisiert – sie wurde vom Senat verabschiedet. Die Verwaltungsmodernisierung als Strategiekomponente findet sich durch einen engen Austausch mit der IKT-Steuerung in der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport im Strategiepapier repräsentiert. Auf diese Weise sind die „großen“ Steuerungsbestandteile der Berliner Digitalisierung (Smart-City-, Digitalstrategie sowie Verwaltungsmodernisierung) auf Arbeitsebene zusammengedacht. Darüber hinaus hat der Senat nach dem Stichtag zu diesem Bericht die Eckpunkte zur Verwaltungsreform für Berlin beschlossen.

Im Nachfolgenden finden Sie die gesammelten Maßnahmen der zentralen Verwaltungsmodernisierung insofern sie dem Kriterium „Zuordnung EGovG Bln“ entsprechen. Zum ersten Mal können wir die höchst priorisierten Maßnahmen der Fachdigitalisierung in diesem vierten Bericht ausführlicher darstellen. Das freut uns und ist ermöglicht worden durch die Schaffung der Rolle der Digitalisierungsbeauftragten in den Häusern – koordiniert von der Stabsstelle Digitalisierung bei SenInnDS. Diese „Kern“-Projekte der Senatsverwaltungen in Gänze abgebildet schaffen einen Überblick über die verschiedensten Aufgabengebiete. An einigen Stellen ist dieser Bericht sodann eine Leistungsschau, an anderer Stelle wird gleichzeitig deutlich, wie dynamisch und volatil das Handlungsfeld Digitalisierung sein kann; so sind hohe Mittelbedarfe für „(für den Laien) schwierig greifbare“ Sachverhalte (vgl. etwa die treibenden Themen „Digitale Souveränität“ und „Cyber-Sicherheit“), komplexe technische Anforderungen und ein wachsender Bedarf an IKT-Fachkräften in der Verwaltung oftmals Gründe, dass Maßnahmen der Verwaltungsdigitalisierung zu „Langläufern“ werden.

Eine Übersicht der bereits online verfügbaren Verwaltungsleistungen, die auf Berlin Online geführt sind, finden Sie diesem Dokument hintangestellt.

Die Maßnahmen im Berichtsteil sind mit einem Ampelstatus versehen. Daran können Sie sehen, wie die Maßnahmenverantwortlichen das Vorankommen zum Berichtsstichtag einschätzen. Für diesen Bericht gelten dabei folgende Bewertungskriterien:

- i. Das Projekt liegt im Plan: grün
- ii. Das Projekt liegt nicht im Plan, kann den Plan aber noch einhalten: gelb
- iii. Das Projekt liegt nicht im Plan und kann den Plan auch nicht mehr einhalten: rot.

In der ersten Jahreshälfte 2023 erarbeiten wir mit verschiedensten Akteuren der zentralen Digitalisierung eine feinere Einstufung der Maßnahmenstatus. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden dann voraussichtlich mit dem 5. Umsetzungsbericht im EGovG Bln Jahr 2024 sichtbar werden.

Die im Bericht genannten Maßnahmen werden aus den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln finanziert. Mit den in Aussicht gestellten Planungsvorhaben sind keine Finanzierungszusagen verbunden.

Zur Struktur dieses Berichts

Der Bericht ist untergliedert in die zentralen Digitalisierungsvorhaben und -maßnahmen sowie auf der anderen Seite die dezentrale Digitalisierung, die in separater Politikfeld- bzw. Ressortverantwortung in den Senatsverwaltungen und/oder in den nachgeordneten Behörden (Sonderbehörden) erfolgt.

Eingangs wird auf die Kernthemen der Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung eingegangen, die seitens der Senatsverwaltungen als besonders hoch priorisiert zu betrachten sind.

In einem weiteren Teil sind diese Projekte und Maßnahmen geführt, die den Richtlinien der Regierungspolitik entstammen und daher ebenfalls eine erhöhte Aufmerksamkeit genießen.

Danach folgen die weiteren Maßnahmen, darunter auch jene, die von SenInnDS als Linienaufgaben wahrgenommen werden. Dabei ist anzumerken, dass alle IKT-Basisdienste unter der nachfolgenden Überschrift gelistet sind – mit Ausnahme jener Aufgaben, die aktuell unter die Kernthemen oder Aufgaben gemäß Richtlinien der Regierungspolitik zu verstehen sind.

Den Teil der dezentralen Digitalisierungsvorhaben finden Sie in Anlage 2, und dort gegliedert in a) die Vorhaben der Ressorts, b) die OZG-Leistungen der Ressorts sowie c) die Fachverfahren der Berliner Verwaltung.

Abgerundet wird der Inhaltsteil von Anlage 1 des Umsetzungsberichts von einer Schilderung der Brandenburg-Berliner Kooperation zu digitalpolitischen Themen.

Als Teil des Berichtsauftrags gilt auch der IKT-Zukunftsbericht. Hier wird ebenfalls in eine Beschreibung von zu erwartenden Entwicklungen bezüglich der zentralen und nicht-zentralen Maßnahmen getrennt.

2 Inhaltsteil Umsetzungsbericht

2.1 Kernthemen außerhalb der zentralen Digitalisierung

2.1.1 SenInnDS

2.1.1.1 eWarenhaus Berlin

Kernvorhaben der SenInnDS

eWarenhaus Berlin (Polizei Berlin)

Kurzbeschreibung und Ziele

Digitalisierung der Bestellabrufe aus dem Sammelbestellverfahren (SBV) des LVwA mittels eines Webshops (eWarenhaus) - Erweiterung des Vorhabens auf weitere Ebenen der Berliner Verwaltung (Hauptverwaltungen, Bezirke, weitere Landeseinrichtungen)

Risiken

- keine Zustimmung durch HVP bzw. HPR für den landesweiten Betrieb des eWarenhauses;
- Übernahme des Fachverfahrens durch LVwA verzögert sich

Meilensteinplanung

- I. Anbindung ProFiskal Bezirke
- II. Integration von Dienststellen (Bezirke und weitere Landeseinrichtungen)
- III. Vorbereitung Übergabe Fachverfahren an LVwA
- IV. Übergabe Fachverfahren an LVwA

Status



2.1.1.2 *Digitales medizinisches Qualitätsmanagement*

Kernvorhaben der SenInnDS

Digitales medizinisches Qualitätsmanagement (Berliner Feuerwehr)

Kurzbeschreibung und Ziele

Optimierung des Prozesses des medizinischen Qualitätsmanagements sowie digitale Nutzbarmachung der anfallenden Daten und Informationen im Rahmen der digitalen Berichtserstattung für das medizinische Qualitätsmanagement bei der Ärztlichen Leitung Rettungsdienst nach § 5b Abs. 1 und 2 RDG für die Berliner Notfallrettung.

Risiken

- Für das Erreichen des Projektziels erforderliche fachliche Kompetenzen stehen im IT-Bereich und bei EV RD nur in geringem Umfang zur Verfügung

Meilensteinplanung

- I. Finalisierung des Soll-Prozesses
- II. Update des Projektauftrags, Ausarbeitung Leistungsbeschreibung für Vergabe
- III. Ausschreibung (inkl. Leistungsbeschreibung) und Vergabe, Implementierung der digitalisierten Prozesse
- IV. Probebetrieb, Übergabe an Linienorganisation

Status



2.1.1.3 Elektronische Wohnsitzanmeldung Berlin

Kernvorhaben der SenInnDS

Elektronische Wohnsitzanmeldung (eWA Berlin)

Kurzbeschreibung und Ziele

Der Online-Dienst soll die Wohnsitzanmeldung für Bürger:innen erleichtern. Terminvereinbarungen und damit verbundene Wartezeiten würden entfallen. Der Adressaufkleber für das Ausweisdokument wird per Post nach Hause geschickt und die Daten aus dem Melderegister können bequem per App auf den Chip im Personalausweis oder der eID-Karte übertragen werden. Zielsetzung des Projektes ist die Nachnutzung der in Hamburg entwickelten EfA-Dienstleistung „Elektronische Wohnsitzanmeldung“ in den jeweiligen Ausbaustufen.

Risiken

- SKB - interoperables Postfach wird seitens des Bundes nicht bereitgestellt;
- Anbindung Fachverfahren verzögert sich

Meilensteinplanung

- I. Soll-Konzeption Geschäftsprozess ist abgenommen und in Prozessbibliothek veröffentlicht
- II. Anbindung Fachverfahren - Testung des Web-Dienstes

Status



2.1.1.4 Programm Digitalisierung Ordnungsämter

Kernvorhaben der SenInnDS

Programm Digitalisierung Ordnungsämter

Kurzbeschreibung und Ziele

Durch eine Schaffung von Schnittstellen zwischen dem Fachverfahren der Polizei (POLIKs) sowie der Ordnungsämter (NOWI bzw. NOWI-neu) und des Amts für Regionalisierte Ordnungsaufgaben (ScOWI) ließen sich nicht nur die Geschäftsprozesse optimieren, sondern sich auch die Bescheiderstellung und die Möglichkeiten von Einsprüchen beschleunigen.

Risiken

- Weitere Verzögerung Zuschlagserteilung NOWI-neu;
- Priorisierung auf Seiten der Polizei für Umsetzung der Schnittstellen

Meilensteinplanung

- I. Zuschlagserteilung NOWI-neu durch LABO (Ende Q2/23), Vorbereitung Ausschreibung Schnittstelle NOWI-neu/POLIKs; Vorbereitung Ausschreibung Schnittstelle ScOWI zu POLIKs
- II. Ausschreibung NOWI-neu (Q1/23); in Q2/23 Fortsetzung der Abstimmung zw. GPM Ordnungsämter, LABO II B, SenInnDS VI C 2, Polizei Berlin, Abt. III zu Anforderungen an Schnittstelle NOW-neu zu POLIKs
- III. Start Rollout NOWI-neu und NOWI-neu mobil durch LABO, Ausschreibung Schnittstellen
- IV. Start Rollout NOWI-neu und NOWI-neu mobil durch LABO, Zuschlagserteilung Schnittstellen

Status



2.1.2 SenKultEuropa

2.1.2.1 Flächendeckende Einführung der Digitalen Akte in der SenKultEuropa

Kernvorhaben der SenKultEuropa

Flächendeckende Einführung der Digitalen Akte in der Senatsverwaltung für Kultur und Europa

Kurzbeschreibung und Ziele

Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa ist nach § 7 des E-Government-Gesetz Berlin verpflichtet, ab dem 01.01.2025 alle ihre Akten elektronisch zu führen. Hierfür wird der IKT-Basisdienst Digitale Akte, welcher zentral über die IKT-Steuerung der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport bereitgestellt und finanziert wird, bis Ende 2024 eingeführt. Das Dokumentenmanagementsystem umfasst die digitale Aktenführung und Vorgangsbearbeitung sowie Langzeitspeicherung der Akten. In der 2020 abgeschlossenen Ausschreibung wurde als System das Produkt nscale der Firma Ceyoniq ausgewählt.

Technisch und organisatorisch werden seit Beginn des Jahres 2022 im E-Akte Ready Projekt der SenKultEuropa zahlreiche Voraussetzungen getroffen sowie Arbeitspakete bearbeitet, damit die Digitale Akte erfolgreich eingeführt werden kann. Das Projekt ist in erster Linie ein Organisationsprojekt, welches zahlreiche Veränderungen für die Beschäftigten und ihre täglichen Arbeitsweisen mit sich zieht.

Zentrales Ziel des Projekts ist es, Prozesse einfacher und schneller digital abzuwickeln sowie jederzeit und transparent den Status von Geschäftsprozessen einsehen zu können. Verlorengegangene Umlaufmappen oder Akten gehören somit der Vergangenheit an. Zudem bietet die Digitale Akte die Möglichkeit, Akten und Vorgänge behördenübergreifend zu teilen und auch über mehrere Mandanten hinweg Zeichnungsketten anzulegen und durchlaufen zu lassen. Über sogenannte Metadaten können den Akten, Vorgängen und Dokumenten Informationen mitgegeben werden, die eine revisionssichere Aktenführung und Nachvollziehbarkeit des Verwaltungshandelns ermöglichen. Die Digitale Akte unterstützt zuletzt auch das Ziel, mobiles Arbeiten zu erleichtern und von überall auf seine Akten zugreifen zu können.

Risiken

- Neusortierungen im Senat können **organisatorische Änderungen** nach sich ziehen, die sich auf die Zeitplanung für das Projekt auswirken können. Diese sind aufgrund der andauernden Gespräche noch nicht abzusehen.

- Insgesamt sind die **Ressourcen und die Zeit für das Projekt sehr knapp bemessen**. Dies bezieht sich primär auf die involvierten Dienstleister, aber auch auf die Ressourcen innerhalb der Verwaltungen, insbesondere in Bezug auf die IKT-Leitstellen und Fachadministration, welche mit zunehmendem Projektfortschritt immer stärker eingebunden werden. Diese Ressourcen werden dann für andere, wichtige Digitalisierungsprojekte fehlen.
- Die Bereitstellung einer **stabilen, schnellen Softwareversion** mit geringen Ladezeiten und schnellen Reaktionen der IT-Dienstleister bei über 70.000 aktiven Nutzenden bis Ende 2024 wird aktuell noch angezweifelt.
- Seit längerer Zeit gibt es **Lieferschwierigkeiten bei den zentral bestellten Scannern** – die rechtzeitige Auslieferung und Implementierung ist Voraussetzung für die Einhaltung des Einführungszeitplans des Gesamtprojekts sowie für die medienbruchfreie Arbeit in der Digitalen Akte.

Meilensteinplanung

- I. Erreichen der E-Akte Ready-Fähigkeit: Scanner stehen bereit, Aktenplan steht bereit, strukturierte Ablage für Pilotbereiche steht bereit, technische Tests sind erfolgreich absolviert, AD ist vorbereitet und aktualisiert, Beteiligung ist erfolgt, Start der Schulungen (Q3/23)
- II. Anbindung und Nutzung der E-Akte von 80 Beschäftigten aus elf Bereichen, Einholen von Feedback und Weitergabe der Erfahrungen (Q4/23)
- III. Anbindung der weiteren Referate bis zur flächendeckenden Nutzung (ab 2024)

Status



2.1.2.2 *Sammlungs- und Objektmanagement; Projekt „SOMMA“*

Kernvorhaben der SenKultEuropa

Sammlungs- und Objektmanagement (SOM) für die Berliner Regionalmuseen und -archive: SOMMA

Kurzbeschreibung und Ziele

Übergreifende strategische Ziele:

- Neue, bezirksübergreifende Formen der Zusammenarbeit zwischen den Regionalmuseen und -archiven nach einheitlichen Standards
- Qualitative Aufwertung der Museumsarbeit durch ein gemeinsames und transparent verfügbares SOM
- Standardisierte, IT-gestützte Prozesse und digitale Verfahren (Umsetzung EGovG Bln)

Anwendenden - und Nutzendenorientierung:

- Ein zentrales Fachverfahren für alle bezirklichen Regionalmuseen und -archive zur besseren Bestandsübersicht und zum Datenaustausch
- Einheitliche Kategorien und Datenbankfelder für vergleichbare Beschreibungen der Bestände
- IT-gestützte Katalogisierung, Inventarisierung und Verwaltung der Objekte und Archivalien
- Effizientere Informationsmöglichkeiten zur Vorbereitung von Ausstellungen und/oder Anschaffungen

Risiken

- Dem erwarteten Umfang nach wird das zukünftig einzusetzende Produkt eine europaweite Ausschreibung mit den damit verbundenen zeitlichen wie rechtlichen Risiken erfordern.
- Die berlinweite Einführung erfordert einen hohen Abstimmungsbedarf mit allen Stakeholdern insbesondere beim Meilenstein „Beteiligungsverfahren“, was zeitliche wie auch personelle Risiken birgt.

Meilensteinplanung

- I. Projektstart (Q4 2022) und Anforderungsaufnahme Q1 2023
- II. Leistungsbeschreibung und Produktausschreibung ab Q3 2023
- III. Beteiligungsverfahren ab Q3 2023
- IV. Einführung ab Q2 2024 und Projektabschluss (geplant Q4 2025)

Status



2.1.2.3 *Projekt KlbarDok*

Kernvorhaben der SenKultEuropa

KlbarDok

Kurzbeschreibung und Ziele

- Einsatz von künstlicher Intelligenz zur automatisierten und barrierefreien Erschließung von Dokumenten aus den bestehenden zentralen und dezentralen Datenbeständen der Denkmalbehörden des Landes Berlin für das Fachverfahren „elektronisches denkmalrechtliches Genehmigungsverfahren“ (eDG)

Im Bereich Denkmalschutz/Denkmalpflege wurde von der Obersten Denkmalschutzbehörde im Kontext der Digitalisierungen ein Forschungsprojekt zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) aufgelegt, welches die Möglichkeit verfolgt, bestehende digitale Dokumente aus zentralen und dezentralen Datenbeständen für das Fachverfahren eDG automatisiert und barrierefrei zu erschließen.

Zu vielen digitalen Bild- und Dokumentendateien existieren keine beschreibenden Informationen. Eine Zielstellung des Forschungsprojektes ist die systematische inhaltliche Erschließung des vorhandenen Bild- und Dokumentenbestandes, der bisher nicht nach einheitlichen Kriterien durchsuchbar ist. Mit der systematischen inhaltlichen Erschließung soll es zugleich möglich werden, digitale Suchen in großen Dokumentenbeständen durchzuführen.

In schrittweisen Projektphasen werden die Daten erfasst und die KI angepasst. Mit dem Projekt werden erstmals große Dokumentenmengen der Verwaltung ohne größeren Ressourcenaufwand teilautomatisiert gescannt und Such- bzw. Auffindmöglichkeiten geschaffen. Die ersten Ergebnisse waren sehr erfolgreich. Das Projekt wird fortgesetzt und auf weitere Datenmengen ausgerollt.

Risiken

- Da KI-Projekte grundsätzlich immer von ihren Anforderungen her explorativ sind, wurde ein iteratives Vorgehen im Rahmen eines „Proof of Concept“ (PoC) vorgesehen. PoC und die konkrete Umsetzung gehen ineinander über und führen zu detaillierten Anforderungen und Abnahmekriterien. In den weiteren Umsetzungsschritten müssen die KI weiterentwickelt werden sowie die Schnittstelle zum bestehenden Fachverfahren konzipiert werden. Ob das Vorhaben weiterhin erfolgreich und eine Umsetzung möglich ist, hängt von jedem Meilenstein ab.
- Die Verfolgung des bisher erfolgreichen Projekts benötigt Ressourcen, die in dem erforderlichen Umfang nicht mehr zur Verfügung stehen. Eine Fortsetzung des Projekts steht im Kontext der Personalausstattung.

Meilensteinplanung

- I. Projektstart (Q4 2020)
- II. Zwischenbericht (Q4 2021)
- III. Abschluss der Erprobung (Q3 2022)
- IV. Fortsetzung (Q2 2023)

Status



2.1.3 SenFin

2.1.3.1 SoFinData – Datenmanagement-Plattform zur integrierten Sozial- und Finanzplanung

Kernvorhaben der SenFin

SoFinData – Datenmanagement-Plattform zur integrierten Sozial- und Finanzplanung

Kurzbeschreibung und Ziele

Hinter dem Projekt »Integrierte Sozial- und Finanzplanung (SoFinData)« steht die Vision der Konzeption einer zukunftsgerichteten, landesweiten und übergreifenden Planungs- und Steuerungsgrundlage mit Haushaltsbezug (Datenbasis) für die Sozialausgaben in den Bereichen Pflege, Eingliederungshilfe und Hilfen zur Erziehung (siehe Senatsbeschluss S-2619/2019).

Hierzu wurde unter Federführung der Senatsverwaltung für Finanzen gemeinsam mit einer Vielzahl von Beteiligten der Berliner Verwaltung eine Datenplattform entwickelt, die eine abgestimmte Datengrundlage enthält und als Unterstützung dienen soll, Sozialausgaben ressourceneffizient steuern zu können.

Im Rahmen der Projektarbeit wurde am 21.01.2022 ein Prototyp released, der die Möglichkeiten aufzeigt, standardisierte Kennzahlen und diesbezügliche Entwicklungen einheitlich abzubilden und perspektivisch Analysen, Prognosen sowie Standard- und Adhoc-Berichte aus einer Datenbank zu ermöglichen. Durch die Etablierung verschiedener Komponenten konnten für diverse Interessenlagen die passende Visualisierung und Granularität abgebildet werden.

Im Jahr 2022 standen, nach erfolgreichem Release des Prototyps (<https://sofindata.fokus.fraunhofer.de>), die umfangreiche Dokumentation und Evaluation der bisherigen Erkenntnisse aus dem Prototyping-Verfahren im Fokus. Daraus resultierten Handlungsempfehlungen und eine Senatsvorlage (vom 14.02.2023), die über Art und Umfang der Weiterentwicklung der Datenplattform sowie deren strategische Ausprägung befindet.

Risiken

- Erhöhter Abstimmungsaufwand aufgrund der sehr hohen Anzahl an Stakeholder:innen/ Datenlieferant:innen/-eigner:innen und teils entgegenlaufende Interessenlagen. Diesem Risiko wird entgegengewirkt, indem ein erhöhtes Maß an Transparenz und Kommunikation sowie Verbindlichkeit schon seit Projektstart praktiziert/etabliert wurde.
- Aufwendige händische Datenverarbeitung aufgrund veralteter Fachverfahren / fehlender Schnittstellen.

Meilensteinplanung

- I. Erstellung von abgestimmten Kennzahlensets (01.05.2022)
- II. Release eines Prototyps (mit den visualisierten Kennzahlensets) (21.01.2022)
- III. Überführung in ein Echtsystem (2023-2024)

Status



2.1.3.2 *Arbeit x anders – Zukunftsfähige Arbeitskultur in der SenFin*

Kernvorhaben der SenFin

Arbeit x anders – Zukunftsfähige Arbeitskultur in der
Senatsverwaltung für Finanzen, Stufe 2

Kurzbeschreibung und Ziele

Das Pilotprojekt „Arbeit x anders – zukunftsfähige Arbeitskultur in der Senatsverwaltung für Finanzen, Stufe 2“ repräsentiert an einem neuen Standort – in der Klosterstr. 71 – auf drei Etagen zum einen die Transformation der bisherigen Arbeitskultur sowie unter Einbeziehung einer großen Zielgruppe von Mitarbeitenden (bis zu 120 Personen) aller Abteilungen die Neu-Gestaltung zukunftsfähiger und zunehmend digital geprägter Arbeitsumgebungen.

Das Projekt „Arbeit x anders – zukunftsfähige Arbeitskultur in der Senatsverwaltung für Finanzen, Stufe 2“ startete im Juli 2020 an einem neuen Standort (Klosterstr. 71) unter Einbeziehung externer wissenschaftlicher Begleitung (Fraunhofer Institut) auf freiwilliger Basis mit der Vision einen Wandel auf der Ebene Mensch (Arbeitskultur), der Ebene Raum (optimale, bedarfsgerechte Flächennutzung) sowie der Ebene Technik (mobile, zeitgemäße Ausstattung) zu erreichen.

Konkrete Ziele sind u. a. die Etablierung einer neuen, zeitgemäßen Führungskultur mit Verständnis und Gespür für agiles Vorgehen, um sowohl als Arbeitgeberin attraktiv zu sein, als auch während der aktuellen gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen handlungsfähig zu bleiben. Die Nutzung der Büroräumlichkeiten nach den jeweiligen Bedarfen und Arbeitsaufgaben der Mitarbeitenden (aktivitätsbasierend) wird angestrebt. Hierzu teilen sich die Mitarbeitenden die vorhandenen Schreibtische und weiteren Arbeitsumgebungen (Desk-Sharing/Floating-Desk-Fläche). Zudem arbeiten die Projektteilnehmenden im Durchschnitt regelmäßig an ein bis drei Tagen die Woche im Homeoffice oder sogar mobil von einem anderen Ort. Dies wird durch eine zeitgemäße technische mobile Ausstattung -im Sinne der One-Device-Strategie- ermöglicht.

Risiken

Die größten Risiken zeigten sich in den letzten zweieinhalb Jahren der Projektlaufzeit in der zögerlichen bis mangelnden Veränderungsbereitschaft namentlich der Führungskräfte, sowie der sich im Verlauf des Projektes herausstellenden Erkenntnis, die Vielschichtigkeit der Herausforderungen – siehe zuvor – unterschätzt zu haben und die personelle Ausstattung der Projektgruppe dieser Situation nicht adäquat war.

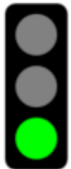
Ein weiteres Risiko stellt insbesondere die dauerhafte Umsetzung der Rahmenbedingungen (Desk-Sharing, Desk-Sharing-Quote 1:2, Mindesttelearbeitsquote von zwei Tagen pro Woche, Mobiles Arbeiten in den vorhandenen Arbeitsflächen oder flexibel an anderen Orten) des Projekts und der damit verbundenen Konsequenzen aufgrund der kaum

vorhandenen Veränderungsbereitschaft der benannten Personengruppe dar. Im Wesentlichen wurde das Projekt zunächst wahrgenommen als Angebot zur Verbesserung der Ästhetisierung zeitgemäßer Arbeitsräume und der namentlich pandemiebedingten Flexibilisierung der Arbeitsmöglichkeiten. Das insgesamt wichtigste Ziel – die Etablierung einer vertrauensvollen, kooperativen und agilen modernen Arbeitskultur – konnte somit noch nicht abschließend erreicht werden.

Meilensteinplanung

- I. Vorbereitungsphase (Ermittlung Stakeholder, Vergabeverfahren)
- II. Analysephase (Kick-Off, Qualitative Interviews, Raum- und Flächenanalyse)
- III. Konzeptions- und Entwicklungsphase (ko-kreative Workshops, Auswertung)
- IV. Umsetzungsphase (Kulturentwicklungstool, Einzug in die Flächen)
- V. Testphase
- VI. Evaluation (quantitativ, qualitativ)

Status



2.1.3.3 Einführung einer elektronischen Personalakte

Kernvorhaben der SenFin

Einführung einer elektronischen Personalakte im Land Berlin

Kurzbeschreibung und Ziele

Im Jahr 2019 hat die für das Politikfeld Personal zuständige Senatsverwaltung für Finanzen beschlossen, aufgrund der Produktkündigung für das im landesweiten Einsatz befindliche Personalmanagementtool der SAP (ERP HCM Release 6.07) in der Ausprägung einer Integrierten Personalverwaltung (IPV) eine Neubewertung der Anforderungen an ein modernes Personalmanagement durchzuführen, mit dem Ziel, einen neuen ganzheitlichen Ansatz folgend das Personalmanagement neu zu organisieren. Das Projekt zur Einführung einer elektronischen Personalakte unter Nutzung des Basisdienstes „Digitale Akte“ als Fachakte ist Teil dieser Strategie zur Modernisierung und Digitalisierung des Personalmanagements des IT-Großprojekts eines Serviceorientierten Personalmanagements (SPM).

Die Bereitstellung einer standardisierten elektronischen Personalakte verfolgt folgende Zielstellungen:

- erleichtert die Übergabe der Personalakte bei Dienststellenwechsel der Dienstkraft
- verbessert die Qualitätsstandards in der Sachbearbeitung und unterstützt die Wissensweitergabe und den Wissenserhalt
- ermöglicht das schnelle und wiederkehrende Auffinden von Daten und Dokumenten
- verringert die Prozessdauer in der Personalsachbearbeitung
- erleichtert die Zusammenarbeit mit anderen Prozessbeteiligten durch ein differenziertes Rechte- und Rollenkonzept und damit verbundener dezentraler Zugriffsmöglichkeiten
- ermöglicht den Sachbearbeitenden moderne Formen der Arbeit

Risiken

- Ressourcen stehen nicht bzw. nicht ausreichend zur Verfügung
- notwendige Entscheidungen können nicht zeitnah getroffen werden
- die Möglichkeit zur einheitlichen, effizienten standardisierten Prozessgestaltung fehlt oder wird nicht konsequent durchgängig über die gesamte Projektlaufzeit wahrgenommen

Meilensteinplanung

- I. Projektauftrag in Erstellung Q3 2023
- II. Umsetzungsphase ab Q4 2023

Status



2.1.3.4 Digitalisierung und einheitliche Bearbeitung aller Personalmanagementprozesse

Kernvorhaben der SenFin

Digitalisierung und einheitliche Bearbeitung aller Personalmanagementprozesse im Land Berlin

Kurzbeschreibung und Ziele

Ziel ist es, eine moderne Systemlösung zu schaffen, die ein umfassendes standardisiertes und weitestgehend medienbruchfreies Personal- und Stellenmanagement ermöglicht.

Im Vorhaben stehen die folgenden Themenschwerpunkte im Mittelpunkt

1. der Beschäftigtenlebenszyklus mit den Aufgaben:
 - a) Unbesetzte Stelle ausschreiben und besetzen
 - b) Personalangelegenheiten der Beschäftigten im aktiven Berufsleben bearbeiten
 - c) Arbeitszeiten und Abwesenheiten managen
 - d) Auszahlungen veranlassen
 - e) Beschäftigungsverhältnis vor Erreichen der Regel-/ Altersgrenze beenden

2. der Stellenlebenszyklus mit der Aufgabe:
 - a) Stelle planen und Stellen bewirtschaften

3. Qualifikation und Nachwuchs
 - a) Personal entwickeln und qualifizieren
 - b) Nachwuchskräfte ausbilden

4. Organisation und Berichtswesen
 - a) organisatorische Veränderungen pflegen
 - b) Beschäftigten- und Stellendaten auswerten

Risiken

Zu den strategischen Risiken des Vorhabens zählen, insbesondere aufgrund der Laufzeit von sieben Jahren,

- personelle oder finanzielle Ressourcenverfügbarkeit
- technologische Veränderungen und Weiterentwicklungen
- zeitnahe und konsequente Entscheidungen insbesondere hinsichtlich möglicher prozessualer und organisatorischer Veränderungen der Personalbearbeitungsprozesse
- die Möglichkeit zur einheitlichen, effizienten und standardisierten Prozessgestaltung wird nicht konsequent durchgängig über die gesamte Projektlaufzeit umgesetzt

Meilensteinplanung

- I. Projektauftrag liegt vor
- II. Spezifikation zur Ausschreibungsphase ist abgeschlossen (Q4 2022/ Q1 2023)
- III. Ausschreibungsphase mit Auswahl des Softwarelieferanten und Umsetzungspartners ist abgeschlossen (Q4 2023/ Q1 2024)
- IV. Umsetzungsphase ab Q1 2024

Status



2.1.4 SenUMVK

2.1.4.1 VISS 2025: Digitales Straßenmanagement der nächsten Generation

Kernvorhaben der SenUMVK

VISS 2025: Digitales Straßenmanagement der nächsten Generation

Kurzbeschreibung und Ziele

Zentrales Ziel ist die Schaffung der nächsten Generation des VISS. Dazu zählt die Stärkung der organisatorischen Voraussetzungen in der VISS-Geschäftsstelle (VISS-GSt) und den beteiligten Behörden sowie die fachliche und technische Konzeption der nächsten Generation des VISS für die Beschleunigung und qualitative Verbesserung des Gesamtprozesses der Straßensondernutzung und verkehrsrechtlichen Anordnungen für im Land Berlin tätige Unternehmen.

Risiken

- Das für eine weitere Projektdurchführung notwendige Personal wurde in der Dienstkräftenmeldung 2024/2025 angemeldet.
- Die ursprüngliche zeitliche und inhaltliche Projektplanung hat sich im laufenden Projekt mit dem Bestandspersonal als nicht realistisch für den zu behandelnden inhaltlichen Umfang, und damit auch den ursprünglich geplanten Zeitrahmen herausgestellt. Daher musste der Umfang zunächst erheblich reduziert werden.
- Im laufenden Projekt hat sich der vorhandene externe Dienstleister zudem als unzureichend herausgestellt. Die Suche eines neuen externen Dienstleisters wurde aufgrund fehlenden Personals zunächst eingestellt.

Der aktuelle Status „gelb“ ist folgender Sachlage geschuldet:

- Die Erstellung der SOLL-Prozesse ist nicht abgeschlossen.
- Die Definition der Anforderungen ist noch nicht abgeschlossen.

Meilensteinplanung

- I. Soll-Geschäftsprozesse liegen vor
- II. Anforderungen sind definiert
- III. Lastenheft liegt vor
- IV. Entscheidungsvorlage liegt vor

Status

Die Erstellung der SOLL-Prozesse ist nicht abgeschlossen und die Definition der Anforderungen konnten, auch in reduziertem Umfang und Inhalt, zum Stichtag nicht abgeschlossen werden.

Unzureichende Personalausstattung und die Qualität des externen Dienstleisters erschweren die Projektdurchführung zusätzlich.



2.1.4.2 Projekt Paula

Kernvorhaben der SenUMVK

Projekt Paula

Kurzbeschreibung und Ziele

Machbarkeits- und Marktstudie für die Digitalisierung von Ausnahmegenehmigungen für Betriebe und vergleichbare Einrichtungen im Rahmen der Berliner Parkraumbewirtschaftung.

Als Ergebnis liegt zum Ende des Projektes eine Umsetzungsempfehlung vor, auf deren Basis eine Entscheidung für die tatsächliche Beauftragung der gewünschten IT-Lösung für die Ausnahmegenehmigungen für Betriebe und vergleichbare Einrichtungen erfolgt.

Die Umsetzung einer digitalen Lösung für die Ausnahmegenehmigungen für Betriebe und vergleichbare Einrichtungen erfolgt in einem separaten Projekt, das im Anschluss zu beauftragen wäre.

Risiken

Im Projektverlauf verließ die projektleitende Person die Berliner Verwaltung. Hier konnte jedoch zeitnah Ersatz gefunden werden.

Im weiteren Projektverlauf wurde zudem deutlich, dass die sprachliche Qualität der schriftlichen Ausarbeitung der Studie nicht den Anforderungen der Projektleitung entsprach. Um den Projektabschluss nicht zu gefährden, wurde das Ergebnis letztendlich akzeptiert.

Da die Umsetzung der Ergebnisse aus der Studie nicht Bestandteil des Projekts war, besteht das Risiko, dass die Empfehlungen bei zeitversetzter Realisierung aufgrund unzureichender Personalausstattung nicht mehr aktuell sein können. Das für eine Realisierung der Empfehlungen notwendige Personal wurde in der Dienstkräfteeinmeldung 2024/2025 angemeldet.

Meilensteinplanung

- I. Anforderungskatalog liegt vor
- II. Marktsichtung ist durchgeführt
- III. Umsetzungsempfehlung liegt vor
- IV. Das Projekt ist abgeschlossen (ist erreicht)

Status



2.1.4.3 E-Friedhof

Kernvorhaben der SenUMVK

E-Friedhof. Optimierung der Verwaltungsabläufe im Bereich der landeseigenen Friedhöfe

Kurzbeschreibung und Ziele

Zentrales Ziel ist eine verbesserte Leistungserbringung in der Friedhofsverwaltung für Bürger:innen sowie Unternehmen anhand landesweit einheitlicher Standards. Um dies gewährleisten zu können, bedarf es zielführender Geschäftsprozesse sowie einer verstärkten Unterstützung durch leistungsfähige Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), welche die Mitarbeiter:innen der Berliner Verwaltung bei der Leistungserbringung optimal unterstützen.

Risiken

- Die Finanzierung ist nicht gesichert bzw. nicht auskömmlich.
- Der Zeitplan ist ambitioniert.
- Die in der SenUMVK notwendige IT-Verfahrensbetreuung ist personell mit einer Vollzeitstelle untersetzt.
- Das für die Projektarbeit notwendige Fachpersonal wird nicht freigestellt.
- Die Projektarbeit wird durch Unvorhergesehenes (Corona-Pandemie) beeinträchtigt.

Die genannten Risiken sind gemanagt!

Meilensteinplanung

- I. Soll-Geschäftsprozesse sind erstellt
- II. Anforderungen sind definiert
- III. Lastenheft ist erstellt
- IV. Software ist beschafft
- V. IT-Fachverfahren wird landesweit eingesetzt

Die Meilensteine I-IV sind erreicht. Der Meilenstein V soll, entsprechend der angepassten Projektplanung, im Oktober 2023 erreicht sein.

Status



2.1.5 SenBJF

2.1.5.1 Digitalisierung des Antrags auf Unterhaltsvorschuss

Kernvorhaben der SenBJF

Digitalisierung des Antrags auf Unterhaltsvorschuss

Kurzbeschreibung und Ziele

OZG-Maßnahme UV-Onlineantrag unter Verwendung des Basisdienst Digitaler Antrag (BDA)

Risiken

keine

Meilensteinplanung

- I. Konzeptionierung
- II. Fachliche Definition des Leistungsangebots
- III. Auftragseinstellung und Projektplanung
- IV. Entwicklung und Testung
- V. Produktivsetzung (Q1 2023)

Die Meilensteine I-IV sind erreicht. Der Meilenstein V soll im Februar 2023 erreicht sein.

Status



2.1.5.2 Berliner Schulportal

Kernvorhaben der SenBJF

Berliner Schulportal

Kurzbeschreibung und Ziele

Durch die Einführung des Berliner Schulportals werden viele Prozesse des edukativen und administrativen Bereich digitalisiert und automatisiert. Dieser neue smarte digitale Schreibtisch für Lehrende und Lernende ermöglicht einen einfachen direkten Zugriff zu Kommunikation, Bildungsmaterialien, Verwaltungstätigkeiten und Support. Das Ganze ist schnell, datenschutzkonform und von überall aus zu erreichen. Die Lehrkräfte können ihren Unterricht kreativ online vorbereiten und diesen direkt den Lernenden digital zur Verfügung stellen. Diagnose des Lernstandes und individuelle Förderungen - auch in kritischen Zeiten - sind nun problemlos möglich.

Daten werden nur noch an einer Stelle eingegeben und alle angeschlossenen Dienste sind automatisiert vorbereitet. Erziehungsberechtigte und Kooperationspartner können ebenfalls einfach in den Prozess einbezogen werden. Nach dem Motto „Bildung im Dialog“ verbinden die Kommunikations- und Videotools alle Beteiligten miteinander. Schulische Veranstaltungen und Elternsprechtage sind online verwaltbar.

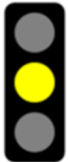
Risiken

- Komplexität der Ersteinrichtung in LUSD.
- Kontinuierliche Weiterentwicklungen in der LUSD parallel zum Schulportal
- Hoher Aufwand im ersten Jahr: Alle Erziehungsberechtigte, Schüler:innen brauchen einen Zugang.
- Finanzierung von Diensten.

Meilensteinplanung

- I. Die Einbeziehung der Erziehungsberechtigten, Hauptpersonalvertretungen, Datenschutzverantwortlichen, Verwaltungsmitarbeitenden und externen Partnern.
- II. Einbindung der Endgeräte des pädagogischen Personals in das Schulportal. Möglichkeit des Einrichtens von Videokonferenzen. Unkomplizierte Bereitstellung von geprüften Lehr- und Lernmaterialien im Schulportal.
- III. Zugang zum Schulservicezentrum für Supportanfragen. Die erfolgreiche Erprobung eines Messengers, Onlinespeichers und Online Office.
- IV. Kontinuierliche Weiterentwicklung und Bereitstellungen von Fachverfahren, Services und Bildungsmedien.

Status



2.1.5.3 EBiG IT-Umsetzung

Kernvorhaben der SenBJF

EBiG IT-Umsetzung

Kurzbeschreibung und Ziele

IT-Umsetzung des Fachverfahrens zum Erwachsenenbildungsgesetz (EBiG) zur Anerkennung und Förderung von anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung:

Einführung eines datenbankgestützten IT-FV zur vollständigen digitalen Bearbeitung des Anerkennungsverfahrens und der Förderung - Antragstellung, Anerkennung, Zertifizierung prüfen und der Förderung (Auswahl) von anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Berlin, Statistik, Berichtswesen.

Übergeordnete Projektziele sind in § 2 EGovG Bln vorgegeben: Transparenz, Wirtschaftlichkeit, Bürgerfreundlichkeit und Benutzerfreundlichkeit unter der Beachtung der Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Verwaltungsprozesse.

Zu diesem Zweck soll der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik zur Beschleunigung der Verwaltungsabläufe (aus den Richtlinien der Regierungspolitik 2016-2021) genutzt werden.

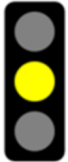
Risiken

- Das Volumen bzw. die Anzahl der Träger sind derzeit schwer einschätzbar. Die Einführung der Förderung wird eine eigene Dynamik in der Trägerlandschaft entstehen lassen, sodass von einer weiter wachsenden Anzahl im Anerkennungsverfahren ausgegangen wird.
- Als Maßnahme zur Risikominimierung wird das Projekt agil aufgesetzt. Anforderungsänderungen können so noch zu einem späten Umsetzungszeitpunkt berücksichtigt werden.
- Die zur Verfügung stehenden internen Bearbeitungsressourcen und diese für die Projektbeteiligung im Fachbereich sind sehr knapp.

Meilensteinplanung

- I. Soll-Prozessdefinition 1 und 2 am 30.09.2022 abgeschlossen
- II. Anbindung Basisdienste Entscheidung für EA am 30.09.2022 abgeschlossen
- III. Anbindung/Digitalisierung Antragsverfahren zur Anerkennung von Trägern über Basisdienst EA (SenWiEnBe) wird realisiert
- IV. Anforderungsbeschreibung und Kostenkalkulation wird gegenwärtig erarbeitet

Status



2.1.6 SenWiEnBe

2.1.6.1 Installation eines anonymen Hinweisgebersystems im Land Berlin im Rahmen der Geldwäscheaufsicht

Kernvorhaben der SenWiEnBe

Installation eines anonymen Hinweisgebersystems im Land Berlin im Rahmen der Geldwäscheaufsicht

Kurzbeschreibung und Ziele

Seit Juni 2017 sind alle Aufsichtsbehörden nach § 53 Geldwäschegesetz (GWG) verpflichtet, ein sog. Hinweisgebersystem einzurichten. Bis heute gibt es jedoch bei den Aufsichtsbehörden der Länder kein digitales Hinweisgebersystem, welches eine anonyme Hinweisabgabe ermöglicht. Dies liegt in erster Linie an den hohen datenschutzrechtlichen Anforderungen und den damit verbundenen hohen Kosten, wenn dies für jede Behörde einzeln beschafft werden sollte.

Im Rahmen der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) ist Hamburg federführend für die Umsetzung des OZG-Feldes, welches auch die Leika-Leistung „Hinweise auf Verstöße im Rahmen der Geldwäscheaufsicht (Whistleblower-System)“ mit dem Leika-Schlüssel 99089149261000 enthält. Das dortige Projektteam ist damit beauftragt, im Rahmen des EfA-Ansatzes (Einer für Alle) ein Hinweisgebersystem zu entwickeln, welches bundesweit nachgenutzt werden kann, sofern ein Nachnutzungsinteresse besteht.

Als koordinierende Stelle im Land Berlin hat SenWiEnBe ein Nachnutzungsinteresse signalisiert und die entsprechende Anzahl an Lizenzen angemeldet.

Weitere Beteiligte in diesem Projekt sind die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport (SenInnDS), das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) und das Landgericht (LG) Berlin.

Risiken

- 1) Kostenberechnung. Die Kosten hängen davon ab, wie viele Bundesländer und wie viele Geldwäscheaufsichtsbehörden an dem Projekt teilnehmen werden. Je mehr Nutzer, desto geringer werden die Kosten für die Lizenzen.
- 2) Es müssen Datenschutzkonzept und Datenschutzfolgeabschätzung auf das Berliner Datenschutzrecht angepasst werden. Ein Datenschutzkonzept wurde weder im Bund noch in anderen Bundesländern erstellt. Dies ist eine Besonderheit des Berliner Datenschutzrechts.
- 3) Der Auftragsverarbeitungsvertrag muss durch alle Berliner Aufsichtsbehörden unterzeichnet werden, bevor das System live geschaltet werden darf.

SenWiEnBe hat dies in die Wege geleitet. LABO und LG Berlin werden voraussichtlich im April/Mai 2023 den Abschluss generieren können.

Zunächst werden SenWiEnBe, LABO und LG Berlin das System live schalten, SenInnDS folgt im Nachgang.

Meilensteinplanung

Vertragsabschluss April/Mai; sodann Prüfung, ob Börsenaufsicht und Kartellbehörde (beide von SenWiEnBe) sich an das Hinweisgebersystem anschließen können für die Hinweise nach Börsengesetz (BörsG) und Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Status



2.1.6.2 Digitalisierung der Messeplanung (Projekt Messetool) und Aufbau einer Informationsplattform für Außenwirtschaftsaktivitäten (Projekt AuWi-Plattform)

Kernvorhaben der SenWiEnBe

Digitalisierung der Messeplanung (Projekt Messetool) und Aufbau einer Informationsplattform für Außenwirtschaftsaktivitäten (Projekt AuWi-Plattform)

Kurzbeschreibung und Ziele

Die Wirtschaftsverwaltungen der Länder Berlin und Brandenburg, die Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH und die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH sehen Bedarf für eine länderübergreifende Informations- und Kooperationsplattform für Außenwirtschaftsaktivitäten in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

Die beiden Wirtschaftsverwaltungen wollen zudem den bisherigen Workflow zur Vorbereitung des jährlichen Messeplans der beiden Länder sowie weiterer Auslandsaktivitäten effizienter gestalten. Die Digitalisierung der Arbeitsabläufe soll nicht nur zu einer Optimierung der Datenqualität beitragen, sondern auch den damit verbundenen Verwaltungsaufwand bei den Projektträgern und den beiden Verwaltungen sowie Fehler minimieren.

Ziele:

- Erstellung einer Website zu den Außenwirtschaftsaktivitäten der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, basierend auf den Clusterwebsites und der innoBB-Website der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) und Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie (BPWT). Die Website dient zur Veröffentlichung wichtiger Außenwirtschaftstermine (einschließlich Messen) sowie wichtiger Grundsatzinformationen für die Hauptstadtregion aber auch für Berliner Auslandsaktivitäten, wie den Berliner Wirtschaftsrepräsentanzen des Landes Berlin. Die Website wird im Januar 2023 veröffentlicht und mit einer Pressemitteilung von Senator Schwarz flankiert.
- Zur Digitalisierung des Prozesses der Messeplanung von Berlin und Brandenburg wurde eine digitale Plattform erstmals von beiden Ländern im Oktober 2022 verwendet. Die Anmeldungen verliefen reibungslos und fehlerfrei.
- Ursprünglich war auch die Bereitstellung einer Auwi-Community-Plattform zu den Themen Außenwirtschaftsaktivitäten und Messepräsenzen der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, realisiert über die Gruppenfunktionalität in der Kooperationsplattform Brandenburg (Plattformpartner WFBB, Plattformbetreiber

Innoloft GmbH), angedacht. Diese Community-Plattform wurde von einigen Akteuren kritisiert, sodass sich Berlin zum aktuellen Zeitpunkt aus den Aktivitäten zur Community-Plattform herausgezogen hat.

Risiken

Es sind keine Risiken erkennbar.

Meilensteinplanung

- I. Gemeinsame Messeplanung von Berlin und Brandenburg im September 2022 durchgeführt und somit abgeschlossen
- II. Außenwirtschaftsplattform wird im Januar 2023 veröffentlicht und ist dann online, somit abgeschlossen
- III. Ff. werden Messetool und Auwi-Plattform kontinuierlich genutzt und mit Inhalten aktualisiert

Status



2.2 Entwicklung und Status der Digitalisierungsvorhaben im Land Berlin: Zentrale Maßnahmen und Projekte

2.2.1 Kernthemen der Regierung – Die zentrale Digitalisierung

2.2.1.1 Digitalisierung Ämter für Bürgerdienste

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Programm Digitalisierung Ämter für Bürgerdienste „DigiBüD“	Ziel von DigiBüD ist die digitale Bereitstellung von Dienstleistungen der Ämter für Bürgerdienste. Projekte im Rahmen des Programmes zielen auf das 14-Tage-Ziel der Bürgerämter ein und bewirken immer eine Serviceverbesserung für Bürger:innen.	Programmhandbuch ist erstellt Q1 2023	
Programm Digitalisierung Ämter für Bürgerdienste „DigiBüD“	Potentiale sowie Prioritäten zur Digitalisierung der 384 validierten Leistungen sind ermittelt und festgelegt. Die Arbeit der Programmkommissionen ist aufgenommen.	Digitalisierungspotential erhoben und Prioritäten festgelegt Q2 2023	
Projekt elektronische Wohnsitzanmeldung Berlin „eWA Berlin“	Ziel des Projektes ist die Implementierung des Online-Dienstes elektronische Wohnsitzanmeldung in verschiedenen Ausbaustufen.	Start des Onlinedienstes Q4 2023	
Projekt Digitale Meldebescheinigung „DigiMeld“	Ziel des Projektes ist die Implementierung des Online-Dienstes Digitale Meldebescheinigung und bundesweite Bereitstellung als nachnutzbare EfA-Leistung.	Implementierung erste Ausbaustufe in Berlin Q3 2023	

Projekt	Ziel des Projektes ist die	Start des Projektes	
Digitalisierung	Nachnutzung und	Q1 2023	
Standesämter	Implementierung von EfA-Dienstleistungen im Bereich Personenstandswesen		

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
0500/54003	253.837 €	801.000 €
2500/51185	125.000 €	600.000 €
2500/N.N.	Konjunkturmittel BMI	Beantragt Konjunkturmittel Bund

A) Entwicklung und Status

Gemäß den Richtlinien der Regierungspolitik hat die Digitalisierung von Bürgerdienstleistungen oberste Priorität. Die Ämter für Bürgerdienste erbringen eine Vielzahl an Bürgerdienstleistungen. Es bedarf einer einheitlichen Strategie zur Digitalisierung der Dienstleistungen in den Ämtern für Bürgerdienste, um unterschiedlichste Rahmenbedingungen in den Bezirken, fachgesetzlicher Vorgaben (OZG, EGovG Bln, SDGVO), Erwartungen der Nutzenden, Erwartungen der Sachbearbeitenden sowie Soll-Fallzahlen zu vereinen und um geplant und mit einer sinnvollen Priorisierung die Herausforderung anzugehen. Im ersten Quartal 2023 wird die Konzeption des Programms in Form eines Programmhandbuches abgeschlossen. Ebenso sind die im Programm einzeln umzusetzenden 384 Leistungen auf der Grundlage des Digitalisierungs-Dashboards identifiziert sowie deren Digitalisierungspotential erhoben.

Die unter dem Programmschirm DigiBüD laufenden Projekte haben stets die Zielsetzung der Unterstützung der digitalen Transformation der Ämter für Bürgerdienste. Sie zahlen auf das 14-Tage-Ziel der Bürgerämter ein und erzielen eine Außenwirkung – sichtbar für Bürger:innen sowie Unternehmen und Einrichtungen. Aktuell laufende Projekte des Programmes DigiBüD sind das EfA-Nachnutzungsprojekt elektronische Wohnsitzmeldung „eWA Berlin“ und das EfA-Umsetzungsprojekt „Digitale Meldebescheinigung“.

B) Planung für 2023

In 2023 wird die Arbeit in den Programmgremien aufgenommen. Projekte werden nach Prioritäten gestartet und Managementbausteine (Controlling und Reporting) implementiert.

Die Projekte ProDigiMeld und eWA Berlin werden fortgeführt mit dem Ziel der erfolgreichen Implementierung der ersten Ausbaustufen in 2023.

Für die Digitalisierung der Dienstleistungen in den Standesämtern wird das Projekt „Digitalisierung Standesämter“ konzeptioniert. Es nimmt in Q2/2023 die Arbeit auf. Zielsetzung ist die Nachnutzung von mindestens drei EfA-Dienstleistungen (Anmeldung Eheschließung, Anzeige Geburt und Anzeige Sterbefall).

C) Ausblick 2024/25

In 2024/25 ist das Programm DigiBüD etabliert und wird fortgeführt. Dienstleistungen aus der Vorhabenliste (Digitalisierungs-Dashboard) werden entsprechend der gesetzten Prioritäten als Online-Dienste entwickelt und bereitgestellt.

2.2.1.2 Beschleunigung OneIT@Berlin

Kernvorhaben der SenInnDS

Beschleunigung OneIT@Berlin

Kurzbeschreibung und Ziele

Ziel des Programms OneIT@Berlin ist es, den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT an das ITDZ Berlin zu überführen. Die Richtlinien der Regierungspolitik sehen eine Beschleunigung der Zentralisierung vor. Zur Sicherstellung und Beschleunigung der Zentralisierung wurden die bestehenden Hindernisse analysiert und Maßnahmen für einen Senatsbeschluss formuliert.

Risiken

- Die Motivation der Behörden, den IT-Betrieb an das ITDZ Berlin abzugeben, ist zum Teil begrenzt.
- Die Lieferfähigkeit des ITDZ Berlin als zentraler Dienstleister ist nicht sichergestellt.
- Die Herstellung der Migrationsreadiness ist zeit- und kostenintensiv und kann zu Verzögerungen führen.
- Begrenzte Ressourcen in den beteiligten Ressorts in den Behörden (u.a. IKT-Betrieb, Facility Management).

Meilensteinplanung

- I. Abschluss aller Behördenprojektaufträge für 2022 (Q1 2022)
- II. Anpassung Programmplanung (Q2 2022)
- III. 1. Senatsvorlage zur Beschleunigung des Programms (Q3 2022)
- IV. Abschluss IST-Erhebungen Senatsverwaltungen

Status



Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51113	1.000.000 €	1.000.000 €
2500/51160	17.800.000 €	19.675.000 €

A) Entwicklung und Status

Der Senat von Berlin hat am 30.08.2022 die von der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport mit Senatsvorlage Nr. S-641/2022 vorgelegten Festlegungen zur Beschleunigung und Steigerung der Verbindlichkeit für die Zentralisierung des IKT-Betriebs zum ITDZ Berlin beschlossen. Dieser Senatsbeschluss hat zum Ziel, den Planungsprozess für die beschleunigte Zentralisierung des IKT-Betriebes zum ITDZ Berlin einzuleiten und die gemeinsame Priorisierung des Handlungsauftrages durch einen politischen Schulterschluss zwischen allen Ressorts sicherzustellen.

Mit einem zweiten Senatsbeschluss soll der Auftrag zur Festlegung einer Planung und die Darstellung der finanziellen Auswirkungen des Vorhabens der beschleunigten IKT-Zentralisierung umgesetzt werden.

Zur Erstellung einer Planung wurden durch das ITDZ Berlin IST-Erhebungen in den Senatsverwaltungen (Stammhäuser inkl. Außenstellen) als Voraussetzung für die Analyse und Planung der Zentralisierung durchgeführt sowie die bereits bestehenden Behördenprojekte im Programm OneIT@Berlin fortlaufend geplant.

Die Ergebnisse der IST-Erhebungen wurden allen Senatsverwaltungen im November 2022 übermittelt. Im Zuge der Präsentation wurde der Umsetzungsplan vorgestellt und die daraus resultierenden Aufgaben und Herausforderungen abgestimmt.

Auf Basis der ermittelten Informationen lässt sich erkennen, dass es einen großen Nachholbedarf in der Herstellung der Migrationsreadiness mit den Schwerpunkten Gebäudereadiness und Ertüchtigung der IT-Fachverfahren gibt. Mit Aufnahme der Senatsverwaltungen in das Programm und der gemeinsamen Erarbeitung einer Feinplanung besteht die Möglichkeit, dass es zu Anpassungen der erarbeiteten Zeitplanung kommt.

B) Planung für 2023

Im April 2023 soll die 2. Senatsvorlage zur Festlegung einer Planung in den Senat eingebracht werden.

Mit Beschluss der dargestellten Planung und den aufgezeigten finanziellen Auswirkungen sollen die Senatsverwaltungen in das Programm OneIT@Berlin aufgenommen werden. Die erarbeitete Grobzeitplanung wird gemeinsam mit dem ITDZ Berlin und der Behörde ausgearbeitet und konkretisiert.

Parallel werden die bestehenden Behördenprojekte umgesetzt.

C) Ausblick 2024/25

Die Planung sieht vor, die Zentralisierung der IKT-Arbeitsplätze zum ITDZ Berlin in dieser Legislatur so zu beschleunigen, dass an deren Ende mindestens 15.000 Arbeitsplätze nach den Standards der IKT-Architektur in der unmittelbaren Betriebsverantwortung des ITDZ Berlin stehen. Die Senatsverwaltungen (Stammhäuser inkl. Außenstellen) und die IKT-Steuerung wirken gemeinsam darauf hin, bis zum 31.12.2024 die Zentralisierung der dort eingesetzten verfahrensunabhängigen IKT zum ITDZ Berlin abzuschließen.

2.2.1.3 Einführung des IKT-Basisdienstes Digitale Akte / Digitaler Posteingang

Kernvorhaben der SenInnDS

Einführung des IKT-Basisdienstes Digitale Akte / Digitaler Posteingang

Kurzbeschreibung und Ziele

Der IKT-Basisdienst Digitale Akte stellt allen Berliner Behörden ein Werkzeug zur Verfügung, um Akten und Geschäftsgänge digital durchzuführen. Durch den IKT-Basisdienst können Behörden interne Abläufe durchgängig elektronisch vornehmen. Voraussetzung im Zusammenhang mit der Einführung der Digitalen Akte sind Maßnahmen zur Digitalisierung des Posteingangs. Die Behörden werden in die Lage versetzt, die täglich eingehende Papierpost zu digitalisieren.

Risiken

- Stabile SW-Versionen von nscale
- Herstellung der E-Akte-Ready-Fähigkeit in den einzelnen Behörden als Grundlage für den technischen Rollout
- Fehlende Akzeptanz
- Fehlendes Active Directory / Alternativen

Meilensteinplanung

- I. Bereitstellung IKT-Basisdienst Digitale Akte in 2022, Digitaler Posteingang: Bereitstellung in Anlehnung am Rolloutplan der Digitalen Akte
- II. Anbindung von insgesamt 25 Behörden (2023)
- III. Nutzung des IKT-Basisdienstes in allen Behörden samt digitalem Posteingang (2024)

Status



Kapitel/Titel DiA	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51163	31.440.000 €	35.050.000 €
2500/81263	990.000 €	800.000 €

Kapitel/Titel DiP im SIWA	Ansatz 2022 (übertragbar)
9810/82038	3.566.471 €

A) Entwicklung und Status

Der IKT-Basisdienst Digitale Akte (DiA) wurde auf der Basis der Standardsoftware nscale aufgebaut und steht der Berliner Verwaltung zur technischen Nutzung zur Verfügung. Der Betrieb der PaaS-Plattform und des Dienstes erfolgen im ITDZ Berlin.

Parallel ist die Verwaltung auf die Nutzung durch hausinterne Vorprojekte (eAkte Ready), Schulungen und Maßnahmen des Akzeptanzmanagements vorzubereiten bzw. einzustimmen.

Voraussetzung für die Nutzung des IKT-Basisdienstes ist die technische Anbindung der Behörde an den im ITDZ betriebenen Mandanten. Das Ziel für 2022 ist es, insgesamt 15 Behörden technisch anzubinden. Dieses Ziel wird erreicht bzw. knapp unterschritten. Zwei Behörden befinden sich – wie geplant – im Probe-Echtbetrieb.

Aktuell zeigt sich, dass der Funktionsumfang des IKT-Basisdienstes noch nicht zu allen Anforderungen der Behörden passt. Es erfolgt eine kontinuierliche Schließung dieser Lücke. Weiterhin ist die Auslastung von Ressourcen bei allen beteiligten Dienstleistenden hoch.

Für die Realisierung des Digitalen Posteingangs wurde im Land Berlin ein Rahmenvertrag für Scanner und einer Client-Scan-Software etabliert. Die Poststellen der Senatsverwaltungen, nachgeordneten Einrichtungen und der Bezirksämter werden sukzessive mit dieser Scan-Technik ausgestattet. Die Erstausrüstung - bis zu drei Scannern - wird zentral durch SenInnDS finanziert. Für die Reihenfolge ist der Rollout-Plan der Digitalen Akte maßgeblich.

Darüber hinaus werden standardisierte Prozesse für die Vorbereitung, Digitalisierung und Verteilung der digitalisierten Papierposteingänge entwickelt. Hierfür werden die Software Fujitsu PaperStream Capture Pro und Komponenten der DiA eingesetzt.

B) Planung für 2023

Für 2023 ist die Anbindung von insgesamt 25 Behörden an den IKT-Basisdienst DiA und damit auch an den Digitalen Posteingang vorgesehen.

Für alle startenden Behörden werden Schulungen und Maßnahmen zwecks Akzeptanzmanagement angeboten.

Weiterhin ist der Rollout der bereits angebundenen Behörden in deren eigener Verantwortung zu planen und umzusetzen.

C) Ausblick 2024/25

Gemäß §7 EGovG Bln führt die Berliner Verwaltung ihre Akten spätestens ab dem 1. Januar 2025 elektronisch. Hierfür stellt die IKT-Steuerung einen landeseinheitlichen IKT-Basisdienst „Digitale Akte“ (DiA) bereit. Im Zeitraum 2024/25 erfolgt die technische Anbindung der noch verbliebenen Behörden sowie die Unterstützung dieser durch Schulungsmaßnahmen. Die Aktivitäten zum Digitalen Posteingang ordnen sich nahtlos in die geplanten DiA-Aktivitäten ein.

2.2.1.4 Weiterentwicklung des ITDZ Berlin

Kernvorhaben der SenInnDS

Weiterentwicklung des ITDZ Berlin

Kurzbeschreibung und Ziele

Die Richtlinien der Regierungspolitik sehen den strukturellen Umbau des ITDZ Berlin sowie die Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit und den kulturellen Wandel zu einem kundenorientierten Dienstleister vor. Zu diesem Zweck soll das ITDZ-Gesetz novelliert werden.

Risiken

- Personalsensibles Vorgehen notwendig
- Unterschiedliche Interessen der Stakeholder
- Begrenzter Leistungszeitraum der Organisationsberatung
- Etablierung der Ergebnisse in 2023

Meilensteinplanung

- I. Beginn der Leistungserbringung (Phase 1; Q1 2023)
- II. Benchmark, Analyse und Konzeptionierung (Q2 2023)
- III. Befassung des Verwaltungsrats (Q3 2023)
- IV. Beginn der Umsetzung (Q4 2023)

Status



Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51160	540.000 €	80.000 €

A) Entwicklung und Status

Zur Erfüllung der regierungspolitischen Ziele des strukturellen Umbaus, der Leistungserhöhung und des kulturellen Wandels zu einem kundenorientierten Dienstleister, plant SenInnDS die Beauftragung einer Organisationsberatung.

Die Ausschreibung für die Organisationsberatung wurde am 16.10.2022 veröffentlicht. Parallel zur Ausschreibung wurde zu diesem Zweck ein Projektmanagement nebst Projektauftrag aufgesetzt, welches u.a. ein Projektteam (SenInnDS und ITDZ), das

Funktionale Team (externe Beratung), eine Abstimminstanz (SenInnDS und ITDZ), einen Lenkungsausschuss (ITDZ Vorstand und SenInnDS AbtL V) und die Projektspensoren auf Staatssekretärssebene vorsieht. Die KPMG Beratungsgesellschaft hat den Zuschlag erhalten und am 27.01.2023 die Leistungserbringung begonnen. Die Laufzeit beträgt 6 Monate. Ziel ist die Erstellung eines Geschäftsverteilungskonzeptes und Handlungsempfehlungen für die strategische Steuerung.

Nach der Durchführung eines Managementworkshops mit Teilnehmer:innen seitens der SenInnDS als auch des ITDZ (Phase 1) beginnt nunmehr die Durchführung eines IT-Dienstleister-Benchmarks (Phase 2). Hierzu wurde ein Zielmodell entwickelt sowie die Peers festgelegt. Im Anschluss daran erfolgt eine Organisationsanalyse (Phase 3). Aus den Ergebnissen wird dann das Geschäftsverteilungskonzept entwickelt (Phase 4).

B) Planung für 2023

Für 2023 sind die Durchführung der Organisationsberatung sowie erste Umsetzungsschritte aus den Ergebnissen geplant.

C) Ausblick 2024/25

Langfristig ist es das (regierungspolitische) Ziel, das ITDZ nachhaltig strukturell umzubauen. Das Geschäftsverteilungskonzept soll hierfür die Grundlage bilden und in 2024/25 zur Anwendung kommen. Die hierfür notwendigen Umsetzungsschritte und die Dauer werden im Zuge der Organisationsberatung festgelegt.

2.2.1.5 Finanzierungsmodell des ITDZ Berlin

Kernvorhaben der SenInnDS

Finanzierungsmodell des ITDZ Berlin

Kurzbeschreibung und Ziele

Ein verbindliches Finanzierungsmodell für das ITDZ Berlin schafft Handlungssicherheit für das ITDZ Berlin zur Umsetzung seiner Aufgaben nach dem E-Government-Gesetz Berlin. Gleichzeitig werden wichtige Rahmenbedingungen zur Kostentransparenz und der nachhaltigen Kontrolle der Finanzierung des ITDZ Berlin hergestellt. Das Finanzierungsmodell beinhaltet Betrieb-, Erst- und Ersatzinvestitionen für die IKT des Landes Berlin.

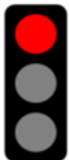
Risiken

- Zeitintensive Abstimmungen

Meilensteinplanung

- I. Einigung zu offenen Punkten (Q1 2023)
- II. Einigung zu offenen Punkten (Q2 2023)
- III. Einigung zu offenen Punkten (Q3 2023)
- IV. Umsetzung der geeinten Ergebnisse (Q4 2023)

Status



Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

Das ITDZ Berlin ist IT-Dienstleister des Landes Berlin und nach § 24 Abs. 2 EGovG Bln soll es allen Behörden und Einrichtungen der Berliner Verwaltung die verfahrensunabhängige IKT sowie IT-Basisdienste zur Verfügung stellen und die Behörden bei der laufenden Anpassung der IT-Verfahren an die Basisdienste unterstützen sowie die dafür notwendige Infrastruktur betreiben.

Nach § 8 Gesetz über die Anstalt des öffentlichen Rechts IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ-Gesetz) ist das ITDZ nach kaufmännischen Grundsätzen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes zu führen. In diesem Lichte und

im Sinne einer nachhaltigen Finanzierung des ITDZ Berlin als kommunales Unternehmen ist eine Etablierung eines nachhaltigen Finanzierungsmodells erforderlich.

Im Verwaltungsrat des ITDZ wurde das erarbeitete Finanzierungsmodell mit Stand 18.08.2021 zur Kenntnis genommen und das ITDZ damit beauftragt, die Festlegungen des Finanzierungsmodells einer Verprobung (Prüfung auf Anwendbarkeit) zuzuführen. Die Ergebnisse wurden im Verwaltungsrat im März 2022 besprochen. Das vorgelegte Finanzierungsmodell soll für das ITDZ-Berlin eine abschließende Planungssicherheit herstellen, mit Blick auf die Finanzierungen zur Erst-, Ersatzbeschaffungen, der Ausgleich von Verlustgeschäften und die Finanzierung von Betriebskosten.

Eine geplante Überprüfung der Erkenntnisse aus der Verprobung durch einen externen Wirtschaftsprüfer konnte nicht erfolgreich beauftragt werden. Dadurch entstanden weitere Detailfragen, die derzeit in gemeinschaftlichen Abstimmungsrunden einer Klärung zugeführt werden.

B) Planung für 2023

Vor einer abschließenden Festlegung und Verbindlichmachung des Finanzierungsmodells ist eine vertiefte Bewertung und Überprüfung, die in 2023 abgeschlossen wird, vorgesehen.

C) Ausblick 2024/25

Etablierung einer nachhaltigen, planbaren Finanzierung für den IT-Dienstleister des Landes Berlin verbunden mit einer transparenten Preispolitik.

2.2.1.6 One-Device-Strategie – „Berlin-PC“

Kernvorhaben der SenInnDS

One-Device-Strategie – „Berlin-PC“

Kurzbeschreibung und Ziele

In der IKT-Steuerung wird mit Unterstützung der „Fokusgruppe Ein-Gerät-Strategie (FEGS)“ die One-Device-Strategie für das Land Berlin weiter ausgearbeitet, um die erforderlichen strategischen Vorgaben für die IKT-Architektur des Landes Berlin dauerhaft festzulegen. Der Berlin-PC mobil soll dauerhaft als Standard-Arbeitsplatz auf Grundlage der ausformulierten One-Device-Strategie in der Berliner Verwaltung etabliert werden.

Meilensteinplanung

- I. Pilot-Probe-Echtbetrieb (PPEB) mit ca. 160 AP (Q2 2021)
- II. Einberufung der senatsübergreifenden Fokusgruppe (Q1-Q2 2022)
- III. Arbeitstreffen der Fokusgruppe (Q2 2022 – Q3 2023)
- IV. Vorlage der One-Device-Strategie und Senatsbeschluss (2023)

Status



Kapitel/Titel		Ansatz 2023
2500/54803		2.000.000 €

A) Entwicklung und Status

Der „Berlin-PC“ ist eines der Kernelemente (von vier) des standardisierten und zentralisierten IKT-Arbeitsplatzes für die Berliner Verwaltung. Im Rahmen der von zentraler Stelle aus gesteuerten Entwicklungen zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie wurden eine Reihe von Sofortmaßnahmen ergriffen, um die Arbeitsfähigkeit der Berliner Verwaltung auch unter geänderten Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Mit der Umsetzung des „Notebook-Sonderprogramms“ wurden Umsetzungsschritte zu einer „One-Device-Strategie“ (ODS) eingeleitet. Diese ist nunmehr dauerhaft und tragfähig konzeptionell und in Bezug auf die Leistungserbringung durch den zentralen IKT-Dienstleister konzeptionell zu hinterlegen. Hierfür wurde die senatsübergreifende Fokusgruppe „Ein-Gerät-Strategie“ (FEGS) ins Leben gerufen, in der die konzeptionell-textliche Entwicklung der ODS vorangebracht wird.

B) Planung für 2023

Die senatsübergreifende Fokusgruppe „Ein-Gerät-Strategie“ (FEGS) hat die One-Device-Strategie als Grundlage der Ausgestaltung des IKT-Arbeitsplatzes vorgelegt. Das Ergebnis wird vor dem Hintergrund der strategischen Bedeutung des Vorhabens Gegenstand eines Senats- und RdB-Beschlusses.

C) Ausblick 2024/25

Die Ergebnisse und strategischen Festlegungen sind Regelgegenstand der IKT-Architektur des Landes Berlin. Auf dieser Grundlage erfolgen seitens des zentralen IKT-Dienstleisters des Landes Berlin die Ausstattung des IKT-Arbeitsplatzes im Rahmen der Zentralisierung des Betriebes der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur. Das Veranschlagungsmodell für die vulKT wird, unter Einbeziehung des Ergebnisses des IKT-Benchmarkings gem. § 24 EGovG Bln, entsprechend weiterentwickelt.

2.2.1.7 Open-Source-Strategie für Berlin

Kernvorhaben der SenInnDS

Open-Source-Strategie für Berlin mit Aufbau eines Open-Source-Kompetenzzentrums im ITDZ Berlin

Kurzbeschreibung und Ziele

Umsetzung der RdRP der 19. WP sowie der Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin DS 19/0480 und DS 19/0535. Insbesondere Etablierung eines grundsätzlichen Open-Source-Vorbehalts für alle Ausschreibungen und Vergaben. Operationalisieren des Grundsatzes „Public Money, Public Code“, Aufbau eines Open-Source-Kompetenzzentrums (OSK) in 2023 im ITDZ Berlin als zentrale Beratungsstelle für Einsatz und Beschaffung von Open Source sowie Entwicklung und Abstimmung einer Open-Source-Strategie für das Land Berlin und Entwicklung eines „Open Source BerlinPC“ als Referenz für alle entsprechenden Ausschreibungen.

Risiken

- Erfolgreicher Aufbau von Kompetenzen und Kapazitäten für das Open-Source-Kompetenzzentrum im ITDZ Berlin
- Erfolgreiche Entwicklung des Souveränen Arbeitsplatzes (Bund/Länder)

Meilensteinplanung

- I. Entwicklung einer Open-Source-Strategie (2023)
- II. Open-Source-Kompetenzzentrum (ab 2023)
- III. Entwicklung Open-Source-BerlinPC (ab 2023)
- IV. Open-Source-Fonds/Förderprogramme (ab 2024)

Status



Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51164	1.150.000 €	1.150.000 €

A) Entwicklung und Status

Der Senat hat am 20.12.2022 den (jährlichen) Bericht zu Open-Source-Strategie für Berlin beschlossen und hiermit dem Abgeordnetenhaus von Berlin zu den Drucksachen 19/0480 und DS 19/0535 Bericht erstattet.

B) Planung für 2023

Der Senat ist bestrebt, rechtzeitig zum Bericht für das Jahr 2023 eine Open-Source-Strategie für das Land Berlin entwickelt und verabschiedet zu haben. Die Open-Source-Strategie soll mit ihrer fachlich spezifischen Ausrichtung direkt an die (Dach-) Strategie „Gemeinsam Digital:Berlin“ anknüpfen. Das Open-Source-Kompetenzzentrum soll eingerichtet und ein BerlinPC Open Source als Referenz für Ausschreibungen und Vergaben entwickelt werden.

C) Ausblick 2024/25

Je nach Fortschritt wird die Open-Source-Strategie für Berlin umgesetzt, die Beratung durch das Open-Source-Kompetenzzentrum bei Beschaffung und Betrieb von Open-Source-Software für die Verwaltungen ist etabliert und Open-Source-Fonds sowie Förderprogramme fördern den Aufbau von Entwicklungs-Communities, die das Land Berlin braucht, um Anwendungen zu pflegen und weiterzuentwickeln.

2.2.1.8 Maßnahmenbündel „14-Tage-Ziel“

Kernvorhaben der SenInnDS

Maßnahmenbündel „14-Tage-Ziel“

Kurzbeschreibung und Ziele

Das Projekt „14-Tages-Ziel“ der Bürgerämter besteht aus 7 Arbeitspaketen („100 neue Mitarbeitende“ – „5 neue Standorte“ – „Springerpool“ – „Aufgabenkritik“ – „Recht“ – „ZMS“ – „Controlling“). Ziel ist es, die Bürgerämter so aufzustellen, dass Bürger:innen innerhalb von 14 Tagen das ganze Jahr über einen Termin beim Bürgeramt bekommen können. Im Durchschnitt bekommen 30% innerhalb von 14 Tagen einen Termin (60% wollen das).

Risiken

- Controlling wird durch Bezirke und Politik nicht angewandt.
- Gezielte Maßnahmen zur Einhaltung des 14-Tage-Ziels werden aufgrund der föderalen Strukturen berlinweit nicht akzeptiert und umgesetzt.

Meilensteinplanung

- I. Abschlussdokumentation (Q1 2023)
- II. Umsetzung der Empfehlungen (ab Q2 2023)

Status



Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/54803	450.000 €	250.000 €

A) Entwicklung und Status

Das Gesamtprojekt „14-Tage-Ziel“ befindet sich im Zeitplan. Das 14 Tage-Ziel ist erreicht, wenn 60 % der vereinbarten Termine dauerhaft innerhalb von 14 Tagen liegen bei 2,4 Mio. Terminen jährlich.

Die Abwägung und Entscheidung im **Arbeitspaket 1** „100 Mitarbeitende“ zur Einrichtung eines Rekrutierungsservice liegt vor. Vorgeschlagen wird ein regionalisierter bezirklicher Service zur zentralen Einstellung von Personal für alle zwölf Bezirke. Anforderungsprofile (AP) und Beschreibungen des Aufgabenkreises (BAK's) sind erstellt und liegen als Muster-AP und Muster-BAK vor.

Hinsichtlich des **Arbeitspakets 2** „Einrichtung von bis zu 5 neuen Standorten“ sind die Bedarfe der Bezirke bewertet und hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung abgewogen. Ein Ranking des Bedarfs liegt vor. In-Frage-kommende Standorte der BIM werden begutachtet und auf Eignung für ein Bürgeramt überprüft. Gemeinsam mit der SenFin werden derzeit die Modalitäten zur Anmietung von zusätzlichen Flächen geklärt. Falls möglich, werden bereits Maßnahmen zur Einrichtung neuer Standorte innerhalb des Projekts getroffen. Falls nicht möglich, wird dies als Folgeprojekt in die Linie überführt.

Im **Arbeitspaket 3** „Springerpool“ liegt hinsichtlich der Prüfung zur Einrichtung eines Springerpools die Definition hierfür vor. Eine positive rechtliche Bewertung der SenInnDS Abteilung I mit Blick auf AZG und BezVG liegt vor. Eine Grobplanung für das Betriebskonzept inklusive Einsatzszenarien ist erstellt. Muster-AP's und Muster-BAK's liegen vor.

Im **Arbeitspaket 4** „Aufgabenkritik“ sind die Dienstleistungen definiert, die in den Fokus rücken sollen. Eine Bewertungsmatrix zur Gewichtung aus Kundensicht ist erstellt und Kriterien definiert. Die Erledigungsarten, der Multikanalzugang sowie anhand des BeLeiKa der Digitalisierungsgrade der einzelnen Dienstleistungen werden erhoben. Derzeit werden die Verfahrensvorschläge zu einzelnen Dienstleistungen erstellt und dokumentiert.

Das **Arbeitspaket 5** „Recht“ wurde gebildet, als noch nicht absehbar war, dass bei SenInnDS Abt VI ein Referat in Linienverantwortung für den AZG-Änderungsprozess Verantwortung tragen wird. Daher wird das Arbeitspaket 5 nicht fortgeführt.

Das **Arbeitspaket 6** „ZMS“ arbeitet an der Verbesserung der statistischen Funktionen sowie der Usability aus Sicht der Mitarbeitenden und Kunden:innen und dokumentiert die Anforderungen. Derzeit ist die Freischaltung einer verbesserten Nutzerführung in der Abstimmung.

Das **Arbeitspaket 7** „Controlling“ befindet sich in der Abschlussphase. Die Projektergebnisse werden in Linienarbeit eingebunden. Das Prognosemodell ist der SenFin zur Prüfung der möglichen weiteren Verwendung für die Budgetierung übergeben worden. Ein regelmäßiges Berichtswesen sowie die Steuerungsstrukturen der Zielvereinbarung sind etabliert und werden genutzt. Die Ergebnisse des Arbeitspakets werden in die Linie überführt.

B) Planung für 2023

Die Entscheidung zur personellen Ausstattung des Rekrutierungsservice und der Vorschlag zur Finanzierung sollen vorgelegt und abgestimmt werden. Eine Entscheidungsvorlage für die Projektgremien zur Verortung des Rekrutierungsservice wird eingebracht. Die Übergabe des Arbeitspakets „100 Mitarbeitende“ in die Linie ist nach Abschluss des Projekts in Q2/2023 vorgesehen.

In 2023 werden konkrete Vorschläge zur Anmietung von zusätzlichen Flächen für Bürgerämter nach der Bedarfsanalyse des Projekts vorgestellt, die dann politisch zu entscheiden sind. Die Umsetzung und Unterstützung der Einrichtung erfolgen dann sukzessive. Die Übergabe des Arbeitspakets „neue Standorte“ in die Linie ist nach Abschluss des Projekts in Q2/2023 vorgesehen.

Für die Verteilung der Mitarbeitenden des Springerpools werden Kennzahlen ermittelt, danach ist die Festlegung der Abrufmodalitäten und die Fertigstellung der Einsatzplanung geplant. Es soll die Klärung von IT-Ausstattung, IT-Kennungen und notwendiger IKT-Infrastruktur bis Ende Januar 2023 erfolgen. Danach soll die Klärung der Modalitäten bzgl. Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der notwendigen Mitarbeitengewinnung erfolgen. Die Übergabe des Arbeitspakets „Springerpool“ in die Linie ist nach Abschluss des Projekts in Q2/2023 vorgesehen.

Im Arbeitspaket 4 erfolgt die Qualitätssicherung der Ergebnisse und Übergabe an den Auftraggeber zum Abschluss des Projekts in Q1/2023. Danach erfolgt die Übergabe in die Linie und Kontrolle der Umsetzung durch die jeweiligen Prozesseigner.

Im Arbeitspaket 6 „ZMS“ ist die Übergabe in die Linie und die Prüfung der Umsetzungsempfehlungen aus der Machbarkeitsstudie vorgesehen.

Im Arbeitspaket 7 „Controlling“ ist vorgesehen, das Modell für die Budgetierung ab 2024 zu verwenden. Die Zielvereinbarung Bürgerämter wird weiterentwickelt.

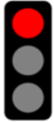
C) Ausblick 2024/25

Aus dem Projekt heraus werden folgende Elemente einer gesamtstädtischen Steuerung dauerhaft angewandt, sofern die Ergebnisse des Projekts umgesetzt werden:

- Erhebung und Transparentmachung von steuerungsrelevanten Kennzahlen und Zielwerten zur Erreichung von 60%-Terminvereinbarung innerhalb von 14 Tagen
- Ressourcenstärkung der Bürgerämter durch Vorschläge zur effizienteren, digitalen und bürgerfreundlichen Organisationsstruktur und Verbreiterung der Ressourcenbasis
- auf ressourcenorientierte und langfristig wirkende Ausstattung der Bürgerämter mit Personal und Sachmitteln hinwirken

2.2.2 Maßnahmen aus den Richtlinien der Regierungspolitik

2.2.2.1 Einführung „Digitalcheck“

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Einführung „Digitalcheck“	Der Senat führt im Rahmen der Ressortabstimmung bei der Rechtssetzung einen transparenten „Digitalcheck“ ein.	offen	

A) Entwicklung und Status

Die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport führt eine interne Abstimmung zu möglichen Handlungsalternativen durch. Es wird dabei u.a. geprüft, wie die bereits vorhandenen Mechanismen und Vorgaben der GGO II aufgegriffen bzw. weiterentwickelt werden können. Dabei werden auch bestehende Ansätze zu anderen Handlungsfeldern, wie die Regelung zum „Klimacheck“ in §9 Abs. 6a GGO II einbezogen.

Im Kontext entsprechender föderaler Entwicklungen hat Berlin aktiv die Berichterstattung des Bundes im IT-Planungsrat über den dortigen Sachstand „Digitalcheck für Gesetze“ aufgenommen. Federführend beim Bund ist das BMI. Das BMI erarbeitet ein Konzept für eine stufenweise und iterative Implementierung eines Digitalchecks für Gesetze. In einem ersten Schritt soll es auf Bundesebene ein „grobes Prüfraster für die Erarbeitung digitaltauglichen Rechts“ geben. Mit diesem „Prototypen“ sollen auf Bundesebene ab Januar 2023 die weiteren Schritte im Bund gegangen werden. In einem ersten Schritt nimmt Berlin an Erfahrungsaustauschen mit dem BMI teil.

B) Planung für 2023

Ausgehend von den u.a. seitens des Bundes geschaffenen Lösungsansätzen wird unter möglichst breiter Beteiligung der Senatsverwaltungen eine konzeptionelle Grundlage für Berlin entwickelt. Diese wird im Laufe des Jahres 2023 nach Möglichkeit erprobt und im Anschluss dem Senat zur Beschlussfassung vorgelegt.

C) Ausblick 2024/25

Es erfolgt eine kontinuierliche Auswertung der durchgeführten Digitalchecks. Im Rahmen des föderalen Austauschs und der eigenen Erkenntnisse erfolgt regelmäßig eine Auswertung und Weiterentwicklung des Werkzeuges.

2.2.2.2 *Beauftragung IKT-Basisdienste*

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Beauftragung IKT-Basisdienste	Alle IKT-Basisdienste werden beim ITDZ Berlin beauftragt. Neuverhandlungen aufgrund der Ergebnisse des IKT-Benchmarks	Q4 2022: Neuabschluss RV IKT-AP und RV BeLa	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
Die Ansätze sind direkt bei den IKT-Basisdiensten ausgewiesen.		

A) Entwicklung und Status

In § 10 EGovG Bln ist geregelt, dass die internen Verwaltungsabläufe in elektronischer Form abzuwickeln und in entsprechender Form zu gestalten sind, soweit nicht Rechtsvorschriften entgegenstehen. Der Zugang zu den elektronisch abwickelbaren Verwaltungsverfahren, den Informationen zum Verfahrensstand und zum weiteren Verfahren erfolgt über das zentrale Service-Portal und unter Nutzung hierzu von der IKT-Steuerung zentral bereitgestellter IKT-Basisdienste.

Als Basisdienste stehen unter anderem der Basisdienst „Vermittlung und Auskunft“, das „Service Konto Berlin“, „Online-Zugänge“, der „Digitale Antrag“, das „ePayment“ und das „Termin- und Zeitmanagement“ zur Verfügung. Als Projektverträge laufen unter anderem das Projekt „Migration Landesverzeichnisdienst“, die „Neugestaltung IT-Bestands - und Planungsübersicht“, die „Beratung zum Aufbau eines Anforderungsmanagements“, das Projekt „Public-Key-Infrastructure! des Basisdienstes „Sicherheit und Datenschutz“ sowie „XTA2 Gateway“.

Sie werden stetig weiterentwickelt. Darüber hinaus werden Projekte für neue Basisdienste initiiert.

Planung für 2023

In 2023 ist der Abschluss des Betriebsvertrages zum Berliner Landesnetz, zum Cyber-Defence-Center sowie die Überarbeitung der Betriebsverträge IKT-Arbeitsplatz, Vermittlung und Auskunft sowie Digitaler Antrag geplant.

C) Ausblick 2024/25

In den Jahren 2024 und 2025 werden weitere IKT-Basisdienste beim ITDZ beauftragt.

2.2.2.3 IKT-Fachkräfte / IKT-Organisation

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Fachkräfte / IKT-Organisation	Erarbeitung und Bereitstellung eines IKT-Rollenkonzeptes Erarbeitung von einem Geschäftsmodell im Hinblick auf den IKT-Betrieb.	Q4 2022: Festsetzung des IKT-Rollenmodells	
Rahmenvertrag Personaldienstleistungen ab 2023	Nahtloser Anschluss an den auslaufenden Rahmenvertrag Personaldienstleistungen zum Abruf von Unterstützungs- und Beratungsleistungen.	Q1 2023 Rahmenvertrag Personaldienstleistungen	
Begleitdokumente zum IKT-Rollenkonzept	Erarbeitung von Begleitdokumenten zum IKT-Rollenkonzept in Form von Vorlagen für Stellenausschreibungen und Stellenbewertungen.	Q3 2022 Rahmenvertrag Personaldienstleistungen	
Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023	
2500/51160	56.000 €	28.000 €	

A) Entwicklung und Status

Als Unterstützung für eine gut organisierte Leistungserbringung an den Schnittstellen der Berliner Behörden soll ein einheitliches Verständnis von notwendigen IKT-Rollen hergestellt werden, anhand dessen sich die Berliner Behörden auf die laufenden und anstehenden Veränderungen einstellen können, die aufgrund der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und der Zentralisierung des IKT-Betriebs zum ITDZ Berlin vorgenommen werden müssen. Durch die Beschreibung von Aufgabenbündeln (Rollen) und deren einheitlicher Benennung soll dabei nicht zuletzt eine größere Vergleichbarkeit von historisch gewachsenen Rollen- und Stellenbezeichnung in der Berliner Verwaltung erreicht werden. Dies soll die Zusammenarbeit zwischen den IKT-Stellen erleichtern und nicht zuletzt

gezieltere landesweite Personalrekrutierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ermöglichen. Unter Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaft IKT-Fachkräfte konnte das IKT-Rollenkonzept fertiggestellt werden, um als Standard festgesetzt zu werden.

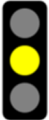
B) Planung für 2023

Im Jahr 2023 ist das Mapping des IKT-Rollenkonzepts bei den landesweiten Behörden vorgesehen. Weiterhin gilt es die Unterstützungsmaßnahmen zum Abruf aus dem neuen Rahmenvertrag vorzubereiten, um die Behörden im Rahmen des Unterstützungs- und Beratungszentrums (UBZ) bestmöglich zu unterstützen. Darüber hinaus ist ein gemeinsames Projekt mit dem landesweiten Geschäftsprozessmanagement geplant, um die Grundsatzdokumente der SenInnDS, IKT-Steuerung im Sinne eines „Best Practice“-Beispiels in ihrem Ineinandergreifen darzustellen.

C) Ausblick 2024/25

Als Ausblick für 2024/25 ist mit einer flächendeckenden Anwendung des IKT-Rollenkonzepts zu rechnen, was die IKT-Steuerung in die Lage versetzt zielgerichtete Aussagen über Qualifizierungsbedarfe von IKT-Fachkräften tätigen zu können.

2.2.2.4 Open Data

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Rechtsgrundlage	Gesetzliche Grundlagen für die Bereitstellung von Open Data der Berliner Verwaltung existieren seit 2016 mit dem §13 des EGovG Bln und der dazugehörigen Open-Data-Verordnung, die seit dem 1.1.2021 in Kraft getreten ist.		
Open Data Portal	Mit daten.berlin.de besteht seit 2011 die technische Infrastruktur für einen zentralen Zugang zu den offenen Verwaltungsdaten.		
Open Data Strategie	Strategie wurde durch umfassenden Partizipationssprozess der Stakeholder:innen aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in 2022 mit einer Befragung der Stadtgesellschaft auf mein.berlin.de und in Workshops weiterentwickelt.	Finale Open Data Strategie wird im Juli 2023 durch SenInnDS in den Senat eingebracht und anschließend veröffentlicht. Q2 2023	
Gemeinsame Datenplattform „Data Hub“:	Gemeinsame Datenplattform ist ein unabdingbarer Baustein für das Berliner Datenmanagement. Verschiedene Datenplattformen des Landes Berlin sind über Schnittstellen an eine gemeinsame Datenplattform anzubinden	Q1 2023 Senatsbeschluss zur entsprechenden Übertragung der Aufgabe „Berliner Data HUB“ an Tegel Projekt GmbH im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen dem Land Berlin, vertreten durch SenInnDS und der Tegel Projekt GmbH	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
1350/54010	1.100.000 €	1.100.000 €
1350/69806	302.000 €	305.000 €

A) Entwicklung und Status

Die gesetzlichen Grundlagen für die Bereitstellung von Open Data der Berliner Verwaltung existieren in §13 des EGovG Bln und der dazugehörigen Open Data Verordnung.

Mit dem Open Data Portal des Landes Berlin daten.berlin.de besteht die technische Infrastruktur für einen zentralen Zugang zu den offenen Verwaltungsdaten. Das Open Data Portal hat mittlerweile über 3.000 Datensätze aus 22 Kategorien und 67 Anwendungsbeispiele aus Verwaltung und Wirtschaft.

B) Planung für 2023

Die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport hat Anfang des Jahres 2023 eine neue Open-Data-Strategie finalisiert. Diese Strategie basiert auf den [Erkenntnissen](#), die in den Beteiligungsworkshops mit den Stakeholder:innen der Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Jahr 2022 erarbeitet wurden. In der Open-Data-Strategie wurden konkrete Maßnahmen in den folgenden Handlungsfeldern formuliert:

- Data Governance entwickeln
- Datenbereitstellung verbessern,
- Datenkompetenz stärken,
- Internes Datenmanagement etablieren und
- Intelligente Datennutzung vorantreiben.

Die neue Open-Data-Strategie wird nach den Mitzeichnungen der Senatsverwaltungen und der Senatsbefassung voraussichtlich im **Monat Juli 2023** offiziell veröffentlicht.

„Berliner Data HUB“2023/2024:

Eine gemeinsame Datenplattform ist ein unabdingbarer und wichtiger Baustein für das Berliner Datenmanagement.

Der Berliner Data HUB soll als **übergreifende Datenmanagementplattform** eine Vielzahl von bestehenden Plattformen sowie Systemen über Schnittstellen verknüpfen und weitere Möglichkeiten schaffen, Daten zu veröffentlichen und perspektivisch mit den Daten anderer Anbieter zu verknüpfen. Dafür soll die vorhandene Infrastruktur des Open-Data-Portals „daten.berlin.de“ in einen Data HUB integriert und die Einspeisung sowie der Abruf von Daten durch offene Schnittstellen einfacher und attraktiver gemacht werden. Upload- und Downloadprozesse in der Datenplattform sollen möglichst niedrigschwellig funktionieren. Der Data HUB soll von Anfang an darauf ausgerichtet sein, verknüpfte Datensätze im Sinne

von „Linked Open Data“ zu hosten und auch eine Cloud Umgebung zur internen Speicherung von Daten haben.

C) Ausblick 2024/25

Berliner Data HUB:

Für den Berliner Data HUB soll in einem ersten Schritt ein Proof of Concept mit dem Use-Case der Aufnahme der Daten des Energieatlas <https://energieatlas.berlin> und Nutzbarmachung derselben für die Landeinfrastrukturplanung unter Nutzung der technischen Infrastruktur des FUTRHUB entwickelt werden. Für die Umsetzung wird der FUTRHUB „geklont“, sodass dieser als zwei separate Instanzen verfügbar ist.

Im Rahmen dieses Vorhabens kann das Werkzeug DataHUB überprüft und der FUTRHUB in seiner Nutzung und Funktionalität evaluiert werden. Auf Basis der aus diesem Vorhaben gewonnen Erkenntnisse können qualifiziert weitere Schritte aufbauen, bspw. die Erstellung einer Leistungsbeschreibung für einen Berliner DataHUB.

Das Vorhaben „Umsetzung des Berliner Data HUBs auf Basis des FUTRHUBs“ wird mit einer Laufzeit von zwei Jahren veranschlagt, wobei die technische Infrastruktur grundsätzlich in Q2 2023 für den Use-Case anwendbar sein könnte.

Relevante Links:

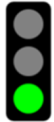
Open-Data-Portal: <https://daten.berlin.de>

Open-Data-Informationsstelle <https://odis-berlin.de/>

Open-Data-Informationssseite der SenInnDS: <https://www.berlin.de/moderne-verwaltung/e-government/open-data/>

Open-Data-Verordnung des Landes Berlin: <https://www.berlin.de/moderne-verwaltung/e-government/open-data/rvo.pdf>

2.2.2.5 *Verwaltungsreform für eine funktionierende Stadt*

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Projekt „Verwaltungsreform für eine funktionierende Stadt“	Ziel des Projekts ist die Neuordnung der Beziehungen zwischen Senat und den Bezirken, um zügig eine deutliche Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Berliner Verwaltung herbeizuführen.	Q1 2023: Vorlage Eckpunktepapier zur Reform im Senat fertiggestellt. Erörterung der Eckpunkte im Rat der Bürgermeister sowie weitere Beteiligungen/Diskussionen Ab Q2 2023: Fertigstellung Referent:innenentwurf AZG-Nachfolgegesetz, Einleitung Verwaltungsbeteiligung Gesetzgebungsverfahren Ab 2024: Fertigstellung Referent:innenentwurf zur Reform der VvB	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

Mit einer weitreichenden Reform strebt der Senat eine spür- und messbare Verbesserung der Berliner Verwaltung an. Der Senatsbeschluss soll im Februar 2023 erfolgen. Die legitimen Erwartungen der Bürger:innen und Unternehmen der Hauptstadt an eine moderne, effiziente und transparente Verwaltung gelten hierbei als Maßstab. Mithilfe eines umfassenden Maßnahmenpaketes will der Berliner Senat in den kommenden Jahren Schritt für Schritt einen nachhaltigen Kulturwandel auf allen Verwaltungsebenen erreichen.

Damit Prozesse und Verfahren künftig schneller, einfacher und transparenter erfolgen, besteht Handlungsbedarf auf drei Ebenen. Die Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken werden künftig klarer definiert. Weiterhin soll im Falle von Zuständigkeitsstreitigkeiten eine Kultur des effektiven Handelns im Sinne der Bürger:innen etabliert werden. Eine verstärkte Steuerung wird zudem einheitliche Standards in ganz Berlin gewährleisten. Um die Rolle der Bezirke als demokratische Instanz zu stärken, soll

die Schaffung eines „politischen Bezirksamts“ geprüft werden, dessen Mitglieder die demokratisch gewählte Mehrheit im Bezirk widerspiegeln.

B) Planung für 2023 und Ausblick 2024

Die Eckpunkte der Verwaltungsreform gliedern sich in zwei große Abschnitte, die in den Jahren 2023 und 2024 sukzessiv umgesetzt werden. Größere Meilensteine neben dem vorgesehenen Senatsbeschluss in Q1 2023 sind das Gesetzgebungsverfahren im Abgeordnetenhaus und die Ausfertigung wie auch Veröffentlichung des neuen Gesetzes (Q3 und Q4 2023).

2.2.2.6 Novellierung EGovG Bln

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Novellierung EGovG Bln	Vorschlag für eine Novellierung des EGovG Bln, die den IKT-Lenkungsrat durch handlungsfähige, ebenenübergreifende Gremienstrukturen ersetzt und Prüfung der Rolle des bzw. der Landesbeauftragten für IT-Sicherheit als unabhängige Stelle	Q4 2022: Vorlage der Ergebnisse des abteilungsinternen Workshops und der Auswertung des externen Gutachtens zur Evaluierung des EGovG Bln	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

Es werden Überlegungen geführt, ob das erst Ende 2021 geänderte E-Government-Gesetz Berlin erneuten Änderungsbedarf erkennen lässt. Hierzu sind die verwaltungsinternen Abstimmungen noch nicht abgeschlossen.

B) Planung für 2023

Es soll im Frühjahr 2023 dem Senat ein Eckpunktepapier zur Besprechung vorgelegt werden.

2.2.2.7 Novellierung des ITDZ-Gesetzes

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Novellierung ITDZ-Gesetz	Referent:innen-Entwurf u.a. zur Etablierung einer nachhaltigen Finanzierung des ITDZ Berlin und Ausweitung / Professionalisierung der Governance (u.a. Etablierung Gewährträgerversammlung, Ausschüsse, Beirat sowie Vorstandserweiterung)	Q3 2023: Abstimmung mit SenFin	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

Das ITDZ-Gesetz trat mit dessen Errichtung im Jahr 2004 in Kraft und hat seither nur wenige Änderungen erfahren. Eine Novellierung ist unter Berücksichtigung des Wachstums des ITDZ, zahlreicher Digitalisierungsvorhaben sowie der Zusatzaufgaben des ITDZ in Krisenzeiten, unter anderem hinsichtlich folgender Punkte erforderlich:

- Etablierung einer Gewährträgerversammlung,
- Stärkung des Verwaltungsrats, u.a. durch Personalausschuss und Beirat,
- Harmonisierung zur Satzung,
- Überarbeitung von zeitlich überholten Formulierungen.

Der Referent:innenentwurf wurde in 2022 erstellt und an die SenFin zur Vorabstimmung übermittelt. In vielen Änderungen wie u.a. der Vorstandserweiterung, der Bildung der Gewährträgerversammlung, des Personalausschusses und dem Beirat besteht zwischen den zwei Häusern Einigkeit. Einzelne Detailfragen sind noch zwischen den Häusern abzustimmen.

B) Planung für 2023

In 2023 ist die erste frühe Beteiligung der Hauptverwaltung vorgesehen und im Anschluss die parlamentarische Befassung geplant.

Die Geschäftsordnung und die Satzung müssen zum ITDZ-Gesetz harmonisiert werden.

C) Ausblick 2024/25

Die Novellierung sollte 2024/25 abgeschlossen sein.

2.2.2.8 *Beitritt GovTech Campus Deutschland e.V.*

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Beitritt GovTech Campus Deutschland e.V.	Vernetzung von Bund, Ländern und Kommunen mit innovativsten Akteuren der Techszene, der Zivilgesellschaft, der Open-Source-Community und der angewandten Forschung	Q1 2022: Beitritt GovTech Campus Q3 2022: Erste Gespräche durch den CDO	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

Der GovTech Campus Deutschland e.V. soll relevante digitale Technologien und Lösungen zur Anwendung in der Verwaltung identifizieren, bewerten, nutzbar sowie skalierbar machen. Die mit der Zuwendung geförderte Personalstelle beim GovTech Campus Deutschland e.V. wird dabei die Vernetzung zwischen dem GovTech-Ökosystem und den Verwaltungseinheiten des Landes Berlin mit geeigneten Vernetzungsformaten befördern. Der GovTech Campus organisiert zu diesem Zweck konkrete Projekte, in denen die Verwaltungseinheiten des Landes Berlin mit der GovTech-Szene (Startups, IT Dienstleister, Cloud- und Open-Source-Entwickler:innen, Technologieunternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Beschaffungsorganisationen) gemeinsam digitale Lösungen entwickeln können. Vordringliches Ziel des Projektes ist es, mittels GovTech-Anwendungen auch eine Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung der Landes- und Bezirksverwaltungen zu erreichen.

B) Planung für 2023

Zurzeit werden besondere Digitalisierungsvorhaben identifiziert, die in Zusammenarbeit mit dem GovTech Campus Deutschland e.V. in 2023 projektiert werden sollen.

C) Ausblick 2024/25

Weiterführung und Intensivierung der Zusammenarbeit.

2.2.2.9 *Strategische Ausrichtung des Berliner Landesnetzes*

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Strategische Ausrichtung des Berliner Landesnetzes	Strategische Ausrichtung des Berliner Landesnetzes, Koordination der operativen Umsetzung (Neubau und Modernisierung des Standardnetzzugangs (SNZ)) und Vorbereitung des Betriebsvertrags für das Berliner Landesnetz.	Q1 2023: Abschluss des Betriebsvertrags	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51113	24.017.000 €	24.239.000 €

A) Entwicklung und Status

Betriebsvertrag

- Die Vorbereitungen für den BeLa-Betriebsvertrag konnten auf Arbeitsebene zwischen dem ITDZ und der IKT-Steuerung abgeschlossen werden.
- Mitzeichnungsverfahren des Vertrags mit SenFin ist ausstehend und für Q1 2023 in Vorbereitung.

Modernisierung Standardnetzzugänge

- Durch die Auswirkungen der vorläufigen Haushaltswirtschaft in Q1 und Q2 2022 konnten die geplanten Projekte nur teilweise umgesetzt werden.
- Die Projektliste für die Modernisierung und den Neubau von Standardnetzzugängen für das Jahr 2023 ist in der Abstimmung.

B) Planung für 2023

- Abschluss des BeLa-Betriebsvertrages mit 5 Jahren Laufzeit
- Planung eines Monitoringsystems für des Berliner Landesnetz
- Zügige architekturkonforme Modernisierung der Standardnetzzugänge
- Ausbau der Anbindung an das Netz des Bundes (NDB)
- Konsolidierung der Strategie zur Nutzung der BeLa-Infrastruktur
- Prüfung und Planung von Sachverhalten zur Umsetzung der NIS2-Richtlinie

C) Ausblick 2024/25

- Entwicklung und Inbetriebnahme eines Monitoringsystems für das Berliner Landesnetz
- Abschluss der Modernisierung aller bestehenden Standardnetzzugänge

2.2.2.10 IKT-Fachverfahren

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Fachverfahren	Steuerung der Weiterentwicklung der IKT-Fachverfahren unter flexibler Berücksichtigung der Vorgaben der IKT-Steuerung. Einbringen der IKT-Fachverfahren in die IKT-Architektur.	Nicht begonnen	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

Die Steuerung der Weiterentwicklung der IKT-Fachverfahren ist seitens der IKT-Steuerung in den letzten Jahren aufgrund der Corona-Pandemie und aufgrund des Umstandes, dass die Verantwortung für IT-Fachverfahren bei den jeweiligen Politikfeld-verantwortlichen Senatsverwaltungen liegt, nur in geringem Umfang erfolgt. Eine zentrale Steuerung ist somit aufgrund fehlender Zuständigkeiten nur dann erfolgreich möglich, wenn Angebote geschaffen werden, die attraktiv sind und von den Fachverfahrensverantwortlichen angenommen werden. Hierzu könnte die initiale Bereitstellung der PaaS-Umgebung (Plattform as a Service) beim ITDZ Berlin gehören. Aufgrund von Hemmnissen bei der Bereitstellung – die Nutzung erfordert i.d.R. ein Projekt unter Beteiligung von ITDZ Berlin und auftraggebender Stelle – ist diese jedoch nicht so stark genutzt, wie ursprünglich erwartet.

Mit dem Verbot von Kleinstanwendungen zum 01.06.2021 wurde ein Impuls gesetzt, diese durch IT-Fachanwendungen abzulösen. Der Prozess dafür ist jedoch langwierig und erfordert zahlreiche Ausnahmen vom Verbot in Form sogenannter Modernisierungsvereinbarungen zwischen der IKT-Steuerung und den jeweiligen Senatsverwaltungen.

B) Planung für 2023

Für 2023 sind insgesamt fünf Stellen für den Bereich der Fachverfahrens-Steuerung vorgesehen. Neben der Fortsetzung früherer Aktivitäten (PaaS) ist die Einführung eines Basisdienstes *Low-Code-Plattform* zur erleichterten Ablösung von Kleinstverfahren in Planung. Weitere Unterstützungsleistungen für IT-Fachverfahrensverantwortliche sind denkbar, aber noch nicht konkret geplant.

C) Ausblick 2024/25

Neben der Verstetigung der Unterstützungsleistungen ist zu erwarten, dass die in den Modernisierungsvereinbarungen formulierten Ablöseziele größtenteils erreicht sind und Kleinstverfahren nur noch vereinzelt im Einsatz sind. Die Nutzung des Basisdienstes Low-Code-Plattform wird dazu führen, dass frühere Kleinstverfahren durch neue (kleine) IT-Fachverfahren ersetzt werden.

2.2.2.11 IT-Bestands- und Planungsübersicht (IT-BePla)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IT-Bestands- und Planungsübersicht (IT-BePla)	Die derzeit im Einsatz befindliche IT-BePla darf aus vertrags- und vergaberechtlichen Gründen zwar in dem Zustand weiterbetrieben, jedoch nicht mehr weiterentwickelt werden. Daher ist eine Neuvergabe nötig.	2022: Plan 2023: Plan/Build 2024: Run	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51185	145.000 €	265.000 €

A) Entwicklung und Status

Der Betrieb der im Einsatz befindlichen IT-Bestands- und Planungsübersicht (IT-BePla) muss solange erfolgen, wie eine Ablösung nicht erfolgt. Für die Ablösung wurde 2022 eine Voruntersuchung beauftragt und durchgeführt mit dem Ziel, funktionale und weitere Anforderungen an eine Neuentwicklung zu erheben. Ergebnis war eine Kostenschätzung, die deutlich über die Erwartungen bei der IKT-Steuerung hinaus ging. Es wird daher geprüft, ob die Neuentwicklung auf Basis einer Low-Code-Plattform deutlich günstiger erreicht werden kann.

Zusätzlich muss das Betriebssystem aktualisiert werden, auf dem die IT-BePla derzeit läuft. Eine erste Aufwandschätzung ist erfolgt und soll in einem Angebot münden. Dieses soll in 2023 beauftragt und dann die Modernisierung des Betriebes vorgenommen werden.

B) Planung für 2023

Für den Betrieb muss die IT-BePla auf einen aktuellen Stand des Server-Betriebssystems gebracht werden. Hierfür sind weitere Beauftragungen und die Umsetzung in 2023 geplant.

C) Ausblick 2024/25

Je nach Fortschritt bei der Neuentwicklung der IT-BePla könnte eine Ablösung in 2024 erfolgen.

2.2.2.12 Migration Landesverzeichnisdienst und Entwicklung Basisdienst (MiLaVe)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Migration Landesverzeichnisdienst und Entwicklung Basisdienst (MiLaVe)	Ziel des Projekts ist der Aufbau bzw. Ausbau einer technischen Infrastruktur für einen Microsoft-basierenden Landesverzeichnisdienst nach den aktuellsten Sicherheitsstandards des BSI sowie dessen Betriebsfähigkeit für alle verfahrensunabhängigen IT-Infrastrukturen und Basisdienste.	Q4 /2022: Betriebsvorbereitung fertiggestellt 2022/2023: Infrastruktur und Migrationsvorbereitung abgeschlossen 2023/2024: Migration ITDZ und SenInnDS 2024: Betrieb	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51164	2.216.000 €	3.3055.000 €

A) Entwicklung und Status

Das ITDZ Berlin hat in der Vorprojektphase eine Grundstruktur, aufbauend auf einem Microsoft-basierenden Landesverzeichnisdienst nach den aktuellen Sicherheitsstandards des BSI, umgesetzt. Die einheitliche, hochmoderne Grundstruktur unterstützt die neuen sicherheitstechnischen Implementierungen und ermöglicht die Verknüpfung aller Systeme und Verfahren, welche an den neuen Forest angebunden werden.

Es ist weiter erforderlich, dass der bereits bestehende, dezentral betriebene Verzeichnisdienst bis zur Ablösung durch den neuen Verzeichnisdienst weiter verfügbar ist. Jener bestehende Dienst ist historisch gewachsen und heterogen. Nach einer Analyse der Mängel durch technisch-organisatorische Maßnahmen im ITDZ wurde die Sicherheit dieses bestehenden Verzeichnisdienstes auf ein bis zur Verfügbarkeit des neuen Basisdienstes Landesverzeichnisdienst vertretbares Niveau gehoben.

B) Planung für 2023

Zunächst werden der Aufbau und die Konzeption eines IKT-Basisdienstes Landesverzeichnisdienst in Zusammenarbeit mit dem ITDZ und im Auftrag der IKT-Steuerung (IKT-S) entwickelt. Die Migrations-Phase (Bestandteil des Projektvertrags) beinhaltet eine Migration von ITDZ und der IKT-S in die neue Grundstruktur. Dafür soll eine entsprechende technische Infrastruktur auf- bzw. ausgebaut werden. Des Weiteren sollen Vorgehensmodelle für nachfolgende Migrationen weiterer Verwaltungen erstellt werden. Die Zielgruppen und die Umsetzungsszenarien werden im Laufe dieses Projektes mit der IKT-Steuerung abgestimmt und geplant.

C) Ausblick 2024

Nachdem beide Migrationen und die Beteiligung der Personalvertretungsgremien im Land Berlin erfolgreich durchgeführt wurden, wird der IKT-Basisdienst in den Betrieb überführt. Der IKT-Basisdienst steht ab diesem Zeitpunkt für die Behörden der Berliner Verwaltung zur Verfügung, die dann sukzessive in diesen migriert werden.

2.2.2.13 Beschleunigung der Umsetzung von §10 EGovG Bln (GPM)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Implementierung der Landesredaktion Prozesse	Zur Neuausrichtung der Steuerung im gesamtstädtischen GPM wurde im Juli 2022 die Landesredaktion Prozesse gegründet und ein Fachkonzept entwickelt. Es wurden Einführungsveranstaltungen mit allen Ressorts (ausgenommen SenFin) durchgeführt.	Umgesetzt Q4 2022	
Einrichtung der Meldestelle für Abweichungen gem. §10(3) EGovG Bln	Die Meldestelle für Abweichung nach §10(3) EGovG Bln wurde eingerichtet und bei der Landesredaktion Prozesse verortet. Die flächendeckende Kommunikation folgt noch bis 12/2022	08/2022	
Einrichtung der Prozessbibliothek	Die verwaltungsöffentliche Prozessbibliothek wurde technisch aufbereitet und steht seit 08/2022 zur Befüllung mit Berliner Standardprozessen zur Verfügung.	Q4/2022	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51185	240.000 €	300.000 €

A) Entwicklung und Status

Im Juli 2022 wurde die Landesredaktion Prozesse gegründet, um die Steuerung im landesweiten Geschäftsprozessmanagement (GPM) auf Basis eines gezielten Beratungsansatzes zielgruppenspezifisch und verbindlich neu auszurichten. Seit August 2022 haben Einführungsveranstaltungen mit den GPM-Teams in nahezu allen Ressorts stattgefunden, die zur Vermittlung dieses neuen Ansatzes gedient haben. Im Anschluss werden Kooperationsvereinbarungen mit den GPM-Leitungen der Ressorts geschlossen, um das weitere Vorgehen im Ressort bestmöglich unterstützen, aber auch nachhalten zu können. Bislang konnte mit einem Ressort eine solche Kooperationsvereinbarung geschlossen werden.

B) Planung für 2023

Für das Jahr 2023 wurde ein Handlungsprogramm erarbeitet, dass in verschiedenen Handlungsfeldern konkrete Maßnahmen vorsieht. Schwerpunkt wird die Unterstützung bei der Aktivierung und Zuweisung von Prozessverantwortung zu bestimmten Personen in den Senatsverwaltungen sein. Hierfür wird auch ein Schulungsangebot erarbeitet.

C) Ausblick 2024/25

Es wird davon ausgegangen, dass der neue Beratungs- und Steuerungsansatz zu einem flächendeckenden Prozessbewusstsein beitragen kann. Optimierungs- und Digitalisierungsprojekte erhalten eine bessere Daten- und Entscheidungsgrundlage und die Zuweisung von Prozessverantwortlichkeiten wird letztlich auch zu einer Beschleunigung dieser Aktivitäten führen. Dieses Vorhaben wird vor dem Hintergrund der zahlreichen Verwaltungsleistungen bis weit in das Jahr 2025 hineinlaufen.

2.2.2.14 Digitalisierungs-Dashboard

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Digitalisierungs-Dashboard	Das Digitalisierungs-Dashboard des Landes Berlin bildet seit April 2022 auf Basis der bundesweit einheitlichen LeiKa-Leistungen den Fortschritt in den Berliner Digitalisierungsprojekten ab.	Regelbetrieb seit Q2 2022	
Digitalisierungs-Dashboard	Die Weiterentwicklung des Digitalisierungs-Dashboards soll entsprechend der aktuellen Anforderungen (Interne Projekte/Öffentlichkeit/Controlling) abgeschlossen sein.	Abschluss Q2 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51185	siehe Projektmanagementplattform Berlin (ProMaP)	siehe Projektmanagementplattform Berlin (ProMaP)

A) Entwicklung und Status

Das in den Richtlinien der Regierungspolitik verankerte Ziel, ein Digitalisierungs-Dashboard zum Sachfortschritt von Digitalisierungsprojekten zur Verfügung zu stellen, ist seit Q2 2022 erfüllt. Seitdem befüllen die Stabsstellen der Ressorts die Datenbank mit Kennzahlen (u.a. Prozessverantwortung, Reifegrad, Hindernisse der Digitalisierung) zu ihren Kernprojekten.

Das Kernziel des Digitalisierungs-Dashboards ist die fachliche Steuerung der Digitalisierung durch die Ressorts. Weitere Ziele des Digitalisierungs-Dashboards sind die Standardisierung bei der Projektdokumentation sowie des Berichtswesens zur Entlastung der Ressort-Digitalisierungsverantwortlichen und ihrer Stabsstellen. Letztlich wird durch die verwaltungsinterne Öffentlichkeit des Digitalisierungs-Dashboards eine Transparenz der Projekte für alle Beschäftigten des Landes Berlin erreicht.

Mit Stand Oktober 2022 befinden sich 230 abgeschlossene und laufende Digitalisierungsprojekte im Digitalisierungs-Dashboard in der [Projektmanagementplattform des Landes Berlin](#) (ProMaP). Diese sind auf Bürger:innen sowie Unternehmen ausgerichtet.

B) Planung für 2023

Die Weiterentwicklung des Digitalisierungs-Dashboards soll entsprechend der aktuellen Anforderungen abgeschlossen sein. Geplant sind u.a. die Integration aller verwaltungsinternen Projekte, der Zugang der Öffentlichkeit und ein Controlling des Sachfortschritts.

Diese Anforderungen sollen in einem nutzerzentrierten Prozess zur permanenten Weiterentwicklung des Digitalisierungs-Dashboards mit den Fachressorts in das Digitalisierungs-Dashboard integriert werden.

C) Ausblick 2024/25

Das Digitalisierungs-Dashboard wird im Rahmen von ProMaP als IKT-Basisdienst der Standard für die Ressortsteuerung im Land Berlin. Das Digitalisierungs-Dashboard soll auch weiterhin nutzerspezifisch permanent weiterentwickelt werden.

2.2.2.15 Umfassende IT-Sicherheitsstrategie

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Umfassende IT-Sicherheitsstrategie	IKT-Sicherheitsarchitektur als Teil der IKT-Architektur Version 1.9 enthalten, Durchführung einer Organisationsuntersuchung zur Bündelung der Cybersicherheit und Erstellung eines Konzepts zur umfassenden IT-Sicherheitsstrategie über RV beim ITDZ.	Geänderte Beauftragung in Q1 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51165	356.000 €	538.000 €

A) Entwicklung und Status

Auf der Grundlage einer dem ITDZ übermittelten Leistungsbeschreibung hat das ITDZ ein Angebot für die Realisierung über einen bestehenden Rahmenvertrag übermittelt. Die Vergabe ist erfolgt.

Die Abstimmung der Inhalte im Arbeitspaket zur Leistung "Umfassende Informationssicherheitsstrategie" ist unter Mitarbeit der zu beteiligenden Akteure in Bearbeitung.

B) Planung für 2023

Die Projekte zur Organisationsuntersuchung und zur Erstellung des Konzeptes als Teil der IKT-Sicherheitsarchitektur werden 2023 durchgeführt und abgeschlossen. Im Ergebnis des Projektabschlusses zur Organisationsuntersuchung im 2. Quartal 2023 wird die Organisationsänderung umgesetzt.

Für die Erstellung einer umfassenden Informationssicherheitsstrategie mit externer Unterstützung und dem Fokus Digitale Sicherheit in Berlin wurde mit der Identifizierung der Arbeitspakete begonnen.

Für die parallel dazu mit Bezug auf die Berliner Verwaltung erfolgende Fortschreibung der IKT-Sicherheitsarchitektur wird gegenwärtig die Meilensteinplanung mit dem Ziel erstellt, dass die Festsetzung der Version 2.0 im 4. Quartal 2023 erfolgt.

C) Ausblick 2024/25

Auf der Grundlage der fortgeschriebenen Architektur erfolgt eine Weiterentwicklung und Ergänzung der IKT-Basisdienste zu IKT-Sicherheit und Datenschutz, sowie die Umsetzung der Anforderungen EU NIS2-Richtlinie (Richtlinie (EU) 2022/ 2555 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union).

2.2.2.16 Zukünftiger IKT-Basisdienst Digitale Kollaboration

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst Digitale Kollaboration	Übergeordnetes Ziel ist es, für alle Berliner Behörden einen Basisdienst Digitale Kollaboration aufzubauen, der folgende Komponenten umfassen könnte: ViKo-Lösungen (Audio, Video, Telefoneinwahl, Screensharing, mit und ohne VS-NfD), Chats / Messenger, Gemeinsame Bearbeitung von Dokumenten (analog Google Doc, MS One Drive)	Projektstart 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51164	2.000.000 €	1.500.000 €

A) Entwicklung und Status

- Am 20.10.2022 erfolgte der **Zuschlag für die Ausschreibung der Videokonferenzlösung als Interimslösung** an einen Anbieter, der ebenfalls auf BigBlueButton (BBB) als Software-as-a-Service-Lösung setzt: Die Lösung wird zwei bis vier Jahre im Einsatz sein, bis der *Basisdienst Kollaboration* zur Verfügung steht.
- Aktuell koordiniert die IKT-Steuerung zusammen mit dem ITDZ Berlin die **technische Bereitstellung sowie die Beteiligung des Tools** bei den Personalgremien, bei der besonders auf den Datenschutz und die Barrierefreiheit geachtet wird.
- Es ist geplant, BigBlueButton über den neuen Anbieter **ab Januar 2023 allen Nutzenden im Land Berlin zur Verfügung** zu stellen.

B) Planung für 2023

In einem Vorprojekt sollen die z.T. bereits vorliegenden Anforderungen der Berliner Behörden und die selektiv dezentral in den Behörden im Einsatz befindlichen Produkte gesichtet und in einen Projektauftrag für die Einführung eines landesweiten Basisdienstes überführt werden.

C) Ausblick 2024/25

Einführung des Basisdienstes im Echtbetrieb.

2.2.2.17 Entwicklung einer City-App für Berlin (Berlin-App)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst OnlineZugänge (Hier: Service- App)	Der IKT-Basisdienst OnlineZugänge (Maßnahme 1.2.1.) enthält die Komponente Service-App. Die Service-App Berlin.de ist die nativ integrierte, mobile Variante des Service-Portals.	Regelbetrieb	
Berlin-App	Entwicklung einer Berlin-App; Vorgehen, Projekthalte und Meilensteine befinden sich in der Abstimmung (in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle „Gemeinsam Digital: Berlin“).	Q4 2022: Vorplanung begonnen	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	Bestandteil des BD Service-Portal Berlin (siehe dort)	1.000.000 €

A) Entwicklung und Status

Über die Service-App Berlin.de sind alle Berliner Verwaltungsleistungen erhältlich. Gleichwohl gibt es spezifische App-Angebote der Berliner Behörden, die in einer Virtualisierungsform ‚One face to the customer‘ als gesamtstädtische App konsolidiert werden können.

Beispiele bieten andere europäische und außereuropäische Hauptstädte. Im Nachgang eines städtepartnerschaftlichen Austausches zwischen Berlin und Jakarta wird auch eine mit der Jaki-App vergleichbare App für Berlin eruiert. Aufgrund des noch offenen Leistungsportfolios einer neuartigen Berlin-App wurde im Rahmen der Vorplanung der Scope der nur in indonesischer Sprache zur Verfügung stehenden Jakarta-App analysiert. Dienste in vergleichbarem Umfang bieten Berliner Behörden bisher nicht an.

Da die Maßnahme neben den bestehenden durchgeführt werden soll, soll auf Unterstützung durch externe Dienstleister zurückgegriffen werden.

B) Planung für 2023

Erhebung der App-Angebote Berliner Behörden, Prüfung auf Konsolidierungspotentiale, Betrachtung vertraglicher und rechtlicher Aspekte, Abstimmung der Zuständigkeit bzw. deren Abgrenzung und Erstellung eines Konzepts.

C) Ausblick 2024/25

Umsetzung der Konzeptlage.

2.2.2.18 Zukünftiger IKT-Basisdienst Public Key Infrastruktur (PKI)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst Public Key Infrastruktur (PKI)	Ziel des Projektes ist es, für alle Berliner Behörden einen Basisdienst IKT-Basisdienst Public Key Infrastruktur (PKI) zur Bereitstellung von Zertifikaten für Personen, die im Auftrag der Berliner Verwaltung handeln, und für die Kommunikation der IKT-Infrastruktur zu etablieren.	Projektstart 2020	

Kapitel/Titel	Ansatz 2023
2500/ 51165	426.446

A) Entwicklung und Status

- Der Projektvertrag wurde 04.12.2020 gezeichnet.
- Mit dem am 31.08.2022 gezeichneten Nachtrag wurde die Projektlaufzeit mit dem Ende am 31.05.2025 angepasst.
- Die Bearbeitung der Arbeitspakete befindet sich im Plan.

B) Planung für 2023

- Die Erstellung der Leistungsbeschreibungen, Anforderungskataloge und Konzepte für die Beschaffungen werden abgeschlossen.
- Die Ausschreibungen für Beschaffungen werden durchgeführt.

C) Ausblick 2024/25

- Abschluss Aufbau PKI-Organisation
- Erprobung und Testbetrieb
- 2025 Einführung des IKT-Basisdienstes im Echtbetrieb

2.2.3 Weitere Maßnahmen, darunter Linienaufgaben

2.2.3.1 Vertragsmanagement / neue Gemeinsame Geschäftsbedingungen

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Vertragsmanagement / neue Gemeinsame Geschäftsbedingungen	Zum Zweck der Allgemeinverbindlichkeit und Transparenz bei der Vertragsgestaltung zwischen dem Land Berlin und dem ITDZ für den Betrieb der vulKT und (möglichst) der valKT sollen neue Gemeinsame Geschäftsbedingungen (GGB) inkl. standardisierter Auftragsverarbeitungsverhältnisse (AVV) erarbeitet werden.	Q4 2022: Vorlage neue AVV Q3 2023: Beginn der Verhandlungen GGB Q2 2024: Festsetzung neue GGB	

A) Entwicklung und Status

Das Ziel der Standardisierung der verfahrensunabhängigen IKT im Land Berlin wirkt sich auch auf die Vertragsgestaltung aus. Es gibt mit dem ITDZ Berlin abgestimmte Musterverträge für IKT-Basisdienste und vertragsübergreifende Regelungen wie den Gemeinsamen Geschäftsbedingungen (GGB). Diese sind laufend zu überprüfen und fortzuschreiben und stehen den Mitarbeitenden im Landesbeschäftigtenportal zur Verfügung. Im Jahr 2022 wurde die Anlage zur Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung auf EU-Standardvertragsklauseln umgestellt.

Momentan sind folgende laufenden Verträge mit dem ITDZ geschlossen:

Vertragsart	Anzahl
IKT-Basisdienstverträge	18
Absichtserklärungen	3
Projektverträge	11
Abrufe aus Rahmenverträgen des ITDZ	21

B) Planung für 2023

Im Jahr 2023 sollen weitere Verträge mit dem ITDZ abgeschlossen und mit der Überarbeitung der Gemeinsamen Geschäftsbedingungen begonnen werden.

C) Ausblick 2024/25

Im Jahr 2024 sollen die neuen Gemeinsamen Geschäftsbedingungen zwischen dem ITDZ Berlin und der IKT-Steuerung geeint und in Kraft sein. Der Musterbetriebsvertrag samt Anlagen soll ebenfalls sukzessive auf Notwendigkeiten zur Aktualisierung überprüft werden.

2.2.3.2 IKT-Gremien für die Verwaltungsdigitalisierung

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Gremien für die Verwaltungsdigitalisierung	Geschäftsstelle für den IKT-Lenkungsrat. Koordination der länderübergreifenden und bundesweiten Zusammenarbeit im Bereich Verwaltungsdigitalisierung (z. B. IT-PLR, FITKO)	Fortlaufende Aufgabenstellung in der Linie	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/63207	3.329.000 €	3.408.000 €

A) Entwicklung und Status

In den Richtlinien der Regierungspolitik für die Legislaturperiode 2021-2026 wurde das Ziel formuliert, den IKT-Lenkungsrat im Rahmen einer Novelle des E-Government-Gesetzes Berlin im Jahr 2022 durch „handlungsfähige, Ebenen-übergreifende Gremienstrukturen“ zu ersetzen.

Die Ergebnisse dieses Veränderungsprozesses, die sich auch in „Novellierung E-GovG Bln“ widerspiegeln werden, haben starken Einfluss auf den Bereich „IKT-Gremien“, der die Geschäftsstelle für den IKT-Lenkungsrat darstellt.

Auch der IT-Planungsrat und seine begleitenden Gremien und Veranstaltungsformate unterliegen Veränderungen. Mit dem Projekt „IT-PLR-Governance“ sind Veränderungen im Turnus, in den Formaten und in der Schwerpunktsetzung und Gestaltung des IT-Planungsrats und seiner begleitenden Gremien nicht auszuschließen. Dies zeigt sich auch in der 2022 erstmalig und mehrfach stattgefundenen Durchführung von Klausurtagungen des IT-Planungsrats, die ebenfalls vom Bereich IKT-Gremien begleitet wurden.

B) Planung für 2023

Im Jahr 2023 erfolgen die Organisation, Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von

- vier Sitzungen des IKT-Lenkungsrats sowie
- vier Sitzungen des Vorbereitungsgremiums des IKT-Lenkungsrats.

Zudem erfolgen Organisation, Vorbereitung und Nachbereitung von

- drei Sitzungen des IT-Planungsrats und begleitender Beratungen,
- einer Sitzung des Verwaltungsrats FITKO,
- zehn Sitzungen der Abteilungsleiter-Runde,
- sowie weiterer Sondersitzungen im Umfeld des IT-Planungsrats (Klausurtagungen, IT-PLR-Sitzungen, AL-Runden u. ä.).

Begleitend erfolgt u. a. die Durchführung eines Sitzungsaufgaben-Monitorings, die Bereitstellung von Inhalten im Internet und im Beschäftigtenportal, sowie die Bearbeitung anfallender Anfragen.

C) Ausblick 2024/25

In 2024 und 2025 wird ein ähnlicher Umfang an Sitzungen erwartet.

2.2.3.3 Planung und Bewirtschaftung des zentralen Einzelplans 25

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Planung und Bewirtschaftung des zentralen Einzelplans 25	Wahrnehmung der Aufgabenstellungen nach §§ 20 Abs. 2 Nr. 3 und 21 Abs. 2 Nr. 10 EGovG Bln entsprechend der Vorgaben der LHO.	Fortlaufende Aufgabenstellung in der Linie	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022 (Ausgaben)	Ansatz 2023 (Ausgaben)
Einzelplan 25 gesamt	267.096.500 €	274.745.900 €
Kopfkapitel 2500	141.155.100 €	146.022.100 €
Behördenkapitel	125.941.400 €	128.723.800 €

A) Entwicklung und Status

Projekte werden in den Betrieb überführt und neue Projekte initiiert. Die Behördenkapitel wurden zur vorherigen Planung erheblich verstärkt.

B) Planung für 2023

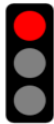
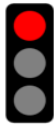
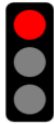
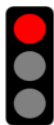
Im aktuellen Haushaltsplan bilden die Einführung der landesweiten Digitalen Akte, das Berliner Landesnetz, das Projekt OneIT@Berlin sowie der IKT-Basisdienst Vermittlung und Auskunft einen wesentlichen Planungsschwerpunkt.

C) Ausblick 2024/25

Die Digitalisierung und Modernisierung der Berliner Verwaltung schreitet weiter voran. Die Übernahme neuer Aufgaben, u.a. durch die Etablierung der CDO-Struktur und der Vorgaben der Richtlinien der Regierungspolitik, sollen abgebildet werden.

In den Behördenkapiteln wird sich die fortschreitende Zentralisierung der IKT der Behörden in den Betrieb des ITDZ Berlin (Programm OneIT@Berlin) niederschlagen. Die Finanzierung der zentralen Maßnahmen – hier insbesondere Projekt OneIT@Berlin, Betrieb der landesweiten Digitalen Akte, Berliner Landesnetz, IKT-Basisdienst Vermittlung und Auskunft – sollen auch in 2024/2025 planungsseitig den haushaltsmäßigen Schwerpunkt des Einzelplans 25 bilden.

2.2.3.4 Projektmanagementplattform Berlin (ProMaP)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Regelbetrieb	Etablierung Regelbetrieb ProMaP.	Regelbetrieb seit Q3 2021	
Projektmanagement- handbuch	ProMaP soll anhand der Anforderung des neuen Projektmanagementhandbuchs weiterentwickelt werden.	Abschluss Q1 2023	
Nutzerzentrierter Prozess	Etablierung eines nutzerzentrierten Prozesses zur permanenten Weiterentwicklung von ProMaP mit den Fachressorts.	Abschluss Q2 2023	
Querschnitts- bereiche	Weiterentwicklung von ProMaP als Tool der Projektmanagementsteuerung für Querschnittsbereiche.	Abschluss Q3 2023	
Migration zum ITDZ	Migration von ProMaP zum ITDZ	Abschluss Q3 2023	
IKT-Basisdienst	Etablierung von ProMaP als IKT-Basisdienst	Abschluss Q4 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51185	200.000 €	200.000 €

A) Entwicklung und Status

Mit der Projektmanagementplattform ProMaP steht als weitere Unterstützung seitens der IKT-Steuerung eine Anwendung zur elektronischen (und damit zeit- sowie ortsunabhängigen) Projektarbeit zur Verfügung. Weitere Kernziele von ProMaP sind die Standardisierung bei der Projektdokumentation sowie des Berichtswesens zur Entlastung von Projektverantwortlichen.

ProMaP befindet sich seit August 2021 im Probe-Echtbetrieb und wird bereits für über 100 Projekte eingesetzt, u.a. die „landesweite Einführung der Digitalen Akte“ oder das „14-Tage-Ziel“ bei den Bürgerdiensten.

In Verbindung mit dem aktuell in der Novellierung befindlichen Berliner Projektmanagementhandbuch wird ProMaP zukünftig ein unverzichtbares Werkzeug am Arbeitsplatz in der Berliner Verwaltung.

Zudem soll ProMaP in Zukunft mehr Möglichkeiten zur gesamtstädtischen Steuerung von Digitalisierungsprojekten ermöglichen. Derzeit wird das Digitalisierungs-Dashboard der Berliner Verwaltung über ProMaP betrieben und weiterentwickelt. Langfristig soll es eine direkte Verbindung zwischen den Projekten in ProMaP, der Steuerung durch Querschnittsbereiche und der gesamtstädtischen Steuerung durch die IKT-Steuerung geben.

B) Planung für 2023

In 2023 soll die Anpassung von ProMaP an die Vorgaben des neuen Projektmanagementhandbuchs abgeschlossen und ProMaP als zentrales Tool für die Projektsteuerung im Land Berlin etabliert sein.

Abteilung VI etabliert einen nutzerzentrierten Prozess zur permanenten Weiterentwicklung von ProMaP mit den Fachressorts und schafft darüber hinaus eine Möglichkeit für Querschnittsbereiche zur Projektsteuerung und Projektcontrolling.

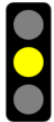
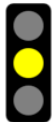
Die Migration zum ITDZ soll abgeschlossen werden. Diese Migration ist abhängig von den Möglichkeiten des ITDZ die *Low-Code-Plattform* Intrexx zu betreiben. Ein entsprechendes Projekt ist in der Abteilung V verortet.

Abhängig von der Migration zum ITDZ soll ProMaP als IKT-Basisdienst etabliert werden.

C) Ausblick 2024/25

ProMaP soll als IKT-Basisdienst der Standard für die Projektsteuerung im Land Berlin sein. ProMaP soll nutzerspezifisch permanent weiterentwickelt werden.

2.2.3.5 Strategisches Projektmanagement

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Projektmanagement-handbuch	Das novellierte Projektmanagementhandbuch wird im Senat verabschiedet.	Q1 2023	
Strategisches Projektmanagement	Digitalisierungsprojekte werden von der SenInnDS Abtl. VI strategisch gesteuert.	Q2 2023	
Schulungen	Entwicklung von Schulungsangeboten mit der VAK	Q4 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

SenInnDS Abteilung VI etabliert eine zentrale, strategische Steuerung für Digitalisierungsprojekte des Landes Berlin (in der Abteilung VI angesiedelt). Diese Steuerung setzt Standards für Digitalisierungsprojekte, unterstützt die Ressorts methodisch in der Umsetzung ihrer Digitalisierungsprojekte und kontrolliert den Fortschritt der Digitalisierungsprojekte. Zentrale Steuerungselemente sind das Projektmanagementhandbuch, ProMaP und das Digitalisierungs-Dashboard.

B) Planung für 2023

- Verabschiedung des novellierten Projektmanagementhandbuchs.
- Etablierung als steuernde und unterstützende Einheit für Digitalisierungsprojekte.
- Erarbeitung von Vorlagen und Etablierung eines nutzerzentrierten Prozesses mit den Ressorts, um konkrete praktische Handreichungen für das Projektmanagement zu entwickeln, das Projektmanagementhandbuch und ProMaP weiterzuentwickeln und *best practices* zu sammeln.
- Entwicklung von Schulungsangeboten über die VAK.

C) Ausblick 2024/25

- Digitalisierungsprojekte steuern und unterstützen sowie die Vorgehensweisen in Berlin methodisch weiterentwickeln.

2.2.3.6 Zeitmanagementsystem (ZMS) - Migration auf ZMS 2

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Migration ZMS 2	Beteiligung der ZMS 2-Software bei den Hauptpersonalvertretungen sowie beh. Datenschutzbeauftragte (DSB) Vorbereitung des Beteiligungsvorhabens ist unter Einbindung des externen Dienstleisters in 09/22 gestartet. Testbetrieb mit Pilotbehörden Pilotbehörden werden aktuell gesucht. Testbetrieb in Pilotbehörden vrsl. in II/23. Roll-out-Phase (Ziel: Abschaltung ZMS 1) Roll-out-Planung ist zu erstellen. Abschluss Roll-out frühestens zum Ende 1. Hj. 24 realistisch. Funktionale Erweiterungen ZMS 2 im Anschluss möglich	2022-23	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	1.080.000 €	1.080.000 €

A) Entwicklung und Status

Für die Ablösung von ZMS1 ist zunächst ein Probe-Echtbetrieb von ZMS2 geplant. Dazu wird das Beteiligungsverfahren mit der Beschäftigtenvertretung und der behördlichen Datenschutzbeauftragten vorbereitet. Der Präsentationstermin hat im Dezember 2022 stattgefunden.

B) Planung für 2023

Das formelle Beteiligungsverfahren ist für das 1. Quartal 2023 geplant, nach erfolgreicher Beteiligung wird der Probe-Echtbetrieb mit ausgewählten Pilotdienststellen Anfang des 2. Quartals starten. Der Probe-Echtbetrieb ist bis Ende 1. Quartal 2024 eingeplant, bei erfolgreichem Probe-Echtbetrieb soll das Beteiligungsverfahren für den Echtbetrieb Anfang des 4. Quartals 2023 erfolgen. Nach erfolgreicher Beteiligung wird bis Ende des Jahres der Rollout auf die einzelnen Behördenstandorte gestartet.

C) Ausblick 2024/25

Abschluss des Rollouts. Kontinuierlicher Rollout auf weitere Behördenstandorte und funktionale Weiterentwicklung des Systems.

2.2.3.7 Digitale Barrierefreiheit

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Digitale Barrierefreiheit	Wahrnehmung der Aufgaben nach EGovG Bln und BIKTG Bln mit folgenden Aufgaben: Landesbeauftragte für digitale Barrierefreiheit, Kompetenzstelle digitale Barrierefreiheit, Überwachungsstelle digitale Barrierefreiheit.	Fortlaufende Aufgabenstellung in der Linie	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51160	285.000 €	320.000 €

A) Entwicklung und Status

Die neue Webseite für die Landesbeauftragte für digitale Barrierefreiheit geht Ende Dezember live. Informationen zur digitalen Barrierefreiheit sollen leichter, auch für Bürger:innen, auffindbar sein.

Insgesamt 81 gesetzlich vorgeschrieben Barrierefreiheitsprüfungen sind in 2022 erfolgt (73 vereinfachte Prüfungen, 4 vertiefte und 4 Apps). Die Prüfungen ermöglichen ein Benchmarking und eine Evaluierung der Entwicklung von öffentlicher IKT in Berlin.

Der 1. Bericht an die EU über die Webseitenprüfung 20/21 der Überwachungsstelle und Beschwerden an die Landesbeauftragte ist erstellt worden.

B) Planung für 2023

Erstellung von Handlungsleitfäden und Checklisten zur PDF und App Barrierefreiheit

Anfang des Jahres werden die Programme axesWord und axesPDF Lizenzen und PAC für die Verwaltung bereitgestellt werden. Die Erstellung von barrierefreien PDFs soll dadurch für die Berliner Verwaltung erleichtert werden.

Die Kompetenzstelle entwickelt asynchrone Schulungen zum Thema Digitale Barrierefreiheit in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie.

Die Kompetenzstelle erstellt Broschüren und andere Materialien zum Thema Barrierefreiheit.

Die Kompetenzstelle wird ein regelmäßiges Netzwerktreffen der Barrierefreiheitskoordinator:innen und Ansprechpersonen für digitale Barrierefreiheit aus den jeweiligen Behörden organisieren.

C) Ausblick 2024/25

Der Fachbereich erarbeitet Lösungen für die Umsetzung barrierefreier Vorlagen für das Land Berlin. Er gründet dafür eine Projektgruppe.

2.2.3.8 Public WLAN

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Bedarfsanalyse und Markterkundung	Durchführung einer Bedarfsanalyse und Markterkundung	Abschluss Q4 2023	
Vergabeverfahren	Durchführung eines Vergabeverfahrens zum Betrieb Public WLAN	Abschluss Q2 2023	
Regelbetrieb	Übergabe in den Regelbetrieb und Start Ausbau	Regelbetrieb ab Q2 2024	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
0500/54614	2.105.000 €	2.105.000 €

A) Entwicklung und Status

Zwischen den Jahren 2016 bis 2021 wurde im Rahmen eines Pilotprojektes zur Bereitstellung an ausgewählten Standorten im Land Berlin ein unentgeltliches und frei zugängliches öffentliches WLAN angeboten. Ziel war die Bereitstellung kostenfrei nutzbarer WLAN-Hotspots in der Stadt Berlin und so die digitale Infrastruktur Berlins im Interesse der Allgemeinheit auszubauen. Der Vertrag zum Pilotprojekt Public WLAN ist zum 31.12.2021 ausgelaufen. Aufgrund wirtschaftlicher und vergaberechtlicher Gründe konnte der Vertrag nicht mehr verlängert und ein geplanter Ausbau nicht realisiert werden.

Im zweiten Quartal 2022 wurde die Zuständigkeit für das ausgelaufene Pilotprojekt Public WLAN von der Senatskanzlei zu SenInnDS verlagert. Die Umsetzung eines Regelbetriebs befindet sich in der Vorbereitungs- und Planungsphase.

B) Planung für 2023

Mit Blick auf den Übergang in einen Regelbetrieb und der Erwägung eines möglichen Ausbaus gilt es, Veränderungen der ursprünglich in 2015 erhobenen technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu identifizieren und Erfahrungen aus dem Pilotprojekt zu bewerten. Neben der Feststellung von Bedarfen soll im Zuge der Ausschreibungsvorbereitungen der Leistungsumfang und das Mengengerüst durch Standorterhebungen und -erkundungen ermittelt werden.

Nach abgeschlossener Auswertung der in der Analyse gesammelten Daten erfolgt auf deren Basis die Ausschreibung für den Betrieb eines Public WLAN in Berlin.

C) Ausblick 2024/25

Nach der erfolgreichen Vergabe wird nach einer kurzen Pilotphase die Übergabe in den Regelbetrieb erfolgen, um anschließend mit dem geplanten Ausbau zu beginnen.

2.2.4 IKT-Basisdienste

2.2.4.1 Vermittlung und Auskunft (115 u.a.)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Vermittlung und Auskunft (115 u.a.)	Der Basisdienst Vermittlung und Auskunft ist ein vollumfänglich etablierter Dienst, der den Telefonkanal zur Berliner Verwaltung abdeckt. Neben dem Bürgertelefon 115 werden rund 100 weitere Einwahlnummern von Berliner Behörden bedient.	Regelbetrieb seit 2011	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	18.976.000 €	20.129.675 €

A) Entwicklung und Status

Der IKT-Basisdienst „Vermittlung und Auskunft“ befindet sich im Regelbetrieb und bietet den Bürger:innen auf dem telefonischen Kanal Informationen zu Verwaltungsleistungen sowie die Möglichkeit der Weitervermittlung von Anfragen an fachliche zuständige Stellen an. Darüber hinaus ist es, wie in 2021 („Impf-Hotline“), auch in 2022 gelungen, mit technischen und personellen Ressourcen des IKT-Basisdiensts bei der Bewältigung von gesellschaftlichen Krisensituationen (z.B. „Ukraine-Hotline“) zu unterstützen.

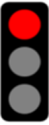
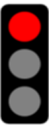
B) Planung für 2023

Als Grundlage für die Fortführung des stabilen und bewährten Betriebes des IKT-Basisdienstes wird für 2023 der Abschluss eines neuen Betriebsvertrags zwischen der IKT-Steuerung bei der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport und dem ITDZ Berlin angestrebt. Im Hinblick auf die fachliche Weiterentwicklung sind in diesem Zeitraum die Umsetzung der bundesweiten 115-Strategie und die entsprechenden Beschlüsse des IT-Planungsrates maßgebend. Inhaltlich betrifft dies vor allem Erweiterung der 115 um die sogenannte „Lotsenfunktion“ (auch OZG-Support genannt), bei der es darum geht, dass Bürger:innen durch den Telefonkanal bei der Nutzung von Online-Diensten unterstützt werden. Der 115-Verbund wird im ersten Quartal 2023 hierzu einen Meilensteinplan erarbeiten und dem IT-Planungsrat vorlegen. Berlin ist in diesem Bereich Vorreiter und bietet bereits seit 2020 einen telefonischen Support für Berliner Online-Anträge (BDA) und das Berliner Service-Konto (SKB) an.

C) Ausblick 2024/25

Im Hinblick auf die Anforderungen aus der föderalen IT-Zusammenarbeit (hier: 115-Verbund), werden in diesem Zeitraum organisatorische und technische Maßnahmen zur Mitnutzung bundesweiter Standards (z.B. Verarbeitung von XZuFi 2.2 / 2.3 in den Prozessen des Service Centers; Vermittlungsdienste und Ticket-Management im bundesweiten Maßstab) fokussiert werden. Auf der Landesebene wird angestrebt, erweiterte technische Möglichkeiten (z.B. neue TK-Anlage des ITDZ, Berliner Data Hub und Dashboard-System) für eine inkrementelle, am Bedarf der Bürger:innen orientierte Weiterentwicklung des IKT-Basisdienstes einzusetzen.

2.2.4.2 IKT-Basisdienst beBPo

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Regelbetrieb	Regelbetrieb beBPo via Governikus COM Vibilia	Regelbetrieb seit Q3 2022	
Marktsichtung	Marktsichtung der registrierten Drittprodukte für den OSCI-gestützten elektronischen Rechtsverkehr zwecks alternativer Softwarelösung	Abschluss Q4 2022	
Bereitstellung im Verfahrens-Silo	Umzug der beBPo-Clients aus ITIS-Umgebung in ein Verfahrens-Silo	Abschluss Q4 2023	
Webbasierter Client	Bereitstellung Webbasierter Client gemäß Anforderung IKT-Architektur in der Testumgebung, bessere Nutzbarkeit	Abschluss Q4 2023	
Schnittstelle digitale Akte / Fachverfahren	Integration des beBPo in die digitale Akte bzw. Fachanwendungen mit Hilfe einer Maschine-zu-Maschine Schnittstelle in der Testumgebung	Abschluss Q4 2023	
Anforderungsmanagement	Aufbau eines geordneten Anforderungsmanagements	Abschluss Q3 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	1.200.000 €	1.400.000 €

A) Entwicklung und Status

Der IKT-Basisdienst “besonderes elektronisches Behördenpostfach (beBPo)” ermöglicht die sichere und nachweisbare Übermittlung elektronischer Dokumente zwischen Behörden sowie juristischen Personen des öffentlichen Rechts und Gerichten. Die Kommunikation

erfolgt dabei auf Basis des Protokollstandards OSCI mit einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Der aktive elektronische Rechtsverkehr ist seit dem 01.01.2022 rechtlich bindend. Für alle nicht über das beBPo eingereichte Prozessdokumente gilt das Formerfordernis als nicht erfüllt und die Prozesserklärung damit als unwirksam.

Die Umsetzung im Land Berlin erfolgt auf Basis der IT-Planungsrat-Anwendung Governikus. Die Software ist als Zwischenlösung anzusehen, da Sie nur den Mindestfunktionsumfang bietet und damit besonders große Behörden vor organisatorische Herausforderungen stellt. Darüber hinaus fehlt es aktuell an Schnittstellen zur Digitalen Akte und Fachverfahren. Aus diesem Grund wurde in den vergangenen Monaten eine Marktsichtung der registrierten Drittprodukte für den OSCI-gestützten elektronischen Rechtsverkehr durchgeführt.

B) Planung für 2023

Neben dem Regelbetrieb soll 2023 zunächst die Bereitstellung des beBPo-Clients für ITIS und BerlinPC in einem Verfahrens-Silo erfolgen. Die Vereinheitlichung der Bereitstellung reduziert den Aufwand im ITDZ Berlin und die Bereitstellungskosten.

Parallel wird für den IKT-Basisdienst beBPo ein Weiterentwicklungsprojekt auf Basis der Auswertung der abgeschlossenen Marktsichtung initiiert. Die aktuelle Software weist Optimierungsbedarf auf und sollte besser in den Behördenalltag zu integrieren sein. In diesem Zuge soll gleichzeitig eine Maschine-zu-Maschine-Schnittstelle zur digitalen Akte und Fachverfahren geschaffen werden. Im Ergebnis soll beides zunächst in einer Testumgebung bereitgestellt werden. In diesem Zuge wird für den IKT-Basisdienst beBPo ein geordnetes Anforderungsmanagement aufgebaut zur Sicherstellung der Einhaltung der aktualisierten Anforderungen an den elektronischen Rechtsverkehr gemäß ERVB.

Zum Berichtszeitpunkt befinden sich alle drei Vorhaben aufgrund eines Ressourcenmangels auf „Stopp“.

C) Ausblick 2024/25

Die im Rahmen des Weiterentwicklungsprojektes identifizierte alternative Software soll in entsprechenden Pilotbehörden getestet werden.

2.2.4.3 Öffentliche IT-Zugänge (Bürgerterminals)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Bürgerterminals	Einrichtung öffentlicher IT-Zugänge zu allen informationstechnischen Angeboten der Berliner Verwaltung anhand von angemessen ausgestatteten und barrierefrei zugänglichen informationstechnischen Ein- und Ausgabegeräten	Q2 2022: Fachkonzeption Q3 2023: Erprobungsphase	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	250.000 €	300.000 €

A) Entwicklung und Status

Öffentliche IT-Zugänge - verstanden als Selbstbedienungs-Terminals zur Nutzung von Online-Diensten der Verwaltung (sog. „Bürgerterminals“) sollen Hürden beim digitalen Verwaltungszugang abbauen und somit einen Beitrag zu gesellschaftlicher Inklusion leisten. Die Berliner Verwaltung stellt öffentlichen Stellen gemäß § 16 EGovG Bln öffentliche Zugänge zu ihren informationstechnischen Angeboten über angemessen ausgestattete und barrierefrei zugängliche informationstechnische Ein- und Ausgabegeräte bereit. Die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport hat diesbezüglich im Rahmen einer Planungsphase die konzeptionellen Grundlagen (Strategie, Anforderungsanalyse, Oberflächen-Design, IT-Architektur) für den Einsatz von Bürgerterminals erarbeitet und prototypisch als Web-Design im Zusammenspiel mit einem Testgeräte umgesetzt.

B) Planung für 2023

Oberste Priorität im Hinblick auf die Realisierung öffentlicher IT-Zugänge liegt auf der Bereitstellung einer bedarfsgerechten Lösung für die Menschen in der Stadt Berlin. Zur Gewährleistung eines entsprechend nutzerorientierten Angebots ist für 2023 eine Erprobungsphase geplant. Im Rahmen partizipativer Formate werden Nutzer:innen in den agilen Entwicklungsprozess eingebunden, sodass das Anforderungsspektrum durch direktes Feedback validiert und vervollständigt werden kann. Auf Basis der bisherigen Vorarbeiten wird im Rahmen der Erprobungsphase ein vollständig funktionsfähiger Prototyp (MVP - Minimum Viable Product) aus Software- und Hardware-Komponenten

umgesetzt. Nach der Durchführung einer Vergabe zur Beschaffung der hierfür notwendigen externen Unterstützungsleistungen (Vorgehen für das 1. Quartal) soll ab dem 2. Quartal ein entsprechendes Projekt durchgeführt werden.

C) Ausblick 2024/25

Ausgehend von den im Rahmen der Erprobungsphase gesammelten Informationen hinsichtlich der Anforderungs- und Bedarfssituation sowie den gewonnenen Erkenntnissen sind in diesem Zeitraum entsprechende organisatorische und technische Maßnahmen durchzuführen. Dies betrifft vor allem die Beschaffung und Einrichtung benötigter Software- und Hardware-Komponenten, die Auswahl von Terminal-Standorten und die Distribution der Bürgerterminals zu den jeweiligen Standorten, sowie die Etablierung von Steuerungs- und Wartungsprozessen für den dauerhaften Betrieb der öffentlichen IT-Zugänge.

2.2.4.4 IKT-Basisdienst Digitaler Antrag

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst Digitaler Antrag	Der IKT-Basisdienst Digitaler Antrag stellt interaktive Formulare für die elektronische Verfahrensabwicklung zur Verfügung. Es werden kontinuierlich weitere Anträge erstellt und Fachverfahren angebunden.	Regelbetrieb	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51161	4.650.000 €	4.500.000 €

A) Entwicklung und Status

Das Projekt für die Migration in die neue ITDZ-Betriebsumgebung OCP4 konnte in Q4/2022 abgeschlossen werden. In 2022 wurden 19 Verwaltungsdienstleistungen über den BDA digital transformiert, bspw.:

- Antrag für Geflüchtete aus der Ukraine auf vorübergehenden Schutz in vier Sprachen
- Sportveranstaltungsförderung – Zuwendung
- Satellitenpositionierungsdienst (SAPOS®) – Antrag auf Nutzung in Berlin
- Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Wasserversorgung
- Coronavirus - positives Testergebnis melden
- Solarpflicht - Befreiung beantragen
- Pflege-Wohngemeinschaften – Jahresmeldung einreichen
- Bezahlformular für das Standesamt I

Darüber hinaus wurden im Jahr 2022 neun bestehende Anträge aktualisiert.

Mit dem Ende des Jahres 2022 sind 60 digitale Anträge, die über den IKT-Basisdienst Digitaler Antrag angeboten werden, im Service-Portal Berlin verfügbar.

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 240.000 Anträge über den IKT-Basisdienst Digitaler Antrag gestellt.

B) Planung für 2023

In 2023 werden zwischen 20 und 30 neue digitale Anträge für Bürger:innen zur Verfügung gestellt. Die folgenden Anträge befinden sich bereits im Produktionsprozess und werden zu Beginn des Jahres 2023 zur Verfügung gestellt:

- Härtefallfonds Energieschulden (Januar 2023)
- Chancen-Aufenthaltsrecht (Januar 2023 in zwei Sprachen)
- Wohngeldanträge - Anpassung an Wohngeld-Plus-Gesetz (Januar 2023)
- Unterhaltsvorschuss (Februar 2023)
- Übernahme in das Beamtenverhältnis für Lehrkräfte (Februar 2023)
- Wahlen - an Umfrage zur Wiederholungswahl teilnehmen (Februar 2023)

C) Ausblick 2024/25

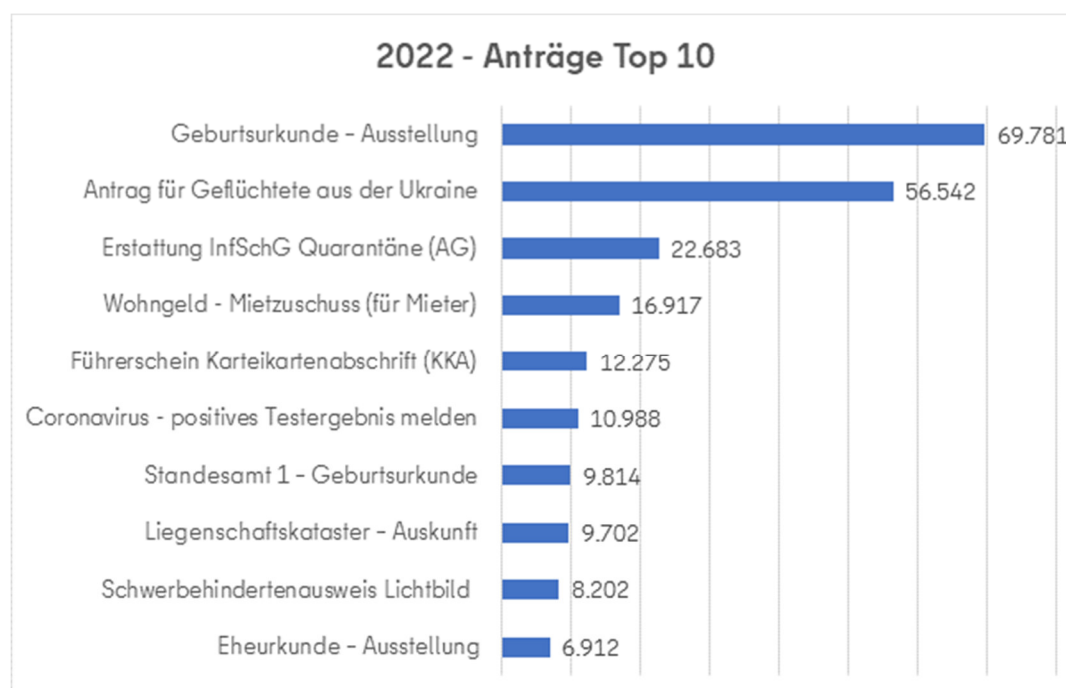
Es werden kontinuierlich weitere Anträge erstellt und Fachverfahren angebunden.

D) Voll digitalisierte Verwaltungsleistungen / Top-Seller

Gegenwärtig können über 250 Dienstleistungen der Berliner Verwaltung auch online in Anspruch genommen werden. Welche Leistungen das im Einzelnen sind, können Sie der angefügten Übersicht entnehmen.

Noch nicht in der Liste enthalten sind Baugenehmigungen, die in Berlin ebenfalls online beantragt werden können. In den derzeit laufenden „Pilotverfahren“ sind im Nachgang noch unterschriebene Dokumente einzureichen. Die Daten werden aber bereits elektronisch ans Fachverfahren übertragen und weiterverarbeitet.

Übersicht über die Top-Seller (nur für den BDA) für das Jahr 2022:



2.2.4.5 IKT-Basisdienst eBPF

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst eBPF	Das elektronische Behördenpostfach (eBPF) ermöglicht der öffentlichen Verwaltung in Berlin auf digitalem Weg eine sichere und rechtsverbindliche Kommunikation durchzuführen. Über das eBPF versendete Nachrichten gewährleisten Authentizität (Urhebernachweis), Integrität (Vollständigkeit und Unversehrtheit der Nachricht) sowie die Nachvollziehbarkeit und Vertraulichkeit der Kommunikation.	Regelbetrieb 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51161	62.100 €	63.900 €

A) Entwicklung und Status

Der Betrieb des Basisdienstes läuft stabil. Weiterentwicklungen sind aktuell keine geplant.

B) Planung für 2023

Im Jahr 2023 befindet sich das eBPF im Regelbetrieb. Eine Optimierung des Dienstes könnte durch eine bessere Auswertung der Nutzerdaten erfolgen.

C) Ausblick 2024/25

In den Jahren 2024 und 2025 soll ein stabiler Regelbetrieb gewährleistet werden.

2.2.4.6 IKT-Basisdienst eID

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst eID	Der eID-Service ist ein IKT-Basisdienst für den elektronischen Identitätsnachweis, der im Rahmen der E-Government-Strategie des Landes Berlin zur Verfügung gestellt wird. Durch eID wird eine gegenseitige Identifizierung von Ausweisinhabenden und Diensteanbietenden unter Nutzung entsprechender Soft- und Hardware online ermöglicht.	Regelbetrieb 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51161	493.500 €	508.200 €

A) Entwicklung und Status

Aktuell wird die verwendete Software zur Verwendung des Basisdienstes aktualisiert. In einem laufenden Projekt gemeinsam mit dem ITDZ wird die Governikus-Softwarekomponente ID Panstar installiert. Während dieser Weiterentwicklung wird der Betrieb durchgehend gewährleistet. Der Betrieb ist aktiv, war jedoch in 2022 häufiger von Zertifikatsproblemen betroffen.

B) Planung für 2023

Das Projekt zur Implementierung der Governikus-Softwarekomponente ID Panstar soll in 2023 beendet werden. Abhängig ist dies von der Auslieferung der Software durch Governikus. Der Basisdienst soll mehr Verwendung in der Berliner Verwaltung finden.

C) Ausblick 2024/25

Ziel für die Folgejahre sollte die Anbindung weiterer Fachverfahren sein.

2.2.4.7 IKT-Basisdienst E-Payment

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst E-Payment	Die Zahlverfahren Kreditkarte (MasterCard und VISA), giropay sowie PayPal stehen zur Verfügung. In 2023 werden weitere Online-Dienstleistungen an das E-Payment angeschlossen.	Regelbetrieb 2023: Anbindung SEPA- Lastschrift und weiterer Behörden	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51161	807.000 €	739.000 €

A) Entwicklung und Status

Der Basisdienst E-Payment ist in Betrieb, läuft stabil und wächst jährlich. Im Jahr 2022 wurden mit ePayment in Berlin über 411 Tsd. Transaktionen abgewickelt und ein Umsatz von 9,2 Millionen Euro generiert.

2022 wurden zusätzlich Verwaltungsdienstleistungen des Fischereiamts, der Senatsverwaltung für Bildung und Jugend, des Standesamts I und voraussichtlich der Waffenbehörde an den IKT-Basisdienst E-Payment angeschlossen. Diese Anbindungen erfolgten in Zusammenarbeit mit dem Digitalen Antrag. Außerdem hat der Dienstleister BerlinOnline eine Migration zu einem neuem Host vorgenommen und ein Informations-Sicherheits-Management-System eingeführt. Die zentrale E-Payment Schnittstelle wurde modernisiert und bietet nun mehr Sicherheit. Zuletzt wurde ein neues Datenschutzkonzept erstellt.

B) Planung für 2023

Die Zahlungsart SEPA-Lastschrift soll in den Basisdienst aufgenommen werden. Bisher stehen nur Kreditkarte (MasterCard und VISA), Giropay und PayPal zur Verfügung. PayPal ist bisher nur für Verwaltungsleistungen der Hauptverwaltung möglich, eine Anbindung der Bezirke in 2023 wird daher angestrebt. Weitere Verwaltungsdienstleistungen sollen über den IKT-Basisdienst E-Payment elektronisch bezahlt werden können.

C) Ausblick 2024/25

Weitere Verwaltungsdienstleistungen sollen ans E-Payment angeschlossen werden. Außerdem hat der IT-Planungsrat dem dokumentierten Bedarf an einer standardisierten Schnittstelle (XBezahldienste) zwischen Bezahldiensten und Online-Diensten (insb. im OZG-Kontext) zugestimmt und diesen Bedarf in die Standardisierungsagenda aufgenommen. Die Einführung dieses Standards könnte in den nächsten Jahren erfolgen.

2.2.4.8 Service-Konto Berlin (SKB)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst Service-Konto Berlin	Das SKB ist als zentraler IKT-Basisdienst für die Authentifizierung und Identifizierung während der Online-Antragstellung im Land Berlin online. Aktuell wird ein Produkt-Change auf die Lösungen BundID (Bürgerkonten) und NEZO / Mein Unternehmenskonto (Organisationen) durchgeführt.	Regelbetrieb Weiterentwicklung: im Aufbau BundID in Pilotierung	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
51161 (SKB alt)	1.844.200 €	2.284.000 €

A) Entwicklung und Status

Das aktuell produktive Service-Konto Berlin (SKB -alt) auf der Grundlage des Softwareprodukts GovernmentGateway wird herstellerseitig nicht weiterentwickelt. Das macht einen Produkt-Change der technischen Lösung für das SKB notwendig.

Im Rahmen der Weiterentwicklung (SKB- neu) ist geplant, für die Authentifizierung von Bürger:innen im Rahmen einer Online-Antragstellung künftig die technische Lösung von BundID nachzunutzen, für die von Organisationen die Technologie von ELSTER über das Produkt NEZO / Mein Unternehmenskonto.

Mit dem BMI hat das Land Berlin einen Letter of Intent gezeichnet und die Absicht bekundet, die BundID, das Nutzerkonto Bund, in Berlin nachzunutzen. Der Zugang zur Testumgebung für die Anbindung an die BundID steht zur Verfügung. Eine Proof-of-Concept-Phase für BundID ist angelaufen. Im Rahmen von Pilotierungen soll die Anbindung nun getestet werden.

B) Planung für 2023

Geplant ist der Umstieg für die Authentifizierungskomponente im SKB im Jahr 2023. Für eine Übergangszeit wird zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des SKB ein Parallelbetrieb von altem und neuem SKB stattfinden.

Beide Produkte bieten zudem eine Postfachlösung. Mit der Anbindung der Postfachlösungen soll in 2023 begonnen werden.

C) Ausblick 2024/25

Das SKB wird kontinuierlich weiterentwickelt. Insbesondere für die Postfachlösungen sind aktuell weitere Funktionalitäten in Spezifikation, unter anderem über den IT-Planungsrat.

2.2.4.9 IKT-Basisdienst OnlineZugänge

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst OnlineZugänge (DLDB, Service- Portal/-App, PVOG, Chatbot)	Der IKT-Basisdienst OnlineZugänge umfasst mehrere Komponenten, die bedarfsgerechte Ausprägungen eines Online-Zugangs bereitstellen. - Dienstleistungs- und Standort-Datenbank Berlin (DLDB) - Service-Portal (service.berlin.de) - Service-App - Portalverbund-Onlinegateway (PVOG) - Chatbot Bobbi	Regelbetrieb	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	1.749.000 €	1.500.000 €

A) Entwicklung und Status

DLDB

Die DLDB enthält 914 gepflegte Leistungsbeschreibungen, von denen 236 zu einer Online-Dienstleistung führen. Die Fertigung neuer Einträge erfolgt nach den Vorgaben des Föderalen Informationsmanagements (FIM).

Für eine nutzergerechte Umsetzung der digitalen Anträge für Geflüchtete aus der Ukraine wurde die Mehrsprachigkeit der DLDB auf vier Sprach-Versionen (de, en, uk, ru) erweitert.

Service-Portal

Der Rebrush der Service-Portal-Oberfläche in Kombination mit einem mobil-first-Ansatz wird aktuell in einem agilen Vorgehen vorangetrieben. Eine verlässliche Prognose des Fertigstellungstermins im Jahr 2023 ist aufgrund der Abhängigkeit zu den verfügbaren Personalressourcen auf Entwickler- wie auf Auftraggeberseite schwierig.

PVOG

Die für den Anschluss der DLDB an den Portalverbund zu erfüllenden Vorgaben aus der jüngeren EU- bzw. Bundesrechtssetzung wurden weitestgehend umgesetzt.

B) Planung für 2023DLDB

Aus den Themenfeld-Umsetzungen der Länder entstehen Stamm-Prozessbeschreibungen, Stamm-Leistungstexte und Einer-für-Alle-Online-Dienste, die durch jedes Bundesland nachgenutzt werden können. Die für eine Nachnutzung sinnvollen Vereinbarungen und Abläufe sind verbindlich festzulegen, um Mehrfachaufwände zu vermeiden und die Digitalisierungsvorhaben beschleunigen zu können.

Service-Portal/-App

Nach dem Rebrush der Portal-Oberfläche ist ein Roll-out des Service-Portal-Designs auf alle darüber aufrufbaren IKT-Basisdienste und Online-Dienste (z.B. Digitaler Antrag, Service-Konto, ePayment, Melderegister) vorgesehen.

Begleitend ist eine Analyse der Nutzererfahrung mit dem neuen Design vorgesehen.

Chatbot Bobbi

Der Chatbot soll den beta-Status verlassen, eine verbindliche Vertragsgrundlage erhalten und auf eine stabile Betriebsumgebung migriert werden.

C) Ausblick 2024/2025

Die Ergebnisse aus der User-Experience werden zusammen mit Erfahrungen aus dem Portalverbund sowie den Online-Diensten genutzt, um das Service-Portal und ggf. weitere Komponenten weiterzuentwickeln.

2.2.4.10 IKT-Basisdienst VPS

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst VPS	Über die Virtuelle Poststelle (VPS) können einheitliche und gemeinsame IKT-Strukturen und Standards verwendet werden. Die VPS kann im Wesentlichen in zwei Szenarien eingesetzt werden: Zur Absicherung web-basierter (Client-Server) Kommunikation und Zur Bereitstellung von Sicherheitsfunktionen für Backend-Systeme	Regelbetrieb 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51161	29.200 €	30.900 €

A) Entwicklung und Status

Der Betrieb des Basisdiensts läuft stabil. Weiterentwicklungen sind aktuell keine geplant.

B) Planung für 2023

Im Jahr 2023 befindet sich die VPS im Regelbetrieb. Weitere Fachverfahren können an die VPS angebunden werden.

C) Ausblick 2024/25

In den Jahren 2024 und 2025 soll ein stabiler Regelbetrieb gewährleistet werden.

2.3 Kooperation Berlin-Brandenburg

Die Zusammenarbeit mit Brandenburg auf dem Gebiet der Digitalisierung ist für den Berliner Senat weiter eine Priorität. Am 11.10.2022 fand eine gemeinsame Kabinettsitzung statt, die u.a. die Möglichkeiten des digitalpolitischen Austauschs in den Blick nahm. Nach wie vor ist das Interesse beidseitig sehr groß, besonders im Rahmen der Vereinbarung zur Kooperation zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion (SGHR).

Berlin und Brandenburg werden in den Jahren 2023 und 2024 aufeinander folgend den Vorsitz der D16 (Digitalministerkonferenz) übernehmen und beabsichtigen, mit einer gemeinsamen Agenda über einen Zeitraum von zwei Jahren einen für alle Länder relevanten inhaltlichen Impuls zu geben. Die Vorbereitungen dazu sind in vollem Gange. Federführende Stelle ist die Stabsstelle Digitalisierung der SenInnDS, die sich dafür eng mit der Staatskanzlei Brandenburg austauscht.

Der Staatssekretär für Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung, Herr Dr. Kleindiek, sieht großes Potenzial in diesem Austausch unter Nachbarn und hat mit o.g. offenen Kanälen bereits eine gute Basis für fortlaufende, verwaltungsübergreifende Maßnahmen geschaffen.

3 Inhaltsteil IKT-Zukunftsbericht

Der Senat ist aufgefordert, im Rahmen der Berichterstattung zur Umsetzung des EGovG Bln einen „IKT-Zukunftsbericht“ als gesonderten Abschnitt vorzulegen. Entsprechend der Systematik im vorstehenden Bericht zum Sachstand der laufenden Digitalisierungsmaßnahmen erfolgt auch in diesem Berichtsteil eine Aufteilung nach zentralen Maßnahmen, die unmittelbar beim CDO (Skzl bzw. SenInnDS) angesiedelt sind und dezentralen Maßnahmen der Fachdigitalisierungsanstrengungen in den einzelnen Politikfeldern.

3.1 Zentrale Maßnahmen

3.1.1 Trends aus dem IT-PLR/der föderalen Zusammenarbeit

Das Land Berlin beteiligt sich aktiv an den Diskussionen und den Entwicklungen im **IT-Planungsrat**. Inhaltliche Schwerpunkte in 2022 waren dabei u.a. der Umsetzungsstand zum OZG/„OZG-Booster“, Finanzierung von EfA-Leistungen, das Vorhaben Registermodernisierung, die Weiterentwicklung der FITKO und die Einführung eines elektronischen Marktplatzes für Verwaltungsdienstleistungen.

Der IT-Planungsrat hat ferner fünf inhaltliche, mehrjährige Schwerpunktthemen für seine Arbeit identifiziert. Diese sind: Digitale Infrastruktur (v.a. Cloud-Transformation); Digitale Transformation (v.a. Digitale Kompetenzen/Aus- und Weiterbildung des eigenen Personals, Abbau gesetzlicher Hemmnisse, Standardisierung, Automatisierung); Digitale Anwendungen (v.a. Weiterentwicklung OZG, Stärkung von Nachnutzung/EfA und Kooperationen, Umsetzung SDG, föderale IT-Architektur); Datennutzung und Datenschutz (v.a. Registermodernisierung, Once-Only); Informationssicherheit.

Zudem soll die Zusammenarbeit mit den Fachministerkonferenzen aktiv verstärkt (Berlin hat in diesem Zusammenhang die fachpolitische Sprecherrolle gegenüber der Justizministerkonferenz übernommen) und die strategische Neuausrichtung des IT-Planungsrats sowie der FITKO weiterverfolgt werden.

Berlin und Brandenburg haben sich darauf verständigt, die ab Mitte 2023 bis Ende 2024 anstehende Übernahme des Vorsitzes in der „Digitalisierungsministerkonferenz (D16)“ möglichst gemeinsam zu gestalten.

Im Rahmen der Umsetzung des strategischen Gesamtrahmens Hauptstadtregion sollen für das Handlungsfeld 6 (Digitale Transformation) in 2023 erste Vorhaben angegangen und sichtbar gemacht werden. Erste Schwerpunkte könnten aus den Bereichen Smart-City und Digitalwirtschaft kommen.

3.1.2 Umsetzung OZG / Registermodernisierung

Das Land Berlin hat im Jahr 2018 gemeinsam mit dem BMI die Federführung für das OZG-Themenfeld der „Querschnittsleistungen“ übernommen. Das Themenfeld ist durch Leistungen gekennzeichnet, die häufig als Nachweise in anderen Antragsprozessen benötigt werden, wie z.B. die Meldebescheinigung, die Geburtsurkunde oder das Führungszeugnis. Zielstellung ist es, dass sowohl Bürger:innen als auch Unternehmen den Behörden bestimmte Standardinformationen, wie zum Beispiel den Nachweis ihres Wohnortes oder ihrer Geburt, nur noch einmal mitteilen müssen.

Zu den Querschnittsleistungen gehört unter anderem auch die Entwicklung der „Basiskomponente Nachweisabruf“, um zukünftig verschiedene Registerabrufe über einen zentralen Service zu realisieren. Die Komponente soll verschiedene Fach- und Antragsverfahren mit verschiedenen Registern verbinden. Das Land Berlin schafft damit die Grundlage einer medienbruchfreien Nachweiserbringung für die Beantragung von Verwaltungsleistungen nach dem sog. Once-Only-Prinzip.

Die „Basiskomponente Nachweisabruf“ wird sowohl die Vorlage von Nachweisen in Verwaltungsverfahren als auch den Schriftverkehr in Papierform erheblich reduzieren. Ihre Entwicklung trägt maßgeblich zur Digitalisierung der Verwaltung bei. Die Basiskomponente Nachweisabruf soll unter Beachtung externer Projektabhängigkeiten fortwährend weiterentwickelt werden. Gleichzeitig sollen im Rahmen ihrer Entwicklung die Anforderungen für das bevorstehende Registermodernisierungsprojekt berücksichtigt werden. Ziel des Registermodernisierungsprojekts ist die Systematisierung der fragmentierten Registerlandschaft, um einen einfachen und sicheren elektronischen Datenaustausch von Verwaltungsdaten unter Einhaltung höchster Datenschutzstandards zu ermöglichen. Das Registermodernisierungsprojekt wird im Land Berlin gegenwärtig unter Berücksichtigung der föderalen Vorgaben konzeptionell vorbereitet.

Einen zentralen Punkt der OZG-Umsetzung bildet das „Einer-für-Alle“-Prinzip. Es ermöglicht die Nachnutzung digital entwickelter Verwaltungsleistungen durch andere Länder. Der Software-as-a-Service-Gedanke spielt dabei eine zentrale Rolle. Im Dezember 2020 wurde ein einheitlicher Kriterienkatalog entwickelt, welcher die EfA/V-Geeignetheit einer Entwicklung definiert. Bei Einhaltung dieser Kriterien ist damit die Nachnutzung von Entwicklungen aus anderen Bundesländern grundsätzlich möglich. Über den sog. „FIT-Store“ werden betriebsbereite Leistungen zu standardisierten Vertragsbedingungen zentral eingekauft, angeboten und an Nachnutzungsinteressierte weiterverkauft. Um die von den Ländern entwickelten Leistungen anderen Ländern sukzessive bereitstellen zu können, existiert als Marktplatzlösung das Genossenschaftsmodell „GovDigital“. Erste Pilotleistungen werden Anfang 2023 zum Abruf bereitgestellt.

Die vom Land Berlin durchgeführten Projekte „Basiskomponente Nachweisabruf“ und „Digitale Meldebescheinigung“ sollen nach erfolgreichen Referenzimplementierungen entsprechend den Vorgaben des eA-Prinzips weiterentwickelt und nach ihrer Fertigstellung allen Ländern zur Nachnutzung zur Verfügung gestellt werden.

Sonstige OZG-relevante Verwaltungsleistungen werden unter Begleitung der IKT-Steuerung durch die fachlich zuständigen Ressorts umgesetzt. Über Hilfestellungen, wie ein einheitliches Projektmonitoring, Geschäftsprozessmanagement sowie letztlich durch die bereitgestellten E-Government-Basisdienste (bspw. Nutzerkonto, Payment, Basisdienst Digitaler Antrag), werden die entsprechenden Verantwortlichen zur OZG-konformen Umsetzung befähigt.

3.1.3 Informations- und Cybersicherheit

Die vom BSI konstatierte erhöhte Bedrohungslage für Deutschland ist auch an den detektierten Ereignissen der IKT-Sicherheitsinfrastruktur der Berliner Verwaltung ersichtlich. Das erfordert neben einer erhöhten Wachsamkeit bei der IKT-Nutzung auch verstärkte Maßnahmen, um potentiellen Angriffen zu begegnen und den Reifegrad des Informationssicherheitsmanagements der Berliner Verwaltung zu steigern.

Zu den zentralen Maßnahmen 2023 gehören der Abschluss des Vertrages zum IKT-Basisdienst Cyber Defence Center der Landesverwaltung /CDC-LV). Für das das Informationssicherheitsmanagement in den Behörden und Einrichtungen des Landes unterstützende ISMS-Tool (IKT-Basisdienst) wird das Verfahren zur Freigabe abgeschlossen.

Eine in Hinblick auf den festgestellten Mangel qualifizierter personeller Ressourcen positive Entwicklung wird durch weitere Fortschritte im Programm OneIT@Berlin erreicht, weil damit das Informationssicherheitsmanagement für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT in großen Teilen durch den IT-Dienstleister unter Mitwirkung des behördlichen Informationssicherheitsmanagements erfolgen wird.

Eine Herausforderung für die Entwicklung der Informationssicherheit wird 2023 und in den Folgejahren die Umsetzung der EU NIS-2-Richtlinie (RL (EU) 2022/2555 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union), die Ende Dezember 2023 in Kraft trat. Nach dem darin benannten Geltungsbereich wird es erforderlich, Maßnahmen für die Berliner Verwaltung als wichtige Einrichtung eines Sektors mit hoher Kritikalität umzusetzen. Die Maßnahmen gilt es gegenwärtig in Teilen noch zu identifizieren.

3.1.4 Digitale Souveränität

3.1.4.1 VerwaltungscLOUD

Berlin geht bei dem Thema Digitale Souveränität mit voran. Hierfür beteiligt sich das Land an der AG Cloud Computing und Digitale Souveränität des IT-Planungsrates. Die Strategie für die Stärkung der Digitalen Souveränität für die IT der Öffentlichen Verwaltung wird u.a. durch die gemeinsame Weiterentwicklung der *Deutschen VerwaltungscLOUD Strategie* (DVS) geschärft. Derzeit wird eine Architektur für eine Cloudinfrastruktur erarbeitet, die dann im föderalen Architekturboard weiter betrachtet wird. Eine erste Machbarkeitsstudie für die DVS liegt mittlerweile vor.

Die Umsetzung dieser Strategie wird durch Maßnahmen wie die Schaffung des Cloud-Service-Portals sowie der kontinuierlichen Weiterentwicklung von Cloud-Standards befördert. Die Verprobung der grundlegenden Funktionalitäten des Cloud Service Portals (CSP) erfolgt im Januar 2023. Das CSP wird innerhalb der DVS der zentrale Anlaufpunkt. Es soll seinen Nutzenden ermöglichen, Cloud Service zu bestellen und anzupassen. Koordiniert werden diese Tätigkeiten durch die Koordinierungsstelle, deren Aufgaben mit Beschluss 2022/35 des IT Planungsrats definiert wurden. Die Koordinierungsstelle ist das zentrale Entwicklungs- und Steuerungselement für die DVS und das CSP.

Die Deutsche VerwaltungscLOUD ermöglicht die Bereitstellung und den Bezug von Diensten und Leistungen einzelner Länder, sowie deren gemeinsamer Weiterentwicklung (EfA-Leistungen).

Das Ziel Berlins ist es, die Umsetzung der DVS zu unterstützen und so im Verbund mit anderen Bundesländern und deren Dienstleistern eine leistungsfähige und digital souveräne Multi-Cloud zu etablieren. Abhängigkeiten zu großen Anbietern (Hyperscalern) sollen somit vermieden werden, ohne auf die Möglichkeiten der Cloud-Technologien (Skalierung, Geo-Redundanz, Wiederverwendung von Diensten) verzichten zu müssen.

3.1.4.2 *Open Source*

Für eine digital souveräne Stadt sind Open Source und offene Standards unverzichtbar. In der IKT-Architektur für die Berliner Landesverwaltung ist im Gleichklang mit den Richtlinien der Regierungspolitik für die 19. Wahlperiode die zuvor formulierte Präferenz für den Einsatz von Open Source Software noch einmal bestätigt worden. Bei jeder zukünftigen Software-Beschaffung soll nach einer Open Source-Alternative gesucht werden, die Nichtbeschaffung von Open Source muss begründet werden. Bei der Einführung von IT-Fachverfahren ist ebenfalls vorrangig Open Source-Software zu nutzen. Bei der Neuentwicklung von IT-Fachverfahren ist diese unter einer Open Source-Lizenz der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen („Public Money, Public Code“).

Im Jahr 2023 soll eine Open Source-Strategie für das Land Berlin entwickelt und verabschiedet werden. Die Open Source-Strategie soll mit ihrer fachlich spezifischen Ausrichtung direkt an die am 20.12.2022 im Senat beschlossenen (Dach-) Strategie „Gemeinsam Digital:Berlin“ anknüpfen.

Das Ziel eines digital-souveränen IKT-Arbeitsplatzes für die Berliner Verwaltung plant Berlin mit der Entwicklung eines zentralen IKT-Arbeitsplatzes auf Basis von Open Source Software („BerlinPC Open Source“) in den nächsten Jahren zu erreichen. Zudem begleitet das Land Berlin die Entwicklung des Souveränen Arbeitsplatzes durch das Land Bremen und Dataport. Im November 2021 hat das Land Berlin, vertreten durch die IKT-Staatssekretärin, die gemeinsame Absichtserklärung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und der Länder zur Stärkung der Digitalen Souveränität und gemeinsamen Erarbeitung des Souveränen Arbeitsplatzes unterschrieben.

Mit der Auftaktveranstaltung am 30. August 2022 im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) in Berlin startete offiziell die operative Umsetzung für den Open Source-basierten "Souveränen Arbeitsplatz" der Öffentliche Verwaltung. Ziel ist es, bis Ende 2023 eine Basisvariante der Arbeitsplatzumgebung bereitzustellen. Diese Basisvariante soll sämtliche notwendigen Anwendungen und Funktionen in den Bereichen Kollaboration, Kommunikation und Produktion (z.B. Datenaustausch, Textverarbeitung, Telefon- und Videokonferenzen etc.), die für die Arbeit in der Öffentliche Verwaltung benötigt werden, in einer Open Source-basierten, integrierten "Komplettlösung" bereitstellen.

Im Mai 2022 hat das Land Berlin, vertreten durch den Chief Digital Officer und Staatssekretär für Digitales und Verwaltungsmodernisierung, die gemeinsame Absichtserklärung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat und der Länder zur Etablierung des Zentrums für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) unterzeichnet. Das Zentrum soll als Bindeglied zwischen Öffentlicher Verwaltung und den Akteuren des Open-Source-Software-Ökosystems fungieren, Anforderungen der

Öffentlichen Verwaltung aufnehmen und diese in das Open-Source-Software-Ökosystems kommunizieren.

Darüber hinaus wird beim ITDZ Berlin ein „Open-Source Kompetenzzentrums (OSK)“ etabliert. Ziel ist, einen zentralen Kompetenzpool für Open Source als Service-Angebot für die Verwaltung im Land Berlin zur Verfügung zu stellen.

3.1.5 Datenmanagement/Open Data/Datahub

Die gesetzlichen Grundlagen für die Bereitstellung von Open Data der Berliner Verwaltung existieren in §13 des GGovG Bln und der dazugehörigen Open-Data-Verordnung.

Mit dem Open-Data-Portal des Landes Berlin daten.berlin.de besteht die technische Infrastruktur für einen zentralen Zugang zu den offenen Verwaltungsdaten. Das Open-Data-Portal hat mittlerweile über 3.000 Datensätze aus 22 Kategorien und 67 Anwendungsbeispiele aus Verwaltung und Wirtschaft.

Die Open-Data-Strategie wird aktuell weiterentwickelt und soll in der ersten Jahreshälfte 2023 in den Senat eingebracht werden.

Ebenso sollen Daten in Fünf-Sterne-Qualität, also Linked Open Data, auf dem Open-Data-Portal zur Verfügung stehen, die per *Uniform Resource Identifier* (URI) identifiziert sind und darüber direkt per HTTP abgerufen werden können und ebenfalls per URI auf andere Daten verweisen. Ebenso sollen Kerndatensätze aus zehn Kategorien von Stadtentwicklung und Wohnen bis Umwelt, Verkehr und Wirtschaft auf dem Open-Data-Portal veröffentlicht und ihr Nutzen für die Allgemeinheit mit Visualisierungen und Dashboards dargestellt werden.

Eine gemeinsame Datenplattform ist ein unabdingbarer und wichtiger Baustein für das Berliner Datenmanagement. Verschiedene Datenplattformen des Landes Berlin sollen daher über Schnittstellen an die gemeinsame Datenplattform angebunden werden. Upload- und Downloadprozesse in der Datenplattform sollen möglichst niedrigschwellig funktionieren. Für die Weiterentwicklung des Konzepts einer gemeinsamen Datenmanagementplattform soll eine gemeinsame Infrastruktur, die die entsprechenden Ressourcen, eindeutigen Verantwortlichkeiten und die erforderlichen Kompetenzen regelt, konkretisiert werden. Der Data Hub soll von Anfang an darauf ausgerichtet sein, verknüpfte Datensätze im Sinne von Linked Open Data zu hosten und auch eine Cloud-Umgebung zur internen Speicherung von Daten haben. Über eine Schnittstelle vom Data Hub zum Open-Data-Portal solle eine automatische Veröffentlichung von Datensätzen gewährleistet werden.

3.1.6 Gigabit-Strategie

Ambitionierte Zukunftsvision in der Umsetzung: Der Berliner Senat hat den Weg Berlins zur Gigabit-Hauptstadt innerhalb des ersten Regierungsjahres konsequent weitergeführt. Die

Gigabit-Strategie sieht einen flächendeckenden Glasfaserausbau bis 2030 sowie einen durchgehenden 5G-Mobilfunkausbau bis 2025 vor. Dies kann nur im engen Austausch mit den Bezirken und Telekommunikationsunternehmen erfolgen.

Um eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu sichern, hat das Land Berlin im März 2022 einen Lenkungskreis eingesetzt, der sich aus Vertreter:innen des Senats, der Bezirke und der beteiligten Unternehmen zusammensetzt. Dieser koordiniert die Umsetzung der Gigabit-Strategie. Und das mit Erfolg: Seit Einsatz des Gremiums hat der Glasfaserausbau in der Hauptstadt merklich Fahrt aufgenommen. Die Telekommunikationsunternehmen haben Ausbauszusagen für alle privaten Haushalte und Gewerbestandorte bis 2030 geleistet.

Ein starkes Netz ist die Grundlage für die digitale Transformation der Verwaltung und der Wirtschaftsunternehmen. Mit der Gigabit-Strategie schreitet das Land Berlin energisch in seine digitale Zukunft.

3.1.7 Nachhaltige und sozialverträgliche Beschaffung der Berliner IT-Hardware

Um das vom Land Berlin verfolgte Ziel einer klimaneutralen Stadt bis 2050 zu erreichen, leistet auch das ITDZ Berlin mit Hilfe seines Nachhaltigkeitsmanagements einen Beitrag zu mehr sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit der Digitalisierung.

Das ITDZ Berlin orientiert seine Nachhaltigkeitsstrategie an den Empfehlungen der DIN ISO 26.000 des Bundesamtes für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und beachtet die Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable Development Goals). Erstmals 2018 hat das ITDZ Berlin einen Bericht nach dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) verfasst und auf der dortigen Plattform veröffentlicht.

Im Rahmen der Risikoabschätzung der Geschäftstätigkeit für natürliche Ressourcen ist der Gesamtenergieverbrauch des ITDZ Berlin eines der wesentlichen Handlungsfelder zur Nachhaltigkeit.

Bedeutende Energieeffizienzsteigerungen werden vor allem in den beiden Rechenzentren des IT-Dienstleisters erreicht. Einen wesentlichen Hebel stellt dabei die Virtualisierung der Serversysteme, also das Umstellen der physikalischen Server auf modernste Cloud-Technologie dar. Neben dem Einsatz neuer leistungsstarker IT-Hardware sorgen vor allem eine Reduzierung der Heizwärmeleistungen und eine Anpassung der Klimaanlage für Erfolge im Energiemanagement.

Der Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit findet im ITDZ im Rahmen von Diversity bei der Beteiligung von Anspruchsgruppen, Chancengleichheit, bei der Qualifizierung und im Gesundheitsmanagement Beachtung. Dazu gehört auch der Frauenförderplan des ITDZ Berlin, der ein wichtiges Instrument ist, um Unterrepräsentanzen abzubauen und

Chancengleichheit herzustellen. So sind Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen unter Betrachtung des Status quo zu erkennen und aufzugreifen, sowie die Attraktivität des Arbeitgebers durch interessante Angebote der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufzubauen und aufrechtzuhalten. Um dem Diversity-Bestreben Ausdruck zu verleihen, hat sich das ITDZ Berlin der „Charta der Vielfalt“ verpflichtet.

Vor dem Kontext der oft sehr langen Wertschöpfungsketten werden alle Verarbeitungsstufen auf die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien überprüft. Aus den vom ITDZ Berlin auszustattenden Institutionen ergibt sich eine große Beschaffungsmenge, die im Sinne der Nachhaltigkeit für Berlin eine große Auswirkung bedeuten kann. Hohe Stückzahlen, beispielsweise der fair produzierten Nager IT Maus, machen einen erheblichen Unterschied für Unternehmen, die versuchen möglichst nachhaltig zu produzieren, und werden damit in ihren Bemühungen unterstützt.

Im Rahmen der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen werden Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) und die Verwaltungsvorschrift für „Beschaffung und Umwelt“ (VwVBU) im ITDZ Berlin präzise beachtet. Alle Aufträge werden mit einer ergänzenden Vertragsbedingung versehen, die die Auftragnehmer verpflichtet, die Aufträge gemäß den Leistungsbeschreibungen ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich unter bestmöglicher Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen gewonnen oder hergestellt worden sind.

Die Maßnahmen zur Nachhaltigkeit und sozialverträgliche Beschaffung der IT-Hardware durch das IT-Dienstleistungszentrum werden konsequent fortgeführt.

3.1.8 KI

Künstliche Intelligenz (KI) ist seit langem ein viel diskutiertes Thema. Die EU-Kommission hat ein Paket zu Künstlicher Intelligenz (KI-Paket) vorgelegt, das einerseits die Entwicklung von KI und die innovative Nutzung durch die europäischen Verwaltungen fördern sowie andererseits potentielle Risiken in den Blick nehmen soll. Die Umsetzung von nationalen KI-Strategien soll damit vorangetrieben werden. Mit der Fortschreibung der deutschen KI-Strategie im Dezember 2020 hat die Bundesregierung ihre Umsetzungsmaßnahmen an die aktuellen Entwicklungen angepasst.

In der Berliner Verwaltung werden bisher nur vereinzelt Systeme eingesetzt, die als künstlich intelligent bezeichnet werden könnten. Hinzu kommt, dass bisher keine einzelne Federführung für den Bereich KI festgelegt ist. Für den Fall der verfahrensabhängigen IKT (IT-Fachverfahren) ist die jeweilige Politikfeld-verantwortliche Senatsverwaltung zuständig.

3.1.9 Digitaler Zwilling

Ein Digitaler Zwilling ist kein Selbstzweck, sondern ein digitales Abbild der Wirklichkeit, das Informationen in Echtzeit wiedergibt und für eine datengestützte Steuerung in Echtzeit Voraussetzung ist. Mittlerweile gibt es auch erste Standards, beispielsweise für die Bemusterung und Beschreibung von Bauteilen, sodass das Risiko gering ist, als Early-Adaptor Pionierarbeit zu leisten und Schnittstellen zu schaffen, die später nicht mehr kompatibel sind.

Als Teil der Umsetzung des Digitalen Zwillings von Berlin wird eine technologische Plattform für praktische Anwendungen beispielsweise für den

- Hochbau/Tiefbau,
- Verkehrsinformationssysteme,
- Schulwege,
- private/öffentliche Ladeinfrastruktur und
- Portal für Versorgungsanschlüsse

angestrebt.

3.1.10 Zusammenarbeit mit GovTechCampus, CityLAB Berlin

In Berlin wurde jüngst der GovTechCampus Deutschland eröffnet, ein Innovationshub, der Fachkräfte der Digitalisierung aus dem privaten wie dem öffentlichen Sektor zusammenbringt – aber auch Akteure aus diversen Tech-Communities (z.B. Open Source), des Beschaffungswesens und der Zivilgesellschaft. Das Land Berlin ist jüngst als Mitglied Teil dieses Vorhabens geworden, das künftig als Leuchtturm bei der Verwaltungsmodernisierung gelten soll. Erste Termine haben in dem Gebäudekomplex stattgefunden, weitere Veranstaltungen sind für das neue Jahr geplant. Die Tätigkeiten rund um den Campus werden zwischen Bund (BMI), Ländern sowie Kommunen koordiniert. Weitere Standorteröffnungen in anderen Bundesländern sollen folgen.

Das CityLAB Berlin ist das städtische Innovationslabor und wird in dieser Rolle vor allem auch im Bereich der Digitalisierung tätig. Maßgeblich war das CityLAB Berlin auch beim Erstellen des Strategiepapiers „Gemeinsam Digital:Berlin“ der Senatskanzlei beteiligt. Es gilt für die Zukunft, den Innovationsgeist des CityLAB Berlin auch vermehrt bei Projekten der Verwaltungsmodernisierung unter Federführung von SenInnDS miteinzubinden. Begünstigt wird dieses Vorhaben durch das neue Selbstverständnis der Technologiestiftung

Berlin. Die Zusammenarbeit mit der Technologiestiftung Berlin und damit auch zum CityLAB wird der Senat in 2023 neu organisieren.

3.2 Dezentrale Maßnahmen / Fachdigitalisierung

Die im vorstehenden Abschnitt beschriebenen zentralen Handlungsfelder stellen auch organisatorische und technische Herausforderungen für die Digitalisierungsverantwortlichen der einzelnen Politikfelder dar. Neben den fachlich getriebenen Handlungsbedarfen für die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen (hier fließen natürlich die Aspekte der OZG-Umsetzung und der Registermodernisierung jeweils unmittelbar ein) sind es gerade Themen wie die passgenaue Cloud-Strategie für das Land Berlin sowie die zentralen digitalstrategischen Themenfelder zu OpenSource und zur OneDevice-Ausrichtung, die die Entwicklung der Fachdigitalisierung bestimmen werden.

Eine weitergehende Betrachtung soll mit dem Bericht zum 01.03.2024 mit Berichtsstand 31.12.2023 erfolgen.

4 Annex

4.1 Übersicht der online verfügbaren Verwaltungsleistungen

Quelle: Dienstleistungs- und Standortdatenbank Berlin

Leistungsübersicht

Abfälle - Genehmigung für Sammler, Beförderer, Händler und Makler
Adressänderung in der Zulassungsbescheinigung Teil I (ZBI) bzw. in dem Fahrzeugschein
Altpapier (illegal) - Entsorgung
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - Beamte - Laufbahnfachrichtung Bildung
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - Beamte - Laufbahnfachrichtung des allgemeinen Verwaltungsdienstes
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - Beamte - Laufbahnfachrichtung Feuerwehrtechnischer Dienst
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - Beamte - Laufbahnfachrichtung Gesundheit und Soziales - Gesundheitswesen
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - Beamte - Laufbahnfachrichtung Gesundheit und Soziales - Sozialdienst
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - Beamte - Laufbahnfachrichtung Justiz und Justizvollzugsdienst
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - Beamte - Laufbahnfachrichtung Polizeivollzugsdienst
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - Beamte - Laufbahnfachrichtung Steuerverwaltung
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - Beamte - Laufbahnfachrichtung Technische Dienste
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - Beamte - Laufbahnfachrichtung Wissenschaftliche Dienste
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - Rechtsanwalt/Rechtsanwältin
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (EU/EWR/Schweiz) als Fachapotheker/-in beantragen
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (EU/EWR/Schweiz) als Facharzt/-ärztin beantragen
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (EU/EWR/Schweiz) als Fachpsychotherapeut/in
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (EU/EWR/Schweiz) als Fachtierarzt/-ärztin beantragen
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (EU/EWR/Schweiz) als Fachzahnarzt/-ärztin beantragen

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen als Erzieher/in beantragen
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen als Fahrlehrer/in beantragen
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen als Heilpädagoge/in beantragen
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen als Kindheitspädagoge/in beantragen
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen als Lehrer/in beantragen
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen als Sozialarbeiter/in / Sozialpädagoge/in beantragen
Angelkarte (Fischereierlaubnisvertrag) - Ausstellung
Approbation als Apotheker - Erteilung - wenn Pharmazeutische Prüfung in Berlin abgelegt
Approbation als Arzt - Erteilung - wenn Ärztliche Prüfung in Berlin abgelegt
Approbation als Zahnarzt/-ärztin - wenn zahnärztliche Prüfung in Berlin abgelegt
Architekten- und Stadtplaner-Liste bzw. Verzeichnisse - Eintragung
Arzneimittel - zur Sachkundeprüfung für den Handel mit freiverkäuflichen Arzneimitteln anmelden
Aufenthaltserlaubnis zum Chancen-Aufenthaltsrecht beantragen
Ausbildungsförderung bei Ausbildung im Ausland (Auslands-BAföG)
Ausbildungsförderung bei beruflicher Aufstiegsfortbildung (Meister-BAföG)
Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler (Schüler-BAföG)
Auskunft aus dem Gemeinsamen Tarifregister der Länder Berlin und Brandenburg
Ausländische Berufsqualifikationen anerkennen - Berufsanerkennung
Auto abgeschleppt - Auskunft beantragen
Autowrack (illegal) - Entsorgung
Bankbrief / -zulassungsbescheinigung Teil II
Baugenehmigung - Sachstandabfrage
Bauschutt (illegal) - Entsorgung
Baustelle - Arbeitsstelle sichern und Verkehr regeln
Bebauungsplan und Fluchtlinienplan einsehen
Berufsqualifikation aus dem Ausland anerkennen - Bewacher / Versicherungsberater / Versicherungsvermittler /
Finanzanlagenvermittler / Honorar-Finanzanlagenberater / Immobiliendarlehensvermittler

Beseitigung von Straßenschäden an Autobahnen sowie an Bundesstraßen ohne Randbebauung
Bewachungsgewerbe - Erlaubnis beantragen
Bewachungsgewerbe - Wachpersonen melden
Bewachungsgewerbe - zum Unterrichtungsnachweis anmelden
Bewachungsgewerbe - zur Sachkundeprüfung anmelden
Bioabfall (illegal) - Entsorgung
Bodenrichtwert - Auskunft
Coronavirus - Beschaffung von Tests beantragen
Coronavirus - positives Testergebnis melden
Denkmal - Bescheinigung für Denkmalerhalt nach Einkommensteuergesetz
Denkmal - Zuwendung für denkmalpflegerische Mehraufwendungen - Mittelabruf oder Verwendungsnachweis einreichen
Denkmal - Zuwendung für denkmalpflegerische Mehraufwendungen beantragen
Denkmalrechtliche Genehmigung beantragen
Dolmetscher/in - Allgemeine Beeidigung beantragen
Eheurkunde beantragen
Einkommensteuer - Erklärung freiwillig abgeben (Antragsveranlagung)
Einkommensteuer - Festsetzung - Pflichtveranlagung
Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale - Einsicht gewähren
Entschädigung nach Infektionsschutzgesetz bei eigener Kinderbetreuung - Selbstständige
Entschädigung nach Infektionsschutzgesetz bei Tätigkeitsverbot/Quarantäne - Selbstständige
Erstattung nach Infektionsschutzgesetz bei eigener Kinderbetreuung - Arbeitgeber/innen
Erstattung nach Infektionsschutzgesetz bei Tätigkeitsverbot/Quarantäne - Arbeitgeber/innen
Europäischer Berufsausweis - Ausstellung beantragen
Europäisches Mahnverfahren - Zahlungsbefehl
Fahrerlaubnis - Karteikartenabschrift beantragen
Fahrräder (illegal) - Entsorgung
Familienpass erwerben

Feinstaubplakette beantragen
Finanzanlagenvermittler - Erlaubnis beantragen
Finanzanlagenvermittler - zur Sachkundeprüfung anmelden
Führungszeugnis beantragen
Fundsachen - Verlorene Sachen zurückbekommen
Gartenabfall (illegal) - Entsorgung
Gaststättengewerbe - Erlaubnis beantragen
Gaststättengewerbe - vorläufige Erlaubnis beantragen
Gaststättengewerbe - zum Unterrichtungsnachweis anmelden
Geburtsurkunde beantragen
Gehwegüberfahrten (provisorisch) beantragen
Geldwäsche - Anonymen Hinweis bei Verdacht gegen Lohnsteuerhilfverein melden
Geldwäscheprävention - Befreiung von der Dokumentation einer Risikoanalyse beantragen
Geldwäscheprävention - Befreiung von der Pflicht zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten beantragen
Geldwäscheprävention - Bestellung eines (Gruppen-) Geldwäschebeauftragten anzeigen
Geldwäscheprävention - Entpflichtung eines (Gruppen-) Geldwäschebeauftragten anzeigen
Geobasisdaten - Abgabe Karte 1:5000
Geobasisdaten Online - persönlichen Zugang beantragen
Gewerbe - ein überwachungsbedürftiges Gewerbe anmelden
Gewerbe - Grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen anzeigen
Gewerbe abmelden
Gewerbe anmelden
Gewerbe ummelden
Gewerbemüll (illegal) - Entsorgung
Gewerberegisterauszug - elektronische Auskunft
Gewerbsteuer - Festsetzung
Gewerbezentralregister - Auskunft beantragen

Grundstück - Grundstücksnummer/Hausnummer beantragen
Grundstück - Vereinigung beglaubigen und beurkunden
Gründungen - steuerliche Anmeldung von Unternehmen, Gesellschaften, Vereinen, Gewerben, Selbständigkeit oder land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit
Halterauskunft zu einem KFZ beantragen
Handwerk - Ausbildungszeiten bestätigen
Handwerk - Bescheinigung über die Eintragung bei der Handwerkskammer beantragen
Handwerk - Eintragung in das Verzeichnis handwerksähnliche Gewerbe
Handwerk - Eintragung in das Verzeichnis zulassungsfreier Handwerke beantragen
Handwerk - Eintragung in die Handwerksrolle beantragen
Handwerk - Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation aus dem Ausland im zulassungspflichtigen Handwerk
Handwerk - Gestattung zur Erbringung vorübergehender grenzüberschreitender Dienstleistungen in zulassungspflichtigen Handwerken
Handwerk - Löschung aus der Handwerksrolle, dem Verzeichnis zulassungsfreier Handwerke und dem Verzeichnis handwerksähnlicher Gewerbe beantragen
Härtefallfonds Energieschulden - Kostenübernahme beantragen
Hausmüll (illegal) - Entsorgung
Honorar-Finanzanlagenberater - Erlaubnis beantragen
Honorar-Finanzanlagenberater - zur Sachkundeprüfung anmelden
Hundehaltung - Hund im Hunderegister registrieren
Immobiliardarlehensvermittler - Erlaubnis beantragen
Immobiliardarlehensvermittler - zur Sachkundeprüfung anmelden
Immobilienmakler, Bauträger, Baubetreuer, Darlehensvermittler und Wohnimmobilienverwalter - Erlaubnis beantragen
Jagdschein - Ausstellung/Verlängerung beantragen
Kindertagespflege
Kita-Gutschein - Betreuungsumfang erweitern
Kita-Gutschein beantragen

Körperschaftsteuer - Festsetzung
Körperschaftsteuer - Freistellungsbescheid (Anerkennung der Gemeinnützigkeit)
Kraftfahrzeug außer Betrieb setzen (Kfz abmelden)
Kraftfahrzeug ummelden - nach einem Umzug nach Berlin
Kraftfahrzeugkennzeichen reservieren
Kulturförderung - aus dem Hauptstadtkulturfonds beantragen
Kulturförderung - Comic-Stipendium beantragen
Ladenöffnungszeiten - Ausnahmen aus besonderem Anlass beantragen
Lebenspartnerschaftsurkunde beantragen
Liegenschaftskataster - Auskunft/Auszug beantragen
Lohnsteuer anmelden
Mahn- und Vollstreckungsbescheid - im deutschen Mahnverfahren beantragen
Meldebescheinigung beantragen
Melderegisterauskunft online für Einzelabfrager
Melderegisterauskunft online für registrierte Nutzer (Mehrfachabfrager)
Neufahrzeug anmelden
Nivellementspunkte - Auskunft beantragen
Online - Abfrage des Eingangs einer Zulassungsbescheinigung Teil II bei der KFZ-Zulassungsbehörde (Bankbrief)
Online - Adressänderung in der Zulassungsbescheinigung Teil I (ZB I)
Online - Außerbetriebsetzung eines Kraftfahrzeugs oder Anhängers
Online - Feinstaubplakette beantragen
Online - Halterauskunft zu einem Kraftfahrzeug oder Anhänger beantragen
Online - Kraftfahrzeugkennzeichen reservieren - Wunschkennzeichen
Online - Mängelbeseitigung für das Kraftfahrzeug oder den Anhänger melden
Online - Neuzulassung eines Kraftfahrzeugs oder Anhängers
Online - Verkauf des Kraftfahrzeugs oder Anhängers melden
Online - Wiederezulassung eines Kraftfahrzeugs oder Anhängers

Online-Ausweisfunktion (eID) - nachträglich aktivieren
Online-Ausweisfunktion (eID) - PIN ändern / neu setzen
Online-Umschreibung eines Kraftfahrzeugs oder Anhängers
Parkausweis für Anwohner beantragen, umschreiben oder Verlust melden
Parkausweis für Handwerksbetriebe beantragen
Pfandleihgewerbe - Erlaubnis beantragen
Pflanzenschutz - Sachkundenachweis beantragen
Pflege-Wohngemeinschaften - Jahresmeldung einreichen
Problemstoffe (illegal) - Entsorgung
Rechtsanwaltskammer - Eintragung in die Pflichtverteidigerliste
Reisegewerbe - Ausnahme aus besonderem Anlass beantragen
Reisegewerbe - Erlaubnis beantragen
Reisegewerbe - Reisegewerbekartenfreie Tätigkeiten anzeigen
Rundfunkbeitrag / Beitragspflicht, Befreiung vom Rundfunkbeitrag
Sachverständige IHK - Öffentliche Bestellung und Vereidigung
Satellitenpositionierungsdienst (SAPOS) - Nutzung in Berlin beantragen
Schadensersatz geltend machen - Allgemeiner Schadensfall
Schadensersatz geltend machen - Kfz-Schäden
Schrott (illegal) - Entsorgung
Schwerbehindertenausweis - Ausstellung nach Verlust
Schwerbehinderung - Ausstellung des Beiblatts nach Verlust
Schwerbehinderung - Feststellungsverfahren
Solarpflicht - Befreiung beantragen
Sozialversicherung - Rentenantrag stellen
Sperrmüll (illegal) - Entsorgung
Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeiten - zum Unterrichtungsnachweis für Aufsteller anmelden
Sportförderung - Zuwendungen für nationale/internationale Sportveranstaltung beantragen

Sterbeurkunde beantragen

Strahlung - Betrieb von Anlagen melden, die nichtionisierende Strahlung zu kosmetischen / nichtmedizinischen Zwecken nutzen

Straßenbeleuchtung - Störung melden

Straßenrechtliche Sondernutzung - Aufstellen von Werbestelltafeln

Straßenrechtliche Sondernutzung Kran, Schrägaufzug, Lift, Hebebühne

Straßensondernutzung - Baustelleneinrichtung

Straßensondernutzung - Apothekenmast

Straßensondernutzung - Aufstellen von Fahrradständern

Straßensondernutzung - Baugerüst

Straßensondernutzung - Baugrubenverbau, Bohr- und Spundwand

Straßensondernutzung - Beleuchtung für Gebäude im Straßenland

Straßensondernutzung - Erker, Balkon, Werbeschild an Gebäuden

Straßensondernutzung - Fliegender Straßenhandel aus Verkaufsfahrzeugen

Straßensondernutzung - Großflächenwerbetafel

Straßensondernutzung - Herausstellen von Stehtischen vor eigenen Geschäftsräumen

Straßensondernutzung - Herausstellen von Tischen und Stühlen vor eigenen Geschäftsräumen

Straßensondernutzung - Herausstellen von Waren vor eigenen Geschäftsräumen

Straßensondernutzung - in gesperrten Bereichen von Demonstrationen

Straßensondernutzung - Kellerlicht- und Biereinwurfschacht

Straßensondernutzung - Kunstobjekt, Stele

Straßensondernutzung - Schrottcontainer

Straßensondernutzung - Straßenhandel aus Bauchladen

Straßensondernutzung - Uhrenkandelaber

Straßensondernutzung - Wahlplakate (DIN A 0)

Straßensondernutzung - Zirkuswerbung

Super-Ferien-Pass erwerben

Temporäre Familienhilfe beantragen
Tierkadaver (illegal) - Entsorgung
Übersetzer/in - Ermächtigung beantragen
Umsatzsteuer - Kleinunternehmer
Umsatzsteuer - Voranmeldung - Allgemeines
Umsatzsteuer - Voranmeldung - Dauerfristverlängerung
Umsatzsteuer - Voranmeldungen, Jahreserklärungen
Umschreibung eines zugelassenen Fahrzeuges mit Berliner Kennzeichen auf einen anderen Halter
Unfallversicherung - Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft anmelden
Urkunden - Ausstellung - Eheurkunde bei Eheschließung im Ausland oder in einem ehemaligen deutschen Gebiet
Urkunden - Ausstellung - Geburtsurkunde bei Geburt im Ausland oder in einem ehemaligen deutschen Gebiet
Urkunden - Ausstellung - Lebenspartnerschaftsurkunde bei Lebenspartnerschaft im Ausland
Urkunden - Ausstellung - Sterbeurkunde bei Sterbefall im Ausland oder auf deutschen Seeschiffen
Vermittlerregister - Auskunft beantragen
Versicherungsberater - Erlaubnis beantragen
Versicherungsberater bzw. Versicherungsvermittler - zur Sachkundeprüfung anmelden
Versicherungsvermittler - Erlaubnis beantragen
Versicherungsvermittler produktakzessorisch - Befreiung von der Erlaubnispflicht beantragen
Versteigerergewerbe - Anzeige Veranstaltung einer Versteigerung
Versteigerergewerbe - Erlaubnis beantragen
Waffenbesitzkarte (gelb) für Sportschützen
Waffenbesitzkarte (grün) - Standard
Waffenbesitzkarte (rot) für Sammelnde und Sachverständige
Waffenrecht - Erlaubnis zum Betrieb einer ortsfesten Schießstätte beantragen/ändern
Waffenrecht - Erlaubnis zum Betrieb einer ortsveränderlichen Schießstätte beantragen/ändern
Waffenrecht - Ersatzausfertigung von Dokumenten beantragen
Waffenrecht - Erwerb von Waffen mitteilen

Waffenrecht - Europäischen Feuerwaffenpass beantragen/verlängern
Waffenrecht - Kleinen Waffenschein beantragen
Waffenrecht - Munitionserwerbsschein beantragen
Waffenrecht - Stellvertretungserlaubnis für Waffenhandel/Waffenherstellung beantragen
Waffenrecht - Überlassung von Waffen mitteilen
Waffenrecht - Verbringungserlaubnis beantragen
Waffenrecht - Verlust von Waffen, Munition oder Dokumenten melden
Waffenrecht - Waffenhandelserlaubnis beantragen
Waffenrecht - Waffenherstellungserlaubnis beantragen
Waffenrecht - Waffenschein für Bewachungsgewerbe beantragen/verlängern
Wahlen - Briefwahlunterlagen beantragen
Wanderlager anzeigen
Wasser - Befreiung/Beschränkung vom Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Wasserversorgung beantragen
Wiedenzulassung eines Kraftfahrzeuges ohne Halterwechsel beantragen
Wilder Müll (illegal) - Entsorgung
Wohngeld - Lastenzuschuss beantragen
Wohngeld - Mietzuschuss beantragen
Zulassung eines außer Betrieb gesetzten Fahrzeuges mit Berliner Kennzeichen auf einen anderen Halter
Zulassung eines Fahrzeuges mit auswärtigem Kennzeichen mit Halterwechsel
Wasserversorgung beantragen
Wiedenzulassung eines Kraftfahrzeuges ohne Halterwechsel beantragen
Wilder Müll (illegal) - Entsorgung
Wohngeld - Lastenzuschuss beantragen
Wohngeld - Mietzuschuss beantragen
Zulassung eines außer Betrieb gesetzten Fahrzeuges mit Berliner Kennzeichen auf einen anderen Halter
Zulassung eines Fahrzeuges mit auswärtigem Kennzeichen mit Halterwechsel

4. Umsetzungsbericht EGovG Bln

Hier: Die Dezentrale Verwaltungsmodernisierung (Fachdigitalisierung)

- Zum Stichtag 31.12.2022 -

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
Senatskanzlei

BERLIN



Inhalt

1	<i>Entwicklung und Status der Digitalisierungsvorhaben im Land Berlin: Dezentrale Maßnahmen / Fachdigitalisierung</i>	2
1.1	Vorhaben der Ressorts	2
1.2	OZG Leistungen der Ressorts	34
1.3	Fachverfahren der Berliner Verwaltung: Bestand*	43

1 Entwicklung und Status der Digitalisierungsvorhaben im Land Berlin: Dezentrale Maßnahmen / Fachdigitalisierung

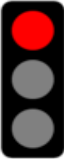
1.1 Vorhaben der Ressorts

*Quelle Abfrage 03/23

Die Übersicht der digitalen Projekte in den Ressorts spiegelt die gesamte Bandbreite und die Vernetzung der Vorhaben wider.

Es zeigt sich, dass neben den großen Fachverfahrensprojekten, den verfahrensunabhängigen Infrastrukturprojekten, den partizipativen Angeboten, auch die Digitalisierung innerhalb der Verwaltung breit angegangen wird.

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Senatskanzlei		
Auf- und Ausbau der Datenkompetenz der Berliner Verwaltung DASH	Die Datenkompetenz - dies umfasst Daten erfassen, auswerten und darstellen sowie evidenzbasierte Entscheidungen treffen - in der Berliner Verwaltung soll ausgebaut werden. Dazu wird die Vereinbarung der Skzl mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zur Beratung und Unterstützung der Berliner Verwaltung bei der Datenaufbereitung sowie der -pflege, bei Befragungen und beim datengestützten Monitoring fortgeführt. Im Rahmen dessen wird eine gemeinsame Dashboard-Lösung aufgebaut	
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie		
Datenbank der schulpsy. und inklusionspäd. Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ)	Datenbank zur Erfassung, Prozessbegleitung und Bescheiderstellung von Feststellungsverfahren von sonderpäd. Förderbedarf	
EBiG	IT-Umsetzung des Fachverfahrens zum Erwachsenenbildungsgesetz Berlin zur Anerkennung und Förderung von anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
web@VHS	IKT-konformer Umbau der Website der Berliner Volkshochschulen Prozesse zur Kurssuche, -buchung und -bezahlung sollen im Web neu angeboten und auf eine modere Webanwendung umgestellt werden. Zugleich wird das Fachverfahren in eine 3-Schichtigkeit umgebaut, das Frontend nach der „mobil first“-Strategie aufgebaut und der Basisdienst ePayment zur Zahlungsabwicklung vorgesehen.	
checkIT@VHS	IKT-konformer Umbau des IT-Fachverfahren in den Berliner Volkshochschulen. Zusätzlich werden die Leistungsfähigkeit und die Bedarfe geprüft sowie technologischen Standards genutzt.	
Aus-, Fort- und Weiterbildungsdatenbank (AFW-DB)	Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften/ päd. Personal wird durch verschiedene IT-Fachverfahren verwaltet. Diese sollen in ein neues Fachverfahren zusammengeführt werden.	
Berliner Schulportal	Das Berliner Schulportal ermöglicht mit einer einmaligen Anmeldung (Single-Sign-On) einen personalisierten, strukturierten und prozessorientierten Zugang zu digitalen Werkzeugen, digitalen Fachverfahren, digitalen Bildungsmedien und Serviceangeboten, die von den Schulen, der Schulaufsichtsbehörde, den Schulbehörden (Schulträger), den Schülerinnen und Schülern, den Erziehungsberechtigten sowie von außerschulischen Kooperationspartnern für pädagogische und administrative Aufgaben genutzt werden.	
Digitale Kopie von Zeugnissen	Für Bewerbungen (Uni, Schulen, Ausbildungsbetrieb, usw.) können Schülerinnen und Schüler eine digitale Kopie von Abschlusszeugnissen mit definierter Schnittstelle und Zertifizierung	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	übergeben werden. (OZG-Leistung in Zusammenarbeit mit Sachsen-Anhalt).	
Digitale Ausweise/ Schulbesuchsbescheinigungen für Schülerinnen und Schüler	In einem Gemeinschaftsprojekt mit dem ITDZ, TU Berlin und SenWiEnBe werden derzeit Möglichkeiten zur Digitalisierung von Ausweisen/ Bescheinigungen für Schülerinnen und Schüler erkundet.	
An-/Ummeldung von Schulerinnen und Schüler online	In einem Gemeinschaftsprojekt mit „digitaler Antrag“ werden derzeit die Möglichkeiten geschaffen, dass die Sorgeberechtigten die Anmeldung bei Einschulung und Anmeldung an weiterbildende Schule online ermöglicht wird.	
Mobile Endgeräte für pädagogische Beschäftigte an Schulen	Lehrkräfte und weiteres pädagogisches Personal werden mit einem mobilen Endgerät ausgestattet. Dabei wird ein zentrales Management eingerichtet und entsprechende Servicestrukturen aufgebaut. Zubehör und Ersatzgeräte werden bereitgestellt.	
Mobile Endgeräte für Schülerinnen und Schüler	Schülerinnen und Schüler werden mit einem mobilen Endgerät ausgestattet. Dabei wird ein zentrales Management eingerichtet und entsprechende Servicestrukturen aufgebaut. Zubehör und Ersatzgeräte werden bereitgestellt.	Keine Angabe
zentrales Mobile-Device-Management System	Zur Konfiguration, Steuerung, Administration und Betrieb der mobilen Endgeräte dient ein zentrales Mobile-Device-Management. System, welches Service, Support und Wartung der Geräte ermöglicht.	
Lernmanagementsysteme	Digitale Lernmanagementsysteme (Lernraum Berlin und itslearning) werden den Schulen zentral zur Verfügung gestellt.	Keine Angabe
Tools für die digitale Kommunikation in Schule	Über das Schulportal stehen Tools zur digitalen Kommunikation den Schulen zur Verfügung: Mail, Messenger, Kalender, Adressbuch	Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Bereitstellung Digitaler Werkzeuge für Schulen	Über das Schulportal stehen digitale Werkzeuge den Schulen zur Verfügung. Für das digital gestützte Lernen sind der Betrieb eines Videokonferenzsystems sowie Online-Office (zum Beispiel Textverarbeitungs-, Tabellenkalkulations-, Präsentationsprogramm) und Dateiablage unerlässlich. Lizenzkosten inkl. 2nd und 3rd Level Support	Keine Angabe
Bereitstellung Digitaler Bildungsmedien für Schulen	Über das Schulportal stehen digitale Bildungsmedien den Schulen zur Verfügung Bettermarks: Bereitstellung von Content (digitalen Bildungsmedien) mit einer Landeslizenz zur Förderung im Bereich Mathematik. Mathematiksoftware. Verbesserung der Mathematikleistungen mit Hilfe adaptiver Tests sowie Übungen von Klasse 4-13 (auch Nutzung für Berufliche Schulen (Berufsfelder) in der Entwicklung) inkl. Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Service und Support.	Keine Angabe
Passive Infrastruktur für Schulen	Bereitstellung eines Mehr-Partner-Rahmenvertrages zur Unterstützung der Schulträger beim Netzwerkausbau	Keine Angabe
Aktive Netzwerkkomponenten und WLAN für Schulen	Bereitstellung eines Rahmenvertrages zur Unterstützung der Schulträger bei der Ausstattung von Schulstandorten mit WLAN	Keine Angabe
Breitbandausbau an öffentlichen Schulen	Breitbandausbau inkl. der notwendigen Begleitmaßnahmen der Berliner Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Grundvoraussetzung für digital unterstütztes Lernen ist der Anschluss jeder Berliner Schule an das 1Gbit-Netz. Anschluss aller allgemeinbildenden Schulen bis spätestens 09/2025. Berufsbildende/zentralverwaltete Schulen sind bereits angeschlossen.	
Programmmanagement beim ITDZ zu WLAN und Breitband	Um die Leistungsabrufe effektiv und wirtschaftlich umzusetzen, ist das ITDZ	Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Berlin mit der Programmleitung für die Leistungsfelder Breitbandanschlüsse und WLAN sowie die Schnittstelle zum Leistungsfeld passive Infrastrukturverkabelung beauftragt. Der Umfang des Vorhabens (mehrere Jahre, hohe Investitionen, hunderte Schulen, zahlreiche Stakeholder mit heterogenen Anforderungen) erfordert eine Programmleitung zur übergreifenden Koordination. Unter anderem wird mittels standardisierter Prozesse die Zusammenarbeit der Beteiligten vereinfacht und beschleunigt. Bisherige Erkenntnisse aus einer beauftragten Vorbereitungsphase wurden transferiert.	
pädagogische Schulserver	Im edukativen (Netz-)Bereich der Schulen stellen pädagogische Schulserver den Einsatz der IKT sicher. Diese ermöglichen das dezentrale Management der eingesetzten Computer in der Schule und bieten weitere pädagogische Einsatzmöglichkeiten bereit (z. B. Klausurmodus und Bildschirmfreigabe).	
IT-Experten und IT-Wartung in den Schulen	Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der IT-Infrastruktur in den allgemeinbildenden Schulen. Mehr aufgrund des starken Zuwachses an Endgeräten in den Schulen sowie der Ausbau von LAN und WLAN und die damit verbundene stärkere Nutzung ist ein Ausbau IT Wartung notwendig. Ausbau der bestehenden IT-Wartung unabhängig von der Zusatzvereinbarung „Administration“ zum DigitalPakt, die sich nur an die durch den DigitalPakt Schule geförderte IT richtet.	Keine Angabe
zentrale Bildungsserver	Hosting und Betrieb der Infrastruktur für zentral bereitgestellte Dienste wie Lernraum und Schulportal: ZIB und PaaS beim ITDZ	Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Übergang Schul-IKT zum ITDZ (Vorprojekt)	Gemäß EGovG Berlin muss die schulische IT ins ITDZ migrieren. Die Lehrkräfte und das pädagogische Personal sind nicht im Berliner Landesnetz.	Keine Angabe
Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT, Schulungen der Lehrkräfte und des päd. Personals i.V.m. mobilen Endgeräten	Für die Durchführung von Unterricht inklusive Vor- und Nachbereitung durch die Lehrkräfte sowie die digitale Kommunikation werden Lehrkräften und pädagogischem Personal mobile Endgeräte zur Verfügung gestellt. Mit der Einführung der Endgeräte hat eine Schulung in der technischen Nutzung sowie dem 1rd Level Support zu erfolgen. Kosten für die Fortbildung bei Einführung der Geräte und laufende Schulungen für neue Dienstkräfte.	Keine Angabe
DigitalPakt Schule	Zur Verfügung stehenden Bundesmittel aus dem Digitalpakt Schule sowie dem Zusatzprogramm II „IT-Administration“. Mit den Ausgaben soll die digitale kommunale Bildungsinfrastruktur gestärkt (DigitalPakt Schule) sowie die Administration der IKT in den Schulen sichergestellt werden. Die erforderliche Kofinanzierung erfolgt aus den in den Bezirken und dem Einzelplan 10 für die Digitalisierung veranschlagten Ausgaben.	Keine Angabe
Digitalisierung der Berliner Jugendhilfe	Einführung einer Standardsoftware für die Rechtsgebiete der Jugendhilfe	
Digitalisierung des Antrags auf Unterhaltsvorschuss	OZG Maßnahme UV-Onlineantrag unter Verwendung des Basisdienst Digitaler Antrag (BDA)	

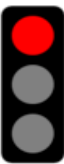
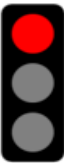
Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Externes Datenbackup und Verbesserung der Informationssicherheit (Backup Extern)	In den Jahren 2020/2021 wurde eine systematische Sicherheitsanalyse (Grundschutzchecks) der Basis-IT zur Erarbeitung des Standortsicherheitskonzeptes auf Basis des BSI IT-Grundschutzstandards durchgeführt. Insgesamt wurden dabei alleine 300 offene Punkte identifiziert und dem Verantwortungsbereich der IT-Stelle zugeordnet. In diesem Projekt sollen erste wichtige Quellen für Informationssicherheitsrisiken beseitigt werden.	
Arbeitsplatztransformation	Umstellung aller Standartarbeitsplätze von SenBJF auf mobile Thin Clients. Die ITK-Steuerung hat im Rahmen der Covid19-Pandemie die Umsetzung der One-Device-Strategie für alle Arbeitsplätze des Landes deutlich forciert. Die Transformation aller Arbeitsplätze und Prozesse im Rahmen eines konzertierten Projekts ist daher unabdingbar.	
Migration der vulT neu unter dem Projektnamen "OneIT@Berlin"	Migration der vulT gemäß Vorgaben der IKT-Steuerung des Landes Berlin und EGovG Bln Basierend auf dem Behördenprojektauftrag vom 03.08.2021	
Modernisierung Ticketsysteme SenBJF	Im Haus SenBJF werden seit vielen Jahren verschiedene elektronische Ticketsysteme betrieben, die die jeweiligen Einrichtungen (Abt. ZS, ISBJ, eGoc@School, JBA) bei der Bearbeitung eines hohen Aufkommens an Supportanfragen unterstützen. Die dafür aufgebaute Betriebsumgebung sowie die Software des Ticketsystems sollen in diesem Projekt modernisiert werden. Dabei sollen neue Produkteigenschaften implementiert und die Systeme besser auf die jeweiligen Bedarfe der Einrichtungen angepasst werden, um eine höhere Effizienz und	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Anwenderfreundlichkeit zu erreichen. Ebenfalls wird das Betriebs- und Sicherheitskonzept für die Systeme nach aktuellen Standards erstellt.	
Einführung Webkonferenztool BigBlueButton (BBB)	Das bisher verwendete WebEx-System soll durch das Open-Source-Webkonferenzsystem „BigBlueButton“ abgelöst werden.	
Makrosignierung	Kleinstanwendungen, betrieben auf Basis von MS Access oder nicht-signierten Makros, werden identifiziert, ggf. signiert oder IKT-konform abgelöst.	
Access-Ablösung	Kleinstanwendungen, betrieben auf Basis von MS Access oder nicht-signierten Makros, werden auf IKT-konforme, webbasierte IT-Lösungen umgestellt.	
Digitale Akte SenBJF	Umsetzung der Digitalen Akte in der SenBJF. Beinhaltet auch DIP (ehemals DIM).	
Familienportal	Im Rahmen der Umsetzung des Familienfördergesetzes soll die Angebotsform 5 "mediale Angebote" zukunftsweisend ausgebaut werden. In diesem Zuge soll dem bestehenden Berliner Familienportal eine erweiterte, bzw. neue Bedeutung als zentrales Medium der Information, des Services und der Orientierung von Familien sowie die Förderung der elterlichen Kompetenzen zukommen. Das Portal soll in die Gesamtkommunikation der SenBJF eingebunden werden.	Keine Angabe
Senatsverwaltung für Finanzen		
SoFinData (Prototyp und Evaluation)	Aufbau einer gemeinsamen Datenanalyseplattform für die Bereiche Eingliederungshilfe (EGH), Pflege und Hilfen zur Erziehung (HzE) als Planungsgrundlage für eine integrierte Sozial- und Finanzplanung	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
AxA (Arbeit mal anders) (Stufe 1 und 2)	Agile Arbeitsumfelds-Gestaltung und prototypische Etablierung einer neuen Arbeitskultur in der Berliner Verwaltung für flexibles, mobiles und digitales Arbeiten	
Digitalisierung des Prozesses Zeiterfassung (Entwicklung zur Digitalisierungsplattform intrex)	Planung und Implementierung einer digitalen Lösung zur Erfassung und Freigabe/Verarbeitung der Zeiterfassung Beschäftigter der SenFin	
Broschüre 2.0	Überführung der Broschüre „Was kostet wo wieviel“ in ein modernes, webbasiertes, flexibles Format.	
Shared Service des LVwA	Start des Projektes zur Erhebung und Optimierung der Personalprozesse im Bereich der Hauptverwaltung (Shared-Service des LVwA)	
BDA-Anträge nach InfSchG	Schnittstelle zur E-Akte für die medienbruchfreie Verarbeitung der "Corona-Anträge" nach Infektionsschutzgesetz	
Digitalisierung Stellenbewertungsverfahren	Implementierung einer digitalen Lösung zur vollständigen Bearbeitung von Stellenbewertungen	
Digitalisierung Dienstreisemanagement	Implementierung einer digitalen Lösung zur vollständigen Bearbeitung einer Dienstreise von Antrag zu Abrechnung	
BSO 2.0(Entwicklung zur Digitalisierungsplattform intrex)	Planung und Implementierung einer digitalen Lösung zur Erfassung und Auswertung aller Schulbaumaßnahmen mit definierten finanzpolitischen, bautechnischen und schulfachlichen Variablen	
Entwicklung eines Prüfschemas für die Vergabe von Erbbaurechten	Entwicklung und Implementierung eines digitalen Prüfschemas für die Vergabe von Erbbaurechten	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Optimierung des landesweiten Prozesses Wissenstransfer	Optimierung des landesweiten Prozesses Wissenstransfer	
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales		
Digitales Willkommenszentrum	Mit verschiedenen Maßnahmen sollen die Beratungsangebote des Willkommenszentrums ausgebaut werden: 1. So wird derzeit geprüft, ob eine rechtssichere Online-Beratung möglich ist. 2. Das digitale Beratungsangebot "Neu in Berlin" in Kooperation mit dem Träger Minor verfolgt das Ziel, "digital Streetwork" zu betreiben, um Ratsuchende aufsuchend in ihren Communitys (z.B rumänische Social-Media-Kanäle) zu beraten, auf Angebote zu verweisen und auf Fakenews zu reagieren - in enger Absprache mit dem Willkommenszentrum.	
Partizipation Digital	Etablierung eines interinstitutionellen, digitalen Informationssystems im Land Berlin. Ziel: bestehende Organisationsstrukturen im Bereich Informationsmanagement und -veröffentlichung zu verbessern, um die gesellschaftliche Teilhabe von Berliner*innen mit Migrationsgeschichte aus Drittstaaten nachhaltig zu stärken. Ein anderes Ziel des Projekts wird die Errichtung eines mehrsprachigen Apps sein.	
Digitales Tariffreuregister	Aus mehr als 500 Tarifverträgen des Landes sind Tariffinformationen zu bisher 50 Wirtschaftsbereichen im Online-Tariffreuregisters des Landes Berlin veröffentlicht. Mit dieser Einrichtung sollen Tarifvertragsinhalte noch stärker als bisher Beachtung finden und Maßstab für die Arbeitsbedingungen in den vom Land Berlin geförderten Einrichtungen sein.	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Update Fachsoftware BiOn zur Anerkennung nach BiZeitG und Anpassung für Anerkennung nach BetrVG	„Pflege, Wartung, & Serverbetrieb sowie Weiterentwicklung der Fachsoftware BiOn zur Anerkennung von Bildungsveranstaltungen nach BiZeitG BiOn 2.0 und BetrVG - BeOn“	
Ablösung fachlicher Access-Datenbanken im Politikfeld Arbeit	Ablösung von 8 Access-Datenbanken, die als fachliche Unterstützung der Prozesse dienen	
AFBG Digital	Digitaler Antragsassistent für Online-Beantragung von AFBG-Leistungen (weitgehend einheitlich für alle Länder, medienbruchlose Beantragung von AFBG-Leistungen).	
AFBG Heizkostenzuschuss	Modul zur Ermittlung der Heizkostenzuschussberechtigten im Bereich AFBG, Bescheiderstellung und Zahlbarmachung des einmaligen Heizkostenzuschusses nach Heizkostenzuschussgesetz.	
Weiterentwicklung Vertragssachbearbeitung	Erhebung der hiesigen Geschäftsprozesse des Vertragssachbearbeiter-Bereichs in der Eingliederungshilfe mit dem Ziel, hieraus SOLL-Prozesse zu konzipieren und dieses zu guter Letzt möglichst in allen Schritten bzw. Aktivitäten in der Praxis zu digitalisieren. Leistungspaket bestehend aus 4 Arbeitspaketen (AP).	
Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung (GStU)	Eine IT-gestützte, bedarfsgerechte Unterbringung wohnungsloser Menschen (unabhängig von Rechtskreis und Herkunft) in qualitätsgesicherten Unterkünften.	
Weiteranwendung der Statistiksoftware für Schuldner- und Insolvenzberatung (InsOStat)	Erhebung von Daten aus den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen und Weiterleitung an das Statistische Bundesamt gemäß Überschuldungsstatistikgesetz sowie zur Datenübermittlung an die Bezirke im Rahmen der KLR	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Gratulationsdatenbanken der Sozialkommissionen	Vorbereitung der Ablöse der von den Berliner Bezirken zur Bearbeitung der Gratulations- und Jubilarsdatenbanken verwendeten IT-Kleinstverfahren	
Interims-Digitalisierung der Betreuungsbehörden	Vorhaben zur Unterstützung der sieben Berliner Betreuungsbehörden ohne Fachsoftware bei der dezentralen Beschaffung einer Fachsoftware, damit bis Ende 2022 alle Betreuungsbehörden digital arbeiten können und damit den Großteil der GPO-Ergebnisse implementieren können	
Digitalisierungsstrategie für das Politikfeld Soziales	Entwicklung einer umfassenden Digitalisierungsstrategie für alle Fachprozesse im Politikfeld Soziales, inkl. Zeit- und Maßnahmenplan, Matching Prozess- und Verfahrenslandkarte, Einbeziehung von Sozialämtern und nachgeordneten Behörden, Nutzung von Synergieeffekten	
Elektronische Abrechnung mit der Sozialwirtschaft	Verarbeitung der in den Sozialämtern eingehenden Rechnungen insbes. betr. Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, für Leistungen i.H.v. ca. 1,5 Mrd. €/Jahr in ca. 1 Mio. Rechnungsvorfällen/Jahr.	
Blended Learning für die IT-Fachverfahren im Politikfeld Soziales	Ertüchtigung der Qualifizierungsmaßnahmen für die Anwendung von IT-Fachverfahren im Politikfeld Soziales für moderne Bedarfe, d.h. Abkehr von Präsenzkursen in der VAK als alleinigem Mittel hin zu "Blended Learning" mit sinnvoll gemischtem Einsatz von online-Methoden und Präsenzkursen	
Aufbau von Auswertungs- und Veröffentlichungssystemen für soziale Daten (BASIS-BI, PAASoDat, SIS)	strukturelle Basis für die verbesserte Auswertung, Darstellung, Berichterstellung und Veröffentlichung (OpenData) von sozialen Daten; technische Grundlage für die integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung.	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Projekt Sozialhilfeportal (SHP)	Online-Annahme von Anträgen und Schriftstücken an die Sozialverwaltung, OZG-Umsetzung im Politikfeld Soziales ("SHP-extern"); Geschäftsprozessbearbeitung, insbes. Antragsbearbeitung, in der Sozialverwaltung ("Prozess-Container", "SHP-intern"); perspektivisch Bescheidzustellung ("Rückkanal")	
Einführung des IT-Fachverfahrens SERiD für die Antragsbearbeitung und Leistungserbringung in den Arbeitsbereichen des Sozialen Entschädigungsrechts (SER)	Im Rahmen des vollständigen Inkrafttretens des neuen SGB XIV sind bisherige IT-Fachverfahren abzulösen und ein aktuelles, das neue SGB XIV unterstützendes IT-Fachverfahren einzuführen. Das geschieht in diesem Fall im Rahmen einer Bundesländer übergreifenden Kooperation, bei der durch die einzelnen Bundesländer neben einer finanziellen Beteiligung an der Programmierung der SW kooperative Beiträge zu erbringen sind und die Einführung des Fachverfahrens im eigenen Bereich zu projektieren und umzusetzen ist.	
Einführung Basisdienst Digitale Akte, bzw. Umsetzung des Ressort-Projekts "E-Akte Ready"	Einführung der Digitalen Akte zunächst für den Leistungsbereich und anschließend für das gesamte Amt.	
Einführung eines Kundenmanagementsystems für die Verwaltung der Stammdaten von Geflüchteten und Ablösung der PIK-Software des Bundes	Markterkundung, Anforderungserhebung und Vorbereiten der Ausschreibung eines Systems für die Einführung in den ITDZ Betrieb und in die Prozesse des LAF	
Digitalisierung von Personalprozessen	Einführung elektronischer Prozesse zur Urlaubsplanung, Abwesenheiten, Telearbeit und mobiler Arbeit, Zeiterfassung, Platzbuchung, Ressourcenverwaltung in Abstimmung mit der Politikfeldverantwortlichen SenFin	
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport		
Umsetzung des OZG im LEA	Einführung des digitalen Antrags für Aufenthaltstitel unter Nutzung des IKT-Basisdienstes "Digitaler Antrag"	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Digitalisierung von Siegellisten	Digitalisierung von Siegellisten bzw. des Siegelregisters für Beglaubigungen im Bereich der Apostillen und Vorbeglaubigung zur Ausstellung einer Legalisation	
Optimierung und Digitalisierung der Poststelle	Optimierung und Digitalisierung der Poststelle	Keine Angabe
Optimierung und Digitalisierung im Bereich der Abteilung „Zentraler Service“	Optimierung und Digitalisierung im Bereich der Abteilung „Zentraler Service	
eWarenhaus Berlin	Digitalisierung der Bestellabrufe aus dem Sammelbestellverfahren (SBV) des LVwA mittels Webshop (eWarenhaus) - Erweiterung des Vorhabens auf weitere Ebenen der Berliner Verwaltung (Hauptverwaltungen, Bezirke weitere Landeseinrichtungen)	
Virtuelles Trainingszentrum	Die Akademien der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr arbeiten nahezu identisch unter ähnlichen Rahmenbedingungen: hohe Teilnehmerzahl, begrenzte Ressourcen und hoher Fortbildungsbedarf der operativen Einsatzkräfte.	
Optimierung und Weiterentwicklung der Datenmanagement- und Datenanalyse-Infrastruktur	Optimierung und Weiterentwicklung der Datenmanagement- und Datenanalyse-Infrastruktur Berliner Feuerwehr	
Telemedizinische Anbindung der Rettungsmittel in der Berliner Notfallrettung	Gemäß Vorgabe des Berliner Rettungsdienstgesetzes ist zum 01.04.2021 der Berliner Telenotarztdienst in den Regelbetrieb eingeführt worden. Um die volle Funktionalität dieses Systems nutzen zu können, ist die entsprechende digitale Anbindung an die Rettungsmittel der Berliner Notfallrettung Voraussetzung.	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Digitale Funktionsplanung	Bei der Planung der Funktionen der Berliner Feuerwehr und ihrer vielfältigen Aufgaben müssen alle gesetzliche Vorgaben und Regeln eingehalten werden. Der Mix aus Vorschriften, Regeln, verschiedenen vertraglichen Standard Wochenarbeitszeiten, Qualifikationen und Einschränkungen der Mitarbeiter, Krankenstände, Weiterbildungen und sonstigen Umständen machen eine Planung der Funktionen zu einer komplexen Aufgabe.	
Digitales medizinisches Qualitätsmanagement	Optimierung des Prozesses des medizinischen Qualitätsmanagements sowie digitale Nutzarmachung der anfallenden Daten und Informationen im Rahmen der digitalen Berichtserstattung für das medizinische Qualitätsmanagement bei der Ärztlichen Leitung Rettungsdienst nach § 5b Abs. 1 und 2 RDG für die Berliner Notfallrettung.	
Notrufbearbeitung	Optimierung digitales Wissensmanagement SNA (Standardisiertes Notrufabfrageprotokoll)	
OSiP	Nutzung einer durch NRW bereitgestellten Plattform durch Berliner Erkenntnis- und Genehmigungsstellen. Medienbruchfreier elektronisch, verschlüsselter Austausch einheitlicher Datenformate (Antragstellung und Erkenntnismitteilung) zwischen Behörden, Unternehmen und Erkenntnisstellen. OSiP fungiert hierbei als Schnittstellen-Verteilsystem (z. B. BZR, ZStV, GZR) zum Zwecke der Abbildung der Prozesse der Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen (keine manuelle Durchführung mehr, kürzeres Antwort-Zeit-Verhalten, Erhöhung der Datenqualität).	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Transparente Sportstättenvergabe 3.0	Schaffung von Sportstättentransparenz, externe Vergabebegleitung, Aufbau einer Stammdatenbank	
Optimierung und Verknüpfung der Vereinsdatenbank mit dem Geschäftsprozess Sportstättenvergabe 3.0	Optimierung und Verknüpfung der Vereinsdatenbank mit dem Geschäftsprozess Sportstättenvergabe 3.0	
DigiBüD	Ziel des „Programms Digitalisierung der Ämter für Bürgerdienste - DigiBüD“ ist die digitale Bereitstellung von Dienstleistungen der Ämter für Bürgerdienste. Projekte im Rahmen des Programmes zahlen auf das 14-Tage-Ziel der Bürgerämter ein und bewirken immer eine Serviceverbesserung für Bürgerinnen und Bürger.	
Digitalisierung Dienstleistungen Standesämter	Zielsetzung des Projektes ist die Digitalisierung der Dienstleistungen mit dem Schwerpunkt auf der EfA-Nachnutzung. - Gemäß den Richtlinien der Regierungspolitik hat die Digitalisierung von Bürgerdienstleistungen oberste Priorität. Der Fachbereich Standesamt (sowie auch das Standesamt I im LABO) erbringen 105 antragsbasierte Dienstleistungen.	
Programm Digitalisierung Ordnungsämter	Durch eine Schaffung von Schnittstellen zwischen dem Fachverfahren der Polizei (POLIKs) sowie der Ordnungsämter (NOWI bzw. NOWI-neu) und des Amtes für Regionalisierte Ordnungsaufgaben (ScOWI) ließen sich nicht nur die Geschäftsprozesse optimieren, sondern auch die Bescheid Erstellung und die Möglichkeiten von Einsprüchen ließen sich beschleunigen.	

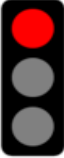
Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Chatbot Daisi	Einführung eines Content-Management als Wissensplattform in der IT-Verbindungsstelle	
Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung		
Elektronische Gerichtsakte	Die Einführung der elektronischen Gerichtsakte	Keine Angabe
Haftraummediensystem	insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Gefangenen damit digital mit den Bediensteten kommunizieren können);	Keine Angabe
eKlausur	Ab Dezember 2023 können Referendar*innen in Berlin und Brandenburg die jeweils fünfstündigen schriftlichen Prüfungen im zweiten juristischen Staatsexamen auch am Computer und nicht wie bisher nur handschriftlich anfertigen. Hierfür werden den Kandidat*innen in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin PC-Arbeitsplätze mit einem speziell angepassten Schreibprogramm zur Verfügung gestellt. Ein solches digitales Prüfungsformat ist zeitgemäß und entspricht der Arbeitsweise im späteren Berufsleben. Zudem wird durch ein einheitliches Schriftbild die Chancengleichheit erhöht und durch die Digitalisierung die Korrektur und Akteneinsicht vereinfacht. Perspektivisch sollen elektronische Prüfungen auch im ersten juristischen Staatsexamen (staatliche Pflichtfachprüfung) angeboten werden, wobei es aufgrund der hohen Zahl an Kandidat*innen noch einige logistische Herausforderungen zu überwinden gilt.	Keine Angabe
Projekt Digitalisierung der Jahresberichterstattung der Stiftungen im Rahmen der Stiftungsaufsicht:	1) Berliner Stiftungen müssen Ihre Jahresberichte in Form von diversen Formularen an die Stiftungsaufsicht übermitteln. Bislang erfolgt dies ausschließlich in Papierform. Mit der Digitalisierung der Jahresberichte soll es	Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	den Stiftungen ermöglicht werden, die Daten für die Jahresberichte in ein Online-Portal einzugeben, zu kontrollieren und dann an die Stiftungsaufsicht zur Prüfung zu geben. So soll zum einen der immense Anfall an Papieraufkommen reduziert werden, aber auch die Arbeit der Stiftungsaufsicht erleichtert werden.	
AniD-App	Entwicklung AntidiskriminierungsApp	Keine Angabe
Senatsverwaltung für Kultur und Europa		
Einführung des IKT-Basisdienstes Digitale Akte in der SenKultEuropa	Entsprechend des Berliner E-Government-Gesetzes §7 sollen alle Berliner Behörden ab dem 01.01.2025 ihre Akten elektronisch führen. Um die Digitale Akte erfolgreich einzuführen, müssen in der 1. Phase verschiedene Arbeitspakete bearbeitet werden, um die E-Akte-Readiness zu erlangen. Ab Frühjahr/Sommer gehen wir in die zweite Phase, die Einführungsphase, über. Um auch den steigenden Anforderungen nach IT-Sicherheit, Datenschutz und fachrechtlichen Vorgaben nachzukommen, halten wir es für sehr wichtig, dieses Projekt stark voranzutreiben und fristgerecht umzusetzen. Wir legen den Fokus hierbei auf eine offene Kommunikation und Einbeziehung aller Referate und verstehen das Projekt als Organisationsprojekt, bei dem das Akzeptanzmanagement eine große Rolle spielt. Wir erhoffen uns durch die Einführung der Digitalen Akte eine sichere, effizientere und modernere Arbeitsweise und erleichtern somit auch langfristig den Austausch unter den Behörden.	
eGo-Küf Umsetzungspaket II	Nachdem alle Funktionalitäten bis zur Ausreichung des Zuwendungsbescheides bei Projektförderungen umgesetzt wurden, sollte mit dem zweiten Umsetzungspaket die Projektbegleitenden Aspekte bis zur	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Abgabe des Verwendungsnachweises von Projektförderungen umgesetzt werden. Des Weiteren wurden verschiedene Automatisierungen zur Erleichterung der Benutzung und auf Basis des Feedbacks der Anwendenden integriert.	
eGo-Küf Umsetzungspaket III	Während der ersten Umsetzungspakete wurden weitere Zielinhalte für ein weiteres Umsetzungspaket gesammelt. Hierbei soll im speziellen eine Komponente für ein Controlling bei Projektförderungen umgesetzt werden. Weitere zentrale Themen sind die Nutzersteuerung sowie die Anbindung des Service Kontos Bund (Schriftformerfordernisse abbauen).	
eGo-Küf BDA Anbindung für Stipendienprogramme	Nachdem Ende 2022 das Pilot-Projekt BDA bei SenKultEuropa als klarer Fehlschlag anzusehen ist, soll im Laufe des Jahres 2023 ein neuer Versuch gestartet werden. Es sollen vor allem die Stipendienprogramme der Senatsverwaltung für Kultur und Europa zum BDA überführt werden. Voraussetzung hierfür die Behebung der technischen Schwächen des Systems sowie einiger grundlegender Aspekte wie eine Bestätigungs-Email über einen eingegangenen Antrag beim Antragstellenden. Weitere Aspekte wie die allgemeine Stabilität und das mehrmalige Zustellen von Anträgen sollten ebenfalls behoben sein.	
Geschäftsprozess Sammlungs- und Objektmanagement im Bereich der bezirklichen Museen und Archive	Laut des §10 des EGovG Bln müssen Verwaltungsabläufe digital verlaufen. Hierbei müssen Abläufe zunächst aufgenommen und optimiert werden durch das GPM. Für die Verwaltung der in den Museen und Archiven vorhandenen Objekte wurden die Prozesse analysiert und optimiert. In diesem Projekt geht es nun um die Implementierung einer Archiv- und	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Sammlungssoftware in den Regionalmuseen und Archiven der Bezirke. Die Arbeitsfähigkeit der Regionalmuseen wird durch eine fehlende Datenbank z.B im Bereich der Provenienzforschung eingeschränkt, weshalb dieses Vorhaben große Bedeutung inne hat. Aktuell wird die Vergabe eines Dienstleistungsauftrages zur Begleitung der Beschaffung und Einführung einer Software vorbereitet.	
Geschäftsprozessdigitalisierung "Künstler*innen- und Kulturförderung in den bezirklichen Kulturämtern	Laut §10 des EGovG Bln müssen Verwaltungsabläufe digital ablaufen. Hierzu werden und wurden die Verwaltungsprozesse im bezirklichen Kulturbereich in den Jahren 2021-2023 in Form von Prozesslandkarten erhoben. So entstand und entsteht ein Überblick über alle laufenden Prozesse. Infolgedessen priorisiert die SenKultEuropa derzeit, welcher der Prozesse die höchste Priorität für eine Prozessanalyse durch den Partnerbezirk Spandau und ggf. eine Digitalisierung hat. Diese Priorisierung ist nahezu abgeschlossen. Es zeichnet sich ab, dass die bezirkliche Künstler*innen- und Kulturförderung das größte Potential birgt. Wenngleich die Prozessanalyse durch Spandau keine zusätzlichen Kosten birgt, sei an dieser Stelle rechtzeitig auf den Finanzbedarf verwiesen, der im dann folgenden Teilprojekt zur Digitalisierung entstehen wird.	Keine Angabe
OZG-Umsetzung: Anträge auf Gewährung einer Ehrengabe durch die Deutsche Künstlerhilfe des Bundespräsidenten	Durch ein GPM-Projekt soll geprüft werden, ob die Informationsmaterialien und Anträge auf Gewährung einer Ehrengabe durch die Deutsche Künstlerhilfe des Bundespräsidenten auch digital angeboten werden können.	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
OZG Umsetzung: Anträge auf Bescheinigungen zur Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 20a UStG (künstlerische Tätigkeit) und § 4 Nr. 21 UStG (pädagogische Tätigkeit)	Es soll ein Onlinezugang zur Einreichung der Anträge auf Bescheinigungen zur Umsatzsteuerbefreiung geschaffen werden. Der Prozess wird in Kürze aufgenommen und anschließend analysiert.	
OZG Umsetzung: Projekte von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften fördern	Es soll ein Onlinezugang zur Einreichung der Anträge auf Projektförderung geschaffen werden. Der Prozess wurde aufgenommen und derzeit wird geprüft, ob er in dem existierenden Fachverfahren eGo-Küf abgebildet/digitalisiert werden kann.	
OZG Umsetzung: EU-Projekte fördern	Es soll ein Onlinezugang zur Einreichung der Anträge auf Projektförderung geschaffen werden. Der Prozess wurde aufgenommen und derzeit wird geprüft, ob er in dem existierenden Fachverfahren eGo-Küf abgebildet/digitalisiert werden kann.	
Kollaborations- und Digitalisierungsplattform Intrex	Neben dem berlinweiten Intranet b-intern wird für die interne Kommunikation und zur Abbildung von Low-Code Anwendungen (Ablösung Kleinstanwendungen) sowie Microservices (z.B. Digitale Urlaubskarte) die Einführung von Intrex projektiert. Hierbei wird auf bestehende Anwendungen diverser Senatsverwaltungen zurückgegriffen und auch gemeinsame Lösungen entwickelt.	
Aufbau eines Berliner Kulturkatasters	Mit den Richtlinien der Regierungspolitik für die aktuelle Legislaturperiode wurde die Konzeptionierung und ggf. Umsetzung eines "Kulturkatasters" beschlossen, welches der Sicherung und Schaffung von Räumen für Kultur dienen soll. Mit der Recherche und Konzeption - mit dem Ziel einer späteren Umsetzung des Kulturkatasters - ist die	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Kulturraum Berlin gGmbH betraut. Als digitales Werkzeug soll das Kulturkataster u.a. durch Verwaltung, Politik, Immobilienwirtschaft und Kulturakteur*innen gleichermaßen nutzbar sein. Es soll im Kern Bestände an Kulturräumen lokalisierbar, vergleichbar und visualisierbar machen. Idealerweise ist es zudem in der Lage, über Mehrjahresvergleiche Entwicklungen zu dokumentieren. Das zu entwickelnde Kulturkataster soll auf bestehende Datenbanken aufbauen.	
Basisdienst Digitale Archivierung	Nach dem ArchGB hat das Landesarchiv Berlin die Aufgabe, das Schriftgut der anbieterpflichtigen Stellen (u.a. der Berliner Verwaltung auf Senats und Bezirksebene, der landesunmittelbaren Stiftungen, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts u. weitere Stellen) dauerhaft zu erhalten, für die Nachwelt zu erschließen und für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dieser Auftrag gilt sowohl für analoges als auch digitales Schriftgut. Das zu schaffende IT-basierte Verfahren einer Aussonderung, Bewertung und Weiterleitung von elektronischem Schriftgut wird als IKT-Basisdienst "Digitale Archivierung" bezeichnet. Es soll sich bausteinartig in die Vielfalt anderer Fachverfahren einklinken und ist seit Februar 2020 Teil der vom IKT-Architekturboard festgesetzten "IKT-Architektur für das Land Berlin". Ohne den Basisdienst wird die Aussonderung, archivfachliche Bewertung und Bewahrung der elektronischen Materialien nicht bewältigbar sein.	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Denkmalschutzrechtliches Genehmigungsverfahren (eDG)	Fachverfahren für die Vorgangsbearbeitung bei den Berliner Denkmalbehörden (12 Bezirke, 2 Land) Umsetzung und Fortentwicklung	
Fachverfahren eDG - Projekt KiBaDoc	Einsatz von Künstlicher Intelligenz, um die historischen digitalen Datenbestände nachträglich automatisiert zu indexieren und barrierefrei zu machen.	
Fortschreibung Denkmalfachdatenbank	Kontinuierliche inhaltliche und technische Qualifizierung und Fortschreibung der Fachdaten	
OZG-Umsetzung, EfA-Projekt zur Digitalisierung von vier Antragsverfahren auf Ausfuhrgenehmigungen i.R. des Kulturgutschutzes	Beteiligung Berlins am EfA-Projekt zur Umsetzung der Digitalisierung von Anträgen auf Ausfuhrgenehmigungen im Rahmen des Kulturgutschutzes unter Federführung Hessens ggf. auch Beteiligung an der Entwicklung/Übernahme eines entsprechenden Fachverfahrens	
Einführung der Digitalen Signatur von Dokumenten	Voruntersuchung und perspektivische Bereitstellung einer Signaturkomponente zur Sicherstellung der Authentizität und Integrität einer Datei mittels der Komponente Governikus Signer (IKT-Architektur-konform).	
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen		
Anpassung des Wohngeldverfahrens zur Umsetzung der geplanten Wohngeldreform	Weiterentwicklung des Wohngeldverfahrens - zur Integration der zusätzlich Anspruchsberechtigten - zur antragslosen Auszahlung der erhöhten Wohngeldbeträge an die Bestandskunden	
Anpassung des Wohngeldverfahrens zur Umsetzung des geplanten zweiten Heizkostenzuschusses	Umsetzung des neuen Heizkostenzuschussgesetzes	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Anpassung des Wohngeldverfahrens zur Umsetzung der vom Senat beschlossenen Verlagerung des Berlinpasses aus den Bürgerämtern an die Leistungsstellen		
Elektronisches Bau- und Genehmigungsverfahren (eBG)	Das eBG unterstützt die Mitarbeitenden in den Berliner Bauaufsichtsbehörden (alle 12 Bezirke und SenSBW VI BA) bei der digitalen Bearbeitung aller bauaufsichtlichen Vorgänge. Bereits seit 2011 ist die Verfahrensauskunft für die Antragsteller produktiv. Die berlinweite Auskunft- und Beteiligungs-Plattform für die elektronische Zusammenarbeit beteiligter Behörden ist bereits vorhanden und behördenübergreifende Prozesse (z.B. Übergabe von Akten) können elektronisch abgewickelt werden. Für die häufigen bauaufsichtlichen Verfahren stehen seit 01.04.2022 Antragsassistenten online bereit. Einer der nächsten Meilensteine ist die elektronische Bescheidung.	
elektronische Baurechnungen	Einführung eines IT-gestützten GPs zur Annahme, Prüfung, Verarbeitung und Zahlbarmachung von Baurechnungen unter Nutzung des X-Rechnungsstandards	
elektronische Bauleitplanung, eBPlan	in Kooperation mit HH	
Vorgangsbearbeitung für städtebauliche Verträge		
Einführung der Berliner eAkte	entspr. Vorgaben zum E-Akte ready-Prozess	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Wohngeld	Ergänzung des bestehenden eAntrags um die automat. Melderegisterauskunft mit der BKN	
Bildungs- und Teilhabepaket	Online-Antragstellung	
Wohnberechtigungsschein (WBS) u.a. wohnungswirtschaftl. Bescheinigungen	Online-Antragstellung	
Anträge nach dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz	Online-Antragstellung	
Elektron. Übersendung der Immobilienkaufverträge von Notariaten an Gutachterausschuss	rd. 30.000 Kaufverträge jährlich; Nutzung des beBPo	
alle Antragsverfahren des Vermessungswesens in Vorbereitung mit dem BDA		
Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher-und Klimaschutz		
E-Friedhof	IT-Fachverfahren für die Friedhofsverwaltung	
eCites	Projekt Umsetzung eines optimierten und kundenorientierten eArtenschutz für Handels- und Nachzuchtgenehmigungen im Rahmen des Washingtoner Artenschutzabkommen (bekannt unter der Kurzform CITES: Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora)	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
BLUES (Berliner Lärmüberwachungssystem)	Datenbank Modul B(B) zur Bearbeitung der eingehenden Lärmbeschwerden aufbauend auf dem Fachverfahren GRIS	
Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung		
Ablösung Kleinstanwendungen	Ablösung der auf MS-Office sowie MS-Access basierenden Kleinstanwendungen	
Migration Warschauer Str.	Migration/Zentralisierung der vulKT zum ITDZ. Das Vorhaben wurde bereits vor Jahren zwischen der SKzL und dem ITDZ gestartet, leider aber nicht zu Ende gebracht. Mit der Übernahme des Standortes in die Verantwortung der SenWGPG wurde in Q2/2022 ein erneuter Anlauf gestartet.	
Pakt für den ÖGD	Die Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wird seit der Covid-Pandemie als Arbeitsschwerpunkt im PF Gesundheit bearbeitet. Das Vorhaben wird mit Mitteln des Bundes gefördert.	
PrAGe	Projekt im Anti-Gewalt-Bereich, Monitoring und Datenerfassung im Anti-Gewalt-Bereich	
Krankenhausinvestitionsförderung	Kontrolle der Krankenhausinvestitionsförderung, Ablösung eines auf MS-Access basierenden Fachverfahrens, wird mit Hilfe der vom ITDZ angebotenen Lösung (Access Migrator der Firma msg) entwickelt	
eLGGB	elektronischer Bericht nach dem Landesgleichstellungsgesetz, Projekt zur Digitalisierung des LGG-Berichts	
Pflegekompetenzfeststellungsverfahren	Zugang für Pflegeschulen und Bewerberinnen und Bewerber für eine verkürzte Ausbildung zur Pflegefachassistenz	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Ticket-Tool	Zur Unterstützung der aufzubauenden Servicestelle ist die Einführung eines web-basierten Ticket-Systems vorgesehen	
VMS	Vertragsmanagementsystem mit Funktionalitäten für die Planung, Auslösung und das Controlling von Beschaffungen in den Bereichen Facility-Management und GPM/IKT/Digitalisierung	
eAkte	Einführung der digitalen Akte; das Projekt wurde unterbrochen durch den Weggang zweier Mitarbeiter der Projektleitung und in Q2/2022 wieder aufgenommen	
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe		
Digitale Barrierefreiheit	Verankerung der digitalen Barrierefreiheit beim Web-Auftritt, Veröffentlichungen usw., aber ebenso auch im normalen Schriftverkehr. Projekt ist abhängig von Unterstützung seitens der SenInnDS. Pandemiebedingte Verzögerungen.	
Digitale Dienstkräfteverwaltung	Das Projekt "Digitale Dienstkräfte-Verwaltung" wird die verschiedenen (nicht-personalakten-relevanten) Prozesse der Beschäftigung digitalisieren: vom Onboarding bis zum Ausscheiden. Insbesondere werden die bisher per E-Mail oder schriftlich zugewiesenen "Ressourcen" digital im Portal abgebildet: IT-Infrastruktur, -Geräte (inkl. mobile Endgeräte, eAkte), Telefonie, Büro-Arbeitsplatz, Raum, Türschild, Name, Vorname, Stellenzeichen, Aufgabenbeschreibung usw. Ziele: die beteiligten Stellen erhalten und verwalten die erforderlichen Informationen in einem Rollen-/Rechtemodelle in einem System.	
Ablösung von Kleinstanwendungen in den Politikfeldern Wirtschaft, Energie und Betriebe	Die Nutzung von auf MS Office basierenden Applikationen (auch als Ersatz-/ Ergänzungsfachverfahren oder Kleinstanwendungen bezeichnet) ist laut	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	IKT-Architektur für das Land Berlin seit Juni 2021 nicht mehr zulässig. Ziel:- Koordinierung zur Ablösung der Kleinstanwendungen in anderen Senatsverwaltung und Bezirken der Politikern Wirtschaft, Energie und Betriebe- Ablösung der Kleinstanwendungen und Signieren von benötigten Makros in der SenWiEnBe	
Digitalisierung "Beteiligung Beschäftigtenvertretungen"	Ziel ist es, ein einheitliches (durchgängiges) digitalisiertes Verfahren zur Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen (BeschV) in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe mit Hilfe des eAkte-Systems VIS zu realisieren. Ein weiteres Ziel ist, diesen Prozess zu analysieren, zu dokumentieren und zu optimieren und darüber hinaus über einen Mustergeschäftsgang im eAkte System VIS abzubilden.	
Digitalisierung "Teilzeitantrag"	Ziel ist die Digitalisierung des in Papierform zu stellenden Teilzeitantrags. IST-Prozess und Ausgangslage sind dokumentiert, der SOLL-Prozess ist definiert. Das Projekt ruht solange die Entscheidung über das zu wählende IT-Tool zur digitalen Abbildung und Bearbeitung des Prozesses noch nicht getroffen ist	
Befreiung/Beschränkung vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 4 BerlBG	Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken, auf denen mehr als 150m³ Wasser verbraucht wird, sind nach § 4 des Berliner Betriebe-Gesetzes seit Ende 2007 verpflichtet, diese Grundstücke an die öffentliche Wasserversorgung anzuschließen. Bevor bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (Wasserbehörde) ein Antrag auf Brunnenbau gestellt werden kann, muss der Antrag auf Befreiung bzw. Beschränkung des Anschluss- und Benutzungszwangs an die öffentliche	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Wasserversorgung Berlins und deren Benutzung von SenWiEnBe positiv beschieden sein. Ziel ist die Digitalisierung des Antrags- und Bewilligungsverfahrens	
Meistergründungsprämie	Das Land Berlin fördert mit der Meistergründungsprämie (MGP) die nachhaltige Existenzgründung von hochqualifizierten Fachkräften des Handwerks und die Unternehmensnachfolge handwerklicher Gewerbe. Das Förderverfahren wird durch die Handwerkskammer (HWK) und SenWiEnBe - IV D 2 (Gewerbliche Förderpolitik) durchgeführt. Ziel ist es, den Antrag der MGP für die Nutzenden online bereit zu stellen, den verwaltungsinternen Prozess der Bearbeitung des Antrags zu optimieren sowie zu digitalisieren und ihn medienbruchfrei zu gestalten.	
Digitalisierung des Beschwerdemanagements der Börsenaufsicht des Landes Berlin	Ziel ist es, ein digitales und medienbruchfreies Beschwerdemanagement für die Börsenaufsicht auf dem Stadtportal Berlin.de zu implementieren und für die Nutzenden jederzeit verfügbar zu machen. Im weiteren Verlauf des Prozesses wird der Datenfluss gezielt gesteuert, um für die Bearbeitung im Fachverfahren (eAkte) zur Verfügung zu stehen.	
anonymes Hinweisgebersystem - Geldwäscheaufsicht	Hamburg ist an die Bundesländer herangetreten. Es wird einen Dienstleister beauftragen zur Entwicklung eines anonymen Hinweisgebersystems, bei dem die Nachverfolgung von Daten nicht möglich ist. IP-Adresse wird z. B. nicht abgespeichert. HH hat eine Interessenabfrage an die Länder gestellt. Ggf. wird die Berliner Geldwäscheaufsicht dieses System nutzen.	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Digitalisierung Geheimschutz in der Wirtschaft	Ziel ist es, eine Online-Sicherheitsüberprüfung für die Nutzenden bereit zu stellen, den verwaltungsinternen Prozess der Sicherheitsüberprüfung zu digitalisieren und ihn medienbruchfrei zu gestalten. Der Anschluss weiterer Berliner Landesbehörden könnte zusätzliche Erkenntnisgewinne generieren, die die Zuverlässigkeit der Ergebnisse steigern würden. Durch die Online-Sicherheitsprüfung soll ein Verfahren etabliert werden, das es ermöglicht, die unterschiedlichen Beteiligten und Nutzenden von personenbezogenen Sicherheits- und Zuverlässigkeitsprüfungen insbesondere im Hinblick auf Erkenntnisse über Aspekte, die gegen eine Zuverlässigkeit sprechen, in medienbruchfreie Abläufe zu integrieren.	
Webportal Solarwende Berlin	Im Mai 2019 wurde unter dem Namen „Solarwende Berlin“ die neue Internetseite zur Solarenergie in Berlin in Betrieb genommen (https://www.solarwende-berlin.de). Das Webportal verfolgt das Ziel der zielgruppenspezifischen Information, Kommunikation, Bildung und Beratung, Vernetzung und Kooperationen zu Solarenergie spezifischen Themen in der Hauptstadt und soll damit den Ausbau befördern. Die webgestützte Anwendung verknüpft zudem unterschiedliche bestehende und zu entwickelnde Instrumente miteinander (z.B. Internet-Solarplattform, Solardachbörse, Energieatlas). Es steht ein umfangreiches Glossar zur Verfügung und die Internetseite gibt einen Überblick über Gesetze und Förderangebote sowie über weitere bestehende Angebote wie z.B. Solarpotenzialkarten. Zudem beinhaltet die Seite einen eigenen Bereich des	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Solarzentrums, sodass Nutzer*innen direkt in die Beratung überführt werden können. Interessierten Berlinerinnen und Berlinern soll der Weg zu einer eigenen Solaranlage durch neutrale Informationen und die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme erleichtert werden. Ziel ist es, die Solarwende in Berlin voranzubringen, um dazu beizutragen, die im Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz festgelegten Klimaschutzziele zu erreichen. In 2023 soll das Portal in die landeseigenen Seiten überführt werden.	
Potenzialberatung Geschäftsprozessoptimierung und Digitalisierung	Das Land Berlin gewährt kleinen und mittelständischen Unternehmen zweckgebundene Zuschüsse, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der in Berlin ansässigen Unternehmen zu sichern und zu stärken. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind kofinanziert aus Mitteln der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) oder des Landes Berlin. Gegenstand der Förderung sind Potenzialberatungen für Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, produktionsnahe Dienstleistungsgewerbe, Unternehmen der digitalen Wirtschaft und des Handwerks, um deren Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsmöglichkeit zu verbessern. Möglich sind Anträge auf eine Grund- und eine Aufbauberatung. Das Förderverfahren wird durch einen der Beauftragten: HWK, IGM, VME sowie die SenWiEnBe - IV D 2 (Gewerbliche Förderpolitik) durchgeführt. Die Antragstellung und die Bearbeitung sind zurzeit ausschließlich analog möglich. Die Speicherung der Daten erfolgt derzeit als Papierakte bei beiden Instanzen, zudem	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	werden die Unterlagen digitalisiert und per Hand in das Gruppenlaufwerk sowie die e-Akte gespeichert. Ziel ist es, den Antrag der PB für die Unternehmen online bereit zu stellen, den gesamten Prozess der Bearbeitung des Antrags zu optimieren sowie zu digitalisieren und ihn medienbruchfrei darzustellen. Durch das Online-Verfahren soll langfristig eine lückenlose und fehlerfreie Übermittlung der benötigten Daten gewährleistet werden.	
efREporter4	Weiterentwicklung der Förderbankdatenbank für den EFRE und ESF auf Basis des Client-Server-Systems efREporter3 unter Beteiligung der BL Sachsen-Anhalt (Entwicklung), Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Das Datenbanksystem ermöglicht einen gesicherten Zugriff der in den BL beteiligten Instanzen zur Erfassung und Berichterstattung der Förderdaten.	
Solargesetz Berlin - Befreiungsantrag	Nach dem Solargesetz Berlin sind Eigentümerinnen und Eigentümer von nicht-öffentlichen Gebäuden, die ab dem 1. Januar 2023 neu gebaut oder deren Dach umgebaut wird (Bestandsgebäude), mit einer Solaranlage auf dem Gebäudedach auszustatten. Neben den kraft Gesetzes geltenden Ausnahmen, besteht die Möglichkeit sich unter bestimmten Voraussetzungen von der Solarpflicht befreien zu lassen. Hierfür muss ein Antrag bei der SenWiEnBe gestellt werden. Dieser Antrag kann online gestellt werden.	

1.2 OZG Leistungen der Ressorts

**Quelle: ProMaP 10/22*

Die Tabelle der OZG Umsetzungen bildet die vorhandenen und in der Umsetzung befindlichen Online Angebote für die Berliner Bürgerinnen und sowie für die Wirtschaft ab. In allen Lebensbereichen sind Angebote vorhanden und werden laufend ergänzt. Parallel sind Angebote für die Krisenbewältigung mit hoher Priorität und zusätzlich umgesetzt worden.

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	
Berufswahl Beratung	Grün
Sorgeerklärung Beurkundung	Gelb
Anerkennung einer im Ausland erfolgten Adoption eines Kindes unter 18 Jahren	Gelb geplant
Bildungsabschlüsse aus anderen Bundesländern Anerkennung	Gelb geplant
Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts Beratung und Unterstützung	Grün
Kindertagesstätte	Grün
Elterngeld Bewilligung	Grün
Kindesunterhalt Festsetzung im vereinfachten Verfahren	Gelb
Erziehung Beratung	Grün
sozialpädagogische Familienhilfe	Rot
Jugendhilfe im Strafverfahren	Grün
jugendgefährdende Medien Prüfung	Grün
Jugendschutz	Rot
Kinderschutz	Grün
Förderung in Kindertagespflege	Rot
Verpflichtung zur Erfüllung von Unterhaltsansprüchen Beurkundung	Gelb
allgemeinbildende Schulen	Grün
allgemeinbildende Schulen Aufnahme Grundschule	Grün
Unterhaltsvorschuss Bewilligung	Gelb
Vormundschaft	Gelb
Erklärung zur Vaterschaftsanerkennung	Rot
Erklärung zur Mutterschaftsanerkennung	Rot
Lehramtsqualifikation	Grün

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Lehramtsqualifikation Anerkennung Lehrerin oder Lehrer mit Berufsqualifikation aus dem Ausland	Grün
Senatsverwaltung für Finanzen	
Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz	Grün
Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz Auszahlung für Verdienstausschüttung sorgeberechtigter Personen	Grün
Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz Gewährung für Verdienstausschüttung sorgeberechtigter Personen	Grün
Steuerfreibeträge	Grün
Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	Grün
Einkommensteuer Festsetzung	Grün
Erbschaftsteuer Festsetzung	Grün
Gewerbesteuer Festsetzung	Grün
Grunderwerbsteuer Festsetzung	Grün
Grundsteuer Festsetzung	Gelb
Hundesteuer Abmeldung	Gelb
Hundesteuer Anmeldung	Gelb
Körperschaftsteuer	Grün
Körperschaftsteuer Festsetzung	Grün
Zweitwohnungssteuer	Grün
Steuerliche Abmeldung eines Unternehmens	Grün
Steuerliche Anmeldung eines Unternehmens	Grün
Umsatzsteuer	Grün
Umsatzsteuer - Kleinunternehmer	Grün
Umsatzsteuer Voranmeldung	Grün
Vergnügungssteuer	Grün
Kirchensteuer Festsetzung	Grün
Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale	Grün
Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale Änderung	Grün
Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale Einsicht gewähren	Grün
Kapitalertragsteuer	Gelb

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Steueridentifikationsnummer - Vergabe an nicht meldepflichtige Personen	Gelb
verbindliche Auskunft im Besteuerungsverfahren	Gelb
Doppelbesteuerungsabkommen Ansässigkeitsbescheinigung	Grün
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales	
Auskunft aus dem Gemeinsamen Tarifregister der Länder Berlin und Brandenburg	Grün
Ausländer- und Integrationsbeauftragte - Rechtsberatung im Migrationsrecht	Rot
Schwerbehinderung - Zustimmung zur Kündigung schwerbehinderter Menschen beantragen	Gelb
Schwerbehindertenausweis	Gelb
Wertmarke auf Beiblatt zum Schwerbehindertenausweis	Gelb
Schwerbehindertenausweis - Beiblatt mit oder ohne Wertmarke beantragen	Gelb
Schwerbehinderung - Akteneinsicht	Rot
Gleichwertigkeit von Zeugnissen von Spätaussiedlern nach BVFG	Gelb
Sonderfahrdienst für behinderte Menschen	Gelb
Begleitende Hilfe im Arbeitsleben Erbringung	Gelb
Berufsanerkennung für Spätaussiedler nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG)	Rot
Vorsorgevollmacht	Gelb
Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	Gelb
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)	Gelb
Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII)	Gelb
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	Gelb
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	Gelb
Anerkennung von Betreuungsvereinen	Gelb
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport	
Geburtsurkunde - Ausstellung	Grün

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Geburtsurkunde beantragen bei Geburt im Ausland oder in einem ehemaligen deutschen Gebiet	Gelb
Führungszeugnis	Grün
Urkunden - Ausstellung - Eheurkunde	Grün
Antrag auf Ausstellung einer Sterbeurkunde bei einem Sterbefall auf einem deutschen Seeschiff	Gelb
Melderegisterauskunft in besonderen Fällen - Erteilung gegenüber Wohnungsgebern	Grün
Meldebescheinigung beantragen	Grün
Änderung/Wechsel der Hauptwohnung	Gelb
Anmeldung einer Wohnung	Gelb
Förderung gesellschaftlicher Verantwortung im und durch den Sport Bewilligung	Rot
Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung	
Grundbuch-Eintragung Erbbaurecht	Gelb
Eintragung eines Erbbaurechts an mehreren Grundstücken oder Erbbaurechten im Grundbuch	Gelb
Grundbuch Abschrift	Gelb
Grundbucheinsicht Gewährung	Gelb
Grundpfandrechte im Grundbuch	Rot
Grundpfandrechte im Grundbuch Änderung	Gelb
Grundpfandrechte im Grundbuch Eintragung	Gelb
Ausschlagung der Erbschaft	Rot
Betreuer Bestellung	Gelb
Prozesskostenhilfe	Rot
Entschädigung von Zeugen Gewährung in strafrechtlichen Verfahren	Gelb
Entschädigung von ehrenamtlichen Richtern	Gelb
Maßnahmen der Zwangsvollstreckung	Gelb
Güterichter	Rot
Abwesenheitspfleger Bestellung	Rot
Vergütung von Dolmetschern Gewährung	Gelb
Vergütung von Dolmetschern Gewährung in zivilrechtlichen Verfahren	Gelb
Vergütung von Dolmetschern Gewährung in strafrechtlichen Verfahren	Gelb

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Vergütung von Sachverständigen nach JVEG Gewährung	Gelb
Allgemeine Beeidigung von Dolmetschern	Rot
Negativbescheinigung über die Anhängigkeit eines Insolvenzverfahrens	Gelb
Handelsregister Eintragung Kommanditgesellschaft	Gelb
Handelsregister Eintragung Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	Gelb
Kosten des Insolvenzverfahrens Stundung	Rot
Kirchenaustritt	Rot
Aufnahme eines europäischen Rechtsanwalts in die Rechtsanwaltskammer Entscheidung	Rot
Rechtsangelegenheiten - Beratungshilfe	Gelb
Vereinsregister Eintragung von Änderungen der Satzung	Rot
Vereinsregister Eintragung von Vorstandsänderungen	Rot
Senatsverwaltung für Kultur und Europa	
Kulturförderung, regelmäßige für Institutionen	Rot
Kulturgutschutzgesetz - Ausfuhr von Kulturgut	Gelb
Kulturgutschutzgesetz - Ausfuhr von Kulturgut Genehmigung	Gelb
Kulturgutschutzgesetz - Vorübergehende Ausfuhr von nationalem Kulturgut	Gelb
Kulturgutschutzgesetz - Vorübergehende Ausfuhr von nationalem Kulturgut Genehmigung	Gelb
Beseitigung von Denkmalen Genehmigung	Grün
Nutzungsänderung von Denkmalen Genehmigung	Grün
Ortswechsel von Denkmalen Genehmigung	Grün
Maßnahmen in der Umgebung von Denkmalen Genehmigung	Grün
Bescheinigung zur Beantragung steuerlicher Vergünstigungen zur Erhaltung oder sinnvollen Nutzung von Baudenkmalen oder Gebäuden innerhalb von Denkmalbereichen oder geschützten Gesamtanlagen Ausstellung	Grün
Änderung von Denkmalen Genehmigung	Grün

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Nachforschung zum Entdecken von Denkmalen Genehmigung	Rot
Kulturförderung	Grün
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	
Baugenehmigung	Grün
Baugenehmigung im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren (§ 63 BauO Bln) beantragen	Grün
Baugenehmigung – Sachstandabfrage	Grün
Vorbescheid (§ 75 Abs. 1 BauO Bln) beantragen	Grün
Bauvorhaben - städteplanerische und planungsrechtliche Aspekte Auskunft	Rot
Genehmigungsfreistellung (§ 62 BauO Bln) vorlegen	Grün
Baugenehmigung für Werbeanlagen im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren (§ 63a BauO Bln) beantragen	Grün
Wohnberechtigungsschein	Rot
Wohngeld	Grün
Wohngeld Änderung	Grün
Genehmigung zur Zweckentfremdung von Wohnraum	Gelb
Genehmigung zur Zweckentfremdung von Wohnraum Erteilung	Gelb
Bodenrichtwert - Auskunft	Grün
Liegenschaftskataster	Grün
Architektenliste Eintragung	Grün
Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher-und Klimaschutz	
Gewerbliche Tierhaltung Erlaubnis	Rot
Abfälle - Genehmigung für Sammler, Beförderer, Händler und Makler	Grün
Baustellensicherheit	Grün
Altlasten und Bodenschutzkataster Auskunft	Rot
Ersatzführerschein nach Verlust/Diebstahl	Rot
Halterauskunft zu einem Kraftfahrzeug oder Anhänger beantragen	Grün
Halterauskunft Erteilung	Grün
Bauart von Fahrzeugteilen Genehmigung	Rot
Kraftfahrzeug Stilllegung	Grün

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Kraftfahrzeug Zulassung	Grün
Kraftfahrzeug Zulassung bei Halterwechsel	Grün
Kraftfahrzeug Zulassung erstmalig	Grün
Kraftfahrzeug Zulassung neu aus EU-Land	Rot
Kraftfahrzeug Zulassung wieder	Grün
Kraftfahrzeug Meldung technische Änderung	Gelb
Kraftfahrzeug Meldung Verkauf	Grün
Kraftfahrzeug Abmeldung	Rot
Kraftfahrzeug Ummeldung	Grün
Kraftfahrzeugkennzeichen Ersatz wegen Diebstahl	Rot
Kraftfahrzeugkennzeichen Ersatz wegen Unleserlichkeit	Rot
Ausfuhrkennzeichen beantragen für Neu- und Gebrauchtfahrzeuge aus dem Inland	Rot
Ausfuhrkennzeichen beantragen für eingeführte fabrikneue Fahrzeuge aus dem Ausland mit Fahrzeugbrief bzw. Zulassungsbescheinigung Teil II	Rot
Ausfuhrkennzeichen beantragen für eingeführte Gebrauchtfahrzeuge aus dem Ausland	Rot
EU-Zulassung von Lebensmittelbetrieben	Rot
Nutzungsrecht für eine Grabstelle	Rot
Bestattung	Rot
Bestattung Durchführung	Rot
Bestattung Durchführung Erdbestattung	Rot
Bestattung Durchführung Feuerbestattung	Rot
Bestattung Durchführung Seebestattung	Rot
Bestattung Durchführung Waldbestattung	Rot
Genehmigung zum Aufstellen oder Verändern von Grabmalen und anderen baulichen Anlagen auf Friedhöfen	Rot
Genehmigung zum Aufstellen oder Verändern von Grabmalen und anderen baulichen Anlagen auf Friedhöfen Erteilung	Rot
Bestattungsplatz	Rot
Bestattungsplatz Erwerb eines Nutzungsrechts	Rot
Ausnahmegenehmigung Parken Erteilung für Betriebe	Grün

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Sondernutzung von Straßen	Gelb
Erlaubnis zur Zucht, Haltung und zum Handel mit Tieren	Rot
Gewerbliche Tierhaltung	Rot
Hundehaltung Befreiung	Rot
Hundehaltung Befreiung vom Leinenzwang	Rot
Hundehaltung Meldung	Grün
Hundehaltung Anmeldung Kampfhund	Rot
Schutz vor Tierseuchen	Gelb
Lebensmittelsicherheit Prüfung	Rot
Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung	
Keine Meldung	
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	
Gewerbe der Immobilienmakler, Darlehensvermittler, Bauträger, Baubetreuer, Wohnimmobilienverwalter Anzeige nach §9 Makler- und Bauträgerverordnung	Grün
Europäischer Berufsausweis - Beantragung	Grün
Gaststättengewerbe Erlaubnis	Grün
Gaststättengewerbe Erlaubnis vorläufig	Grün
Gaststättengewerbe Gestattung	Gelb
andere Spiele mit Gewinnmöglichkeit Erlaubnis	Rot
Bewachungsgewerbe Erlaubnis	Grün
Gewerbe Abmeldung	Grün
Gewerbe Ummeldung	Grün
Gewerbe Anmeldung	Grün
Reisegewerbe Erlaubnis	Grün
Ladenöffnungszeiten	Grün
Veranstaltung eines Wanderlagers Anzeige	Gelb
Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Schaustellung von Personen	Gelb
Erlaubnis für Immobiliendarlehensvermittler	Grün
Gewerberegisterauszug	Grün
Handwerksrolle Eintragung	Grün
Verzeichnis über die Inhaber eines Betriebs eines zulassungsfreien Handwerks oder eines handwerksähnlichen Gewerbes Eintragung	Grün
Bescheinigung über die Eintragung in die Handwerksrolle (Handwerkskarte)	Grün

	OZG Leistung	Digitalisierungsampel
	Sicherheitsüberprüfung von Personen mit sicherheitsempfindlicher Tätigkeit in der Wirtschaft Durchführung für Geheimschutz	Rot

1.3 Fachverfahren der Berliner Verwaltung: Bestand*

**Quelle: ITBePla 11/22*

Die Bestandsverfahren der Berliner Verwaltung geben Auskunft darüber, dass in fast allen Aufgabenstellungen der Berliner Verwaltung bereits eine digitale Unterstützung/Abwicklung vorhanden ist. Dies gibt es nun weiter zu konsolidieren und weiterzuentwickeln.

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
Senatskanzlei		
Senatskanzlei	elektronische Zeiterfassung	Betrieb der elektronischen Zeiterfassung
Senatskanzlei	LaBePo - b-intern.de	Landesweites Beschäftigtenportal im Intranet der Berliner Verwaltung (b-intern.de)
Senatskanzlei	mein.Berlin.de	E-Partizipationsplattform der Berliner Verwaltung
Senatskanzlei	Adressdatenbank	Adressdatenbank der Senatskanzlei
Senatskanzlei	Berlin-Brandenburg.de	Gemeinsames Internetportal der Länder Berlin und Brandenburg
Senatskanzlei	SIDOK	Senatsinformations- und Dokumentationssystem
Senatskanzlei	Intraplan	Regierungsplanungstool
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie		
SenBJF	AVUS 32 (vorm. 2000)	Verwaltungsverfahren für die Berliner Amtsvormundschaften und Unterhaltsvorschussstellen
SenBJF	BEO L	Online Bewerbungsverfahren für die zentrale Nachsteuerung, betrifft künftige Lehrer
SenBJF	BEOintern	Bearbeitungsprogramm der Bewerbungsdaten für die Zentrale Bewerberstelle
SenBJF	BEOv	Online Bewerbungsverfahren für die Einstellung von Vertretungslehrern
SenBJF	Elterngeld/Betreuungsgeld	Berechnung und Zahlbarmachung von Eltern - und Betreuungsgeld
SenBJF	HSM	Haus-und Seminarmanager

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenBJF	ISBJ - E&D	Einrichtungen und Dienste Datenbank (Informationen zu Trägern der Jugendhilfe)
SenBJF	ISBJ - Kita	Kinder in Tagesbetreuung (Kita, Tagespflege, EFöB), Sprachstand und Portale für die Träger
SenBJF	JuGHost	Jugendgerichtshilfe - Organisation und Statistik
SenBJF	Mitarbeiterverzeichnis	tagaktuelles, internes Telefonverzeichnis mit ausgiebigen Suchmöglichkeiten
SenBJF	SAFT	Unterstützung der Bearbeitung der staatlichen Anerkennungen für Sozialberufe
SenBJF	reP3A-Sekten	statistische Erfassung von Fragen zu Einrichtungen und Gruppen am Lebenshilfemarkt
SenBJF	Sorgerecht	Deutschland-weite Kartei für Sorgerechtfestlegungen bei ausländischen Kindern
SenBJF	Stellenausschreibung - intern	Vorbereitung von Ausschreibungen für Lehrer, die auch im Internet veröffentlicht werden sollen
SenBJF	ZVK/UVK	Zentrale Vormundschaftskasse/Unterhaltsvorschusskasse
SenBJF	FAMOS	Facilitymanagement- und Inventarsoftware
SenBJF	EALS	Elektronisches Anmelde- und Leitsystem berufliche Schulen
SenBJF	BSM Magellan	Einführung der BSM Schulverwaltungssoftware Produkt Magellan
SenBJF	BMS Untis	Einführung der BSM Stundenplanprogramm Produkt UNTIS
SenBJF	BMS Untis Web	Einführung der BSM Produkt WebUNTIS
SenBJF	SoPart- Jugendbewährungshilfe	Organisation und Statistik Jugendbewährungshilfe

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenBJF	INKA-Sharepoint	Interne SharePoint-Kommunikationsplattform SenBildJugWiss
SenBJF	Abiturdaten	Erfassung statistischer Werte der Abiturjahrgänge
SenBJF	OTRS	Ticketsystem
SenBJF	ISBJ-UmA	Fachverfahren zur Verwaltung der Daten unbegleiteter minderjähriger Ausländer, dass auf der ISBJ-Plattform betrieben wird
SenBJF	EZB-Privatschuldatenbank	Administration und Ressourcenverwaltung im Privatschulbereich
SenBJF	DAS	Sichere Plattform für Abschluss-Prüfungen an deutschen Schulen im Ausland
SenBJF	LiV	Lehrer-Informations-Verfahren
Senatsverwaltung für Finanzen		
SenFin	Beteiligungsmanagement	Betriebswirtschaftliche Daten der Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin
SenFin	KONSENS	Steuerfachverfahren
SenFin	NBR	Neues Berliner Rechnungswesen
SenFin	PuSta	Personalstrukturstatistikgesetz (PSSG)
SenFin	Schuldenverwaltung	Schulden-, Derivate- und Wertpapierverwaltung
SenFin	Bestandsverzeichnis	Zentrales Bestandsverzeichnis aller Liegenschaften (Gebäude) des Landes Berlin
SenFin	DMS/VBS SenFin	Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem in der fachlichen Ausprägung für die SenFin
SenFin	VeraDok	Bearbeitung offener Vermögensfragen im ehemaligen Landesamts zur Regelung offener Vermögensfragen (LARoV)
SenFin	LagL	Datenbankverfahren des ehemaligen LagL (Lastenausgleich)
SenFin	LAROV3DB	Widerspruchsdatenbank des ehemaligen Landesamts zur Regelung offener Vermögensfragen (LARoV)
SenFin	PAB.HR	Verfahren zur Auswertung und Hochrechnung von Personalausgaben

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenFin	Beschäftigtenportal	prozessorientiertes, webbasiertes Mitarbeiterportal
SenFin	E-Rec (rex mit AON)	E-Recruiting (Online Bewerbungsmanagement)
SenFin	BSDDB	Bürgerschaftsdatenbank
SenFin - LVwA	BABSY	Automatisiertes Beihilfe-ABrechnungsSYstem
SenFin - LVwA	IPV	Integrierte Personalverwaltung
SenFin - LVwA	SenFin - LVwA Stellenplattform	Stellenplattform „Berliner Stellenausschreibungen für den öffentlichen Dienst“
SenFin - LVwA	Rundschreibendatenbank	Rundschreibendatenbank des Landes Berlin
SenFin - LVwA	Formularverzeichnis	Formularserver Intranet/Formular-Center
SenFin - LVwA	Bestellservice	Online-Bestellung von Inn-Papiervordrucken
SenFin - LVwA	Versorgungsauskunft online	Versorgungsauskunft online
SenFin - LVwA	Fahrdienstmanagementsystem	Planung und Koordinierung der personenbezogenen Fahrdienstleistungen
SenFin - LVwA	KIKA	Kindergeldbearbeitung
SenFin - LVwA	EuropaDB	Europa Datenbank
SenFin - LVwA	RAV	Rentenauskunftsverfahren - Kopfstelle
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales		
SenIAS	SMS Reise / Stiewi	Reisekostenabrechnung

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenIAS	TOPqm	Erstellung von Jahresberichten gem. § 75 (3) SGB XII
SenIAS	TOPqw	Erstellung und Verwaltung von Verträgen mit Pflegeeinrichtungen
SenIAS	BERAV	Berliner AFBG-Verfahren (Fortbildungsförderung)
SenIAS	BASIS	Berechnung und Zahlbarmachung von Leistungen nach SGB XII, dem AsylbLG und dem Berliner Pflegegeldgesetz mit der Fachsoftware OPEN/ProSoz
SenIAS LAF	ASYL	Aufnahmestelle für Asylbewerber
SenIAS LaGeSo	EASY	Abfrage zur Erstverteilung von Asylbewerbern nach Länderschlüssel
SenIAS LaGeSo	EDAS/ELAN	Programm zur Erhebung der Ausgleichsabgabe / Einzug der Ausgleichsabgabe.
SenIAS LaGeSo	Ethik-Kommission-DB	Verwaltungs-SW
SenIAS LaGeSo	Fortbildungs-DB	Erfassung und Statistik der Fortbildungen der Angehörigen des LAGeSo
SenIAS LaGeSi	IFAS	Informationssystem für den Arbeitsschutz
SenIAS LaGeSo	I-Net	UserHelpDesk, Hardwareinventarisierung, Berichterstellungen
SenIAS LaGeSo	Versorgungsarchiv (KBL-Archiv-DB)	Elektronische Kartei für die Akten des Versorgungsamtes Bereich Soziales Entschädigungsrecht (SER)
SenIAS LaGeSo	KLIFD	Klientenverwaltung für Informationsfachdienste
SenIAS LaGeSo	OASIS	Online-Anwendungssystem im Schwerbehindertenrecht
SenIAS LaGeSo	GMS	Geschütztes Marktsegment
SenIAS LaGeSo	PROSID	Berechnung und Zahlbarmachung von Leistungen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht
SenIAS LaGeSo	QBM	Qualitäts- und Beschwerde-Management
SenIAS LaGeSo	RuW (vormals REAG)	Rückkehr- und Weiterwanderung

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenIAS LaGeSo	SED UnBergG	SED-Unrechtsbereinigung
SenIAS LaGeSo	Registrierungs-DB	Erfassung von Klagen, Widersprüchen im SER- und Schwerbehindertenbereich
SenIAS LaGeSo	Regreß-DB	Regreß-Verwaltung
SenIAS LaGeSo	BULweb (ehem. BUL bzw. ZBN)	Berliner Unterbringungsleitstelle
SenIAS LaGeSo	ProSoz/K	Leistungen der Kriegsopferfürsorge
SenIAS LaGeSo	Vistra	Besucher Aufrufsystem
SenIAS LaGeSo	Siebel	Ticketsystem Berlin-Telefon
SenIAS LaGeSo	Praktikantenbörse	Praktikantenbörse
SenIASLaGe So	FAZIT	Zuwendungsbearbeitung LAGeSo, SenIAS, SenGPG, SenJVA, LAF, SenBJF
SenIAS LaGeSo	OPEN/ProSoz	Asylbewerber - Nachfolger von ProSoz/S
SenIAS LaGeSo	OSAVweb	Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX)
SenIAS LaGeSo	WTG-DB	Wohneteilhabe-Gesetz DB (ehem. Heimaufsicht-DB)
SenIAS LarbG	Trijus-Fach	Verwaltung der Gerichtsakten
SenIAS LaGeSo	AMS	Beschwerdemanagement
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport		
SenInnDS	iBMS	Integriertes Bildungsmanagementsystem
SenInnDS	DiDaKat	Digitale Datensammlung im Katastrophenschutz
SenInnDS Polizei	ABAKUS	Nachverfolgung polizeilich umgesetzter Fahrzeuge
SenInnDS Polizei	BIDAVIS II	Erkennungsdienstliches Verfahren zur Fingerabdruck- und Lichtbildverarbeitung
SenInnDS	BOWI21	Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
Polizei		
SenInnDS Polizei	CASA	Computergestützte Anwendung für Sachbearbeitung und Auswertung
SenInnDS Polizei	Condition WaffenDB	Waffen- und Erlaubnisdatenbank
SenInnDS Polizei	DWH	Datawarehouse ; Generierung von Auswertungen / Statistiken polizeirelevanter Daten
SenInnDS Polizei	EPOST810	Formelle Kommunikation zwischen Pol-Dienststellen (Polizeien von Bund und Ländern)
SenInnDS Polizei	EVA	Verwaltung der Untersuchungsaufträge in der KT (elektronisches Vorgangs-Bearbeitungs-Auftragssystem)
SenInnDS Polizei	Internetwache	Empfang und Weiterleitung eingehender Internetmitteilungen. Die Internetwache ist seit 2014 eng mit POLIKS (V0248) verbunden.
SenInnDS Polizei	PELZ	Polizei Einsatzleitsystem (110 Notruf - Verarbeitung und Steuerung)
SenInnDS Polizei	POLIKS	Polizeiliches Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung
SenInnDS Polizei	PuZMan	Personal- und Zeitmanagement (Dienstvorausplanung und -verrichtung)
SenInnDS Polizei	TKÜ	Überwachung der Telekommunikation gem. § 100 a;b StPO
SenInnDS Polizei	Veranstaltungsdatenbank	Übersicht über polizeirelevante Veranstaltungen
SenInnDS Polizei	VU-Urs	Verkehrsunfallursachen
SenInnDS Polizei	EuA	Polizeiliches Einstellungs- und Aufstiegsverfahren

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenInnDS Polizei	ZAMIK	Fuhrparkverwaltung
SenInnDS Polizei	ITSM-Tool	Vorgangsbearbeitungssystem zur Unterstützung von ITSM-Prozessen in Anlehnung an ITIL
SenInnDS Polizei	eWH Bekleidung	"elektronisches Warenhaus" für allgemeine Dienstbekleidung in Kooperation mit der ZDPol Brandenburg
SenInnDS Polizei	Funkwerkstatt	Verwaltung von Funkgeräten (auch in Kfz) und deren Reparaturen
SenInnDS Polizei	PortSecurity	DV-Verfahren zur Überwachung von Netzwerk-Ports und Zertifizierung zugelassener Hardware
SenInnDS Polizei	Technisches Analysesystem TK	Technisches System zur Analyse von Kommunikationsnetzen im Mobilfunkbereich sowie der Detektion und Lokalisierung von Mobilfunkendgeräten
SenInnDS Polizei	PolMan	Polizei Management System für Personal und Dienststellen
SenInnDS Polizei	SE-Netz	Kommunikationsmedium zum Austausch von Text- und Mediennachrichten. Einsatzkommunikations- und Unterstützungssystem (EKUS)
SenInnDS Polizei	PABS	Polizeiliche Anforderungsprofile, Beurteilungen und Statistiken
SenInnDS Polizei	FABS	Fotoabzugsbestellsoftware
SenInnDS Polizei	Widerspruch	Vorgangsverwaltung Widerspruchsbearbeitung
SenInnDS Feuerwehr	BKI	Bekleidungskammerprogramm
SenInnDS Feuerwehr	Einsatzsimulation	Schulungssoftware zur 3D-Einsatzsimulation

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenInnDS Feuerwehr	FAS	Feuerwehr Abrechnungssystem (FAS)
SenInnDS Feuerwehr	IGNIS	Einsatzsteuerung Feuerwehr
SenInnDS Feuerwehr	SNAP	Notrufannahmeprotokoll
SenInnDS Feuerwehr	MoDE	Mobile Daten-Erfassung bei Rettungsdiensteinsätzen
SenInnDS Feuerwehr	PlaSMa	Personalplanungssoftware
SenInnDS Feuerwehr	HelpLine	Inventarisierung und Ticketsystem, Webshop, Vertragsmanagement, Beschwerdemanagement sowie Werkstattsteuerung für die Abteilung Fahrzeug und Geräte
SenInnDS Feuerwehr	FIRE	mobiles Führungsunterstützungssystem via Applikation (APP)
SenInnDS Feuerwehr	ME	Mobile Einsatzberichterstattung im Bereich Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung
SenInnDS Feuerwehr	RIKS	Rettungsdienst Informations- und Kommunikationssystem
SenInnDS Feuerwehr	CommandX	Einsatz-Führungs-Unterstützungssystem für Feuerwehr und Katastrophenschutz
SenInnDS LABO	AutiSta	Standesamtssoftware / Fachverfahren
SenInnDS LABO	E-Renten	Zahlbarmachung und Auszahlung von Entschädigungsrenten nach dem BRG und PrVG
SenInnDS LABO	VOIS-EWW	Einwohnerwesen, Ausweis- und Passangelegenheiten, eID-Karte für Unionsbürger
SenInnDS LABO	FüReg	elektronisches Führerscheinregister
SenInnDS LABO	myCMDB	SW für IT-Service Management und Unterstützung der Geschäftsprozesse des Zentralen Service LABO
SenInnDS LABO	KKViewer	Karteikartenviewer für Stand I
SenInnDS LABO	ODiS I	Online-Datenbank Stand I für bundesweite Abfragen

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenInnDS LABO	NOWI	Bearbeitung von Nichtverkehrsordnungswidrigkeiten
SenInnDS LABO	ZAS	Zahlungssystem LABO (Kassenautomaten, eCash, Verfahrensanbindung)
SenInnDS LABO	KFZ-Zulassung	Fahrzeug-Zulassungsverfahren
SenInnDS LABO	BePersReg	Berliner Personenstandsregister (Registerverfahren)
SenInnDS LABO	AMS	Ordnungsamt-Online / Anliegenmanagementsystem
SenInnDS LABO	NOWI-neu	Verfahren zur Bearbeitung von nichtverkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeiten - Nachfolgeverfahren von NOWI
SenInnDS LABO	VOIS - PAM	VOIS - Bewohnerparkausweis
SenInnDS LABO	Online PAM	Online Bewohnerparken - Informationsregister
SenInnDS LABO	VOIS - Fusch	Beantragung von Führerscheinen im Bürgeramt
SenInnDS LABO	VOIS - BZR/GZR	Verfahren zur Beantragung von Führungszeugnissen beim Bundeszentralregister (BZR) sowie Gewerberegisterauskünften beim Gewerbezentralregister (GZR)
SenInnDS LABO	VOIS - GeKa	VOIS Gebührenkasse
SenInnDS LABO	VOIS - ERS	VOIS ehrenamtliche Richter und Schöffen
SenInnDS LABO	VOIS - Wahlen	VOIS-Verfahren zur Abwicklung und Vorbereitung von Wahlen und Abstimmereignissen
SenInnDS LABO	OLMERA	Online Melderegisterauskunft
SenInnDS LABO	OLIWA	Online Wahlscheinantrag
SenInnDS LABO	Online Wahlhelfer	Onlineverfahren zur Registrierung von Wahlhelfenden
SenInnDS LABO	Online Status Pass/PA	Online Statusabfrage Reisepass und Personalausweis

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenInnDS LABO	Online Meldebescheinigung	Online Meldebescheinigung
SenInnDS LEA	Ausländerregister	Register der in Berlin lebenden Ausländer
SenInnDS IKT	ADONIS	Geschäftsprozessmanagement
SenInnDS IKT	IT-BePla	IT Bestands- und Planungsübersicht
Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung		
SenJustVA	BALVI iP	Lebensmittel-, futtermittel- und veterinärrechtliche Überwachung von Gewerbebetrieben (vormals Hamlet 2000)
SenJustVA	ELARES	Zeiterfassungssystem
SenJustVA	JAM	JustizAktenManagement / Registratursystem
SenJustVA	Raumverwaltung	Raumverwaltung
SenJustVA	PROGRESO	Organisationsablauf der juristischen Staatsprüfungen
SenJustVA	DEPOS	Fachanwendung im gerichtlichen Hinterlegungswesen
SenJustVA	DVQK	Überwachung von Erzeugern, Großmärkten, Wochenmärkten, Lebensmittelgroß- und Einzelhandel nach Qualitäts- und Vermarktungsnormen
SenJustVA	GJPA-Portal	Verwaltung und Veröffentlichung von Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeitenden des höheren Justizdienstes über ein Webportal
SenJustVA - JVA	BASIS-Web	Buchhaltungs- u. Abrechnungssystem im Strafvollzug
SenJustVA - JVA	DSMWare	Dienstplanerstellung und -abrechnung
SenJustVA - JVA	Nexus Web	Abrechnungsverfahren für die Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugsanstalten; Bereiche Eigen- und Unternehmerbetriebe
SenJustVA - JVA	SoPart	Verwaltungssoftware für die Sozialen Dienste der Justiz , die Führungsaufsichtsstelle sowie die Berliner Justizvollzugsanstalten

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenJustVA - JVA	VauZettchen	Verwaltungssoftware für Jugendarrestanstalten
SenJustVA - JVA	Nexus VeLiS	Verwaltungssoftware für Hauskammern in Justizvollzugsanstalten
SenJustVA - JVA	FCMS (ehemals DGL 2000)	Verwaltungssoftware für Küchen in Justizvollzugsanstalten
SenJustVA - JVA	Nexus Curator	Wissensdatenbank für ein Qualitätsmanagement mit Dokumentenlenkung in den medizinischen Bereichen des Berliner Justizvollzuges
SenJustVA - GStA	GStA-PersonalDB	Generalstaatsanwaltschaft Berlin
SenJustVA - GStA	GStA-Stellenkartei	Generalstaatsanwaltschaft Berlin
SenJustVA - GStA	Personaldatenbank StA	Personalverwaltung Staatsanwaltschaft
SenJustVA - GStA	GStA-Drittschuldner	Generalstaatsanwaltschaft Drittschuldner
SenJustVA - GStA	MESTA	Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation
SenJustVA - GStA	eVerwaltungsakte	elektronische Verwaltungsakte im Bereich der Strafverfolgungsbehörden
SenJustVA - KG	AULAK	Automation Landgericht, Amtsgerichte, Kammergericht
SenJustVA - KG	AUMAV	Automatisiertes gerichtliches Mahnverfahren
SenJustVA - KG	Digitales Aktenarchiv	Digitale Archivierung von Gerichtsakten
SenJustVA - KG	HAREG/AUREG	Automation des Handelsregisters
SenJustVA - KG	SolumSTAR	Automatisiertes Grundbuch
SenJustVA - KG	AJUKA	Automatisierung der KEJ
SenJustVA - KG	EUMAV	Europäisches Mahnverfahren
SenJustVA - KG	eKP	Elektronische Kommunikationsplattform
SenJustVA - KG	eIP	Elektronisches Integrationsportal

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenJustVA - KG	e-Ausbildung	Elektronisches Ausbildungsmanagement: Elektronische Erstellung und Verwaltung von Veranstaltungen im Rahmen der Aus- und Fortbildung durch das Kammergericht für die Justiz.
SenJustVA - OVG	GOŠA	Fachverfahren Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht (VG/OVG)
SenJustVA - OVG	EDEV	Elektronische Verwaltungsakte im OVG und VG
SenJustVA - SG	EUREKAFach	Fachverfahren für Geschäftsstellen, Richter und alle übrigen Gerichtsbereiche.
Senatsverwaltung für Kultur und Europa		
SenKultEuropa	CiK	Controlling institutionell geförderter Kultureinrichtungen
SenKultEuropa	VÖBB	Verbund der öffentlichen Bibliotheken Berlins / Bibliotheksmanagementsystem
SenKultEuropa	eGo-Küf	eGovernment für die Künstler/-innenförderung
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen		
SenSBW	HHV	Steuerung der Baukosten Hochbau
SenSBW	InWo	Integriertes Wohnungswesen
SenSBW	Korruptionsregister	Online-/Fax-Auskunft Korruptionsregister für Öffentliche Auftraggeber
SenSBW	KKG	Erschließungsbeiträge
SenSBW	ULV-Berlin	Unternehmer und Lieferantenverzeichnis für öffentliche Aufträge
SenSBW	PRISMA	Planungsraumbezogenes Informationssystem für Monitoring + Analyse
SenSBW	WoFIS	Wohnbauflächen-Informationssystem
SenSBW	AAA	AFIS, ATKIS und ALKIS (inklusive der APK)
SenSBW	eDG	elektronisches denkmalschutzrechtliches Genehmigungsverfahren

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher-und Klimaschutz		
SenUMVK	eCites	elektronisches artenschutzrechtliches Genehmigungsverfahren
SenUMVK	ASYS	Abfallüberwachungssystem
SenUMVK	BBK	Bodenbelastungskataster
SenUMVK	Geodin	Geologische Schichtenverzeichnisse und Grundwasserstände
SenUMVK	GRIS	Grünflächeninformationssystem
SenUMVK	KSU Tiefbau	Baukosten- Controlling im Tiefbau
SenUMVK	Öffentliche Beleuchtung	Technische Datenbank der Leuchten und ihrer Standorte (LuxData)
SenUMVK	OWB_AKWA (KOMVOR)	Aktenmanagement Wasserbehörde
SenUMVK	Störortkataster	Störortkataster
SenUMVK	VEMAGS	Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwerlasttransporte
SenUMVK	VISS	Verkehrsinformationssystem Straße mit Verkehrsmanagementsystem
SenUMVK	WIB (WISKI)	Wasserwirtschaftliches Infosystem Berlin
SenUMVK	Bauwerksarchiv (eBWDOK)	Bauwerksarchivierung Bestandsunterlagen
SenUMVK	BMVI-ITKO-Fachinformationssysteme-Straße	BMVI-ITKO-Fachinformationssysteme-Straßenwesen. Bund-Länderverfahren für die Unterhaltung von Landesstraßen und Ingenieurbauwerken
SenUMVK	DMIS	Bestands-, Projekt- und Störungsdaten der Lichtsignalanlagen
SenUMVK	KMRDOC	Antragsverwaltung und Ergebnisberichte zu Kampfmitteln
SenUMVK	ProForst	Forst-DB mit Planungs- und Vollzugsdaten der Berliner Forsten
SenUMVK	glforest	Waldkataster-DB mit Forsteinrichtungsdaten und Kartendaten der Berliner Forsten
SenUMVK	YADE LPlan	YADE Fachschale Landschaftsplan
SenUMVK	ZEDAL	Elektronisches Nachweisverfahren für die Entsorgung von Abfällen (Abfallbegleitscheine)
SenUMVK	TIC Landesmeldestelle	Landesmeldestelle für den Verkehrswarndienst

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenUMVK	LIS-A	Länderinformationssystem für Anlagen gemäß BImSchG
SenUMVK	KIS	Kompensationsinformationssystem - Dokumentation von festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und deren Flächen
SenUMVK	AVA (iTWO)	Ausschreibung, Vergabe, Kalkulation und Abrechnung von Bau- und Lieferleistungen mit Bauablaufsimulation, Bauablaufsteuerung und Bauleistungskontrolle (RIB-Software)
SenUMVK	EMS-Straße	systematisches, IT-gestütztes, Zustandsbasiertes Erhaltungsmanagement der Stadtstraßen
Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung		
SenWGPG	GSI	Gesundheits- und Sozialinformationssystem (GSI) des Referates I A (Gesundheitsberichterstattung, Epidemiologie, IT-gestützte Fachinformationssysteme) der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenGPG)
SenWGPG	KKP	Krisenpersonalpool ist eine webbasierte Matching -Plattform zur Unterstützung der Einrichtungen bei pandemiebedingte Personalengpässe.
SenWGPG	BAFÖG-Sach	BAFÖG-ADV-Sachbearbeiterverfahren
SenWGPG	BfBI 32	Beratungsstelle für Behinderte Informationssystem
SenWGPG	Dot.sys	Dokumentationssystem der Tätigkeiten von Fachkräften der Suchtprävention
SenWGPG	ESU	Dokumentation Einschulungsuntersuchungen
SenWGPG	GSI	Gesundheits- und Sozialinformations system
SenWGPG	KiPsi 32	Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst Informationssystem
SenWGPG	Physiomed	Abrechnung therapeutischer Leistungen gem. § 302 SGB V

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenWGPG	SpDI 32	Sozialpsychiatrische Dienste Informationssystem 32 Bit
SenWGPG	BAFÖG-Haupt	BAFÖG-ADV Hauptverfahren
SenWGPG	SurvNet 3	Verfahren zum Analysieren der Erkrankungszahlen gem. Infektionsschutzgesetz
SenWGPG	Octoware TN MEDGAM	Software zur Unterstützung der Verfahrensabläufe der Zentralen medizinischen Gutachterstelle (ZMGA)
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe		
SenWiEnBe	BLC	BusinessLocationCenter Standortmarketing, Investoreninformation
SenWiEnBe	Gewerbedatenbank	Gewerbedatenbank Migewa
SenWiEnBe	EUREKAplus	IT-Begleitsystem zur Verwaltung der europäischen Strukturfondsförderung ESF und EFRE im Land Berlin
SenWiEnBe	EU-DLR	EU-Dienstleistungsrichtlinie
SenWiEnBe	eAuskunft	Elektronische Auskunft zu Gewerbedaten
SenWiEnBe	StD-DB	Steuerungsdienst-Datenbank
SenWiEnBe	Projekt-Portal	sichere Portal-Lösung für die Abbildung ressort-überschreitender, Projekte mit externer, tlw. weltweiter Beteiligung
SenWiEnBe	eAkte SenWi	elektronische Aktenführung (DMS/VBS) auf Basis der vom ITDZ bereitgestellten Fachverfahrenssoftware "VIS" der Fa. PDV
SenWiEnBe	Gewerbe	Fachverfahren Gewerbe (Gewerbeüberwachung, -Statistik)
Bezirksverwaltungen		
Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf		
BA C-W	SoPart - ZeWo	SoPart - Zentrale Wohnhilfe
Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg		
BA F-K	Brath	Verwaltungsprogramm der Beratungsstelle für Hörbehinderte
BA F-K	Hogrefe TestSystem	System zur computerunterstützten Psychodiagnostik

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
BA F-K	Wahlhelfer-DB	Verzeichnis der Wahlhelfer
Bezirksamt Lichtenberg		
BA Lichtenberg	Bürgerhaushalt	Bürgerbeteiligung am Bezirkshaushalt
BA Lichtenberg	MultibaseCS3	Wildtierdatenbank
BA Lichtenberg	SC-OWI (vorm. OWA)	Fahrzeugbeseitigung
BA Lichtenberg	eRegistratur	Unterstützung des Zentralarchivs im Bezirksamt Lichtenberg
Bezirksamt Marzahn-Hellendorf		
BA M-H	Patientenaktenarchiv	Patientenaktenarchiv vor 1990 (Berlin Ost)
BA M-H	Straßenbuch	Straßenzustandsregister
Bezirksamt Neukölln		
BA Neukölln	NGA-Datenbank	Datenbank Kleingartenverwaltung, Spielplatzentwicklungsplanung, mittelfristige Finanzplanung, Grünflächendatei
BA Neukölln	VHS-IT	Verwaltungssystem für Kurse an Volkshochschulen
BA Neukölln	Liegenschaftsverwaltung	Liegenschaftsverwaltung im BA Neukölln
BA Neukölln	BKI-Kostenplaner	Baukostenermittlung von Neu-/Altbauten und Freianlagen nach DIN 276
BA Neukölln	MS-IT	Musikschul-Verwaltung
Bezirksamt Pankow		
BA Pankow	Zahlungssystem Bergmann	Kassensystem (Barkasse)
BA Pankow	Museum Plus RiA	Verwaltungs- und Archivierungsprogramm der bezirklichen Kunstsammlung, Onlinebereitstellung von Exponaten etc.
BA Pankow	pit-Sport	pit-Sport Sportstättenvergabeprogramm/-management
BA Pankow	ORCA AVA	Software für Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung und Kostenplanung von Bauleistungen (ORCA AVA)
BA Pankow	NAP	NetAlarmPro Alarmierungssoftware für Beschäftigte
Bezirksamt Reinickendorf		

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
BA Reinickendorf	OrLando	Friedhofs- und Krematoriumsverwaltungssoftware
Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf		
BA S-Z	Butler Behörde	Vorgangsverwaltung Betreuungsbehörde
BA S-Z	eStraße	Leitungsanfragen für Aufgrabungen im Straßenland
BA S-Z	verinice	IT-Security-Management-Tool
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg		
BA T-S	Einbürg	Einbürgerung [Access-Anwendung]
BA T-S	FuN	Fundsachen im Netz
BA T-S	OMA	Senioren Datenbank
BA T-S	RIBCon	CAD-Anwendung
Bezirksamt Treptow-Köpenick		
BA T-K	ALLRIS / ALLRISnet	Ratsinformationssystem zur Organisation und Abwicklung des Sitzungsdienstes der BVV'n in Berlin
BA T-K	Servalino HABAU	Haushaltsbasierte Bau- und Auftragsbearbeitung
BA T-K	KING	Kindergeldberechnung
BA T-K	KomVor	Vorgangsbearbeitung
<i>Keine Meldungen vom Bezirksamt Mitte und Spandau</i>		